

Änderungen und Ergänzungen zum Arbeitsvertragsrecht der bayerischen (Erz-)Diözesen – ABD –

**Beschlüsse der Lehrerkommission der Bayer. Regional-KODA
vom 18.07.2002**

- **Sabbatjahrregelung**
hier: Übernahme staatlicher Regelungen zum 01.09.2002

- **Umfang der Freistellung der Mitarbeitervertreter in der Lehrerkommission**
hier: Schuljahr 2002/2003 zum 01.09.2002

Anlage zum

Amtsblatt für die Diözese Augsburg; Amtsblatt für die Erzdiözese Bamberg; Pastoralblatt des Bistums Eichstätt; Amtsblatt für das Erzbistum München und Freising; Amtsblatt für das Bistum Passau; Amtsblatt für die Diözese Regensburg; Würzburger Diözesanblatt

Sabbatjahrregelung

hier: Übernahme staatlicher Regelungen

1. In die „Sonderregelungen für Angestellte als Lehrkräfte an Schulen in kirchlicher Trägerschaft“(SR 2 I), Teile A, B und C wird jeweils folgende Nr. 13 eingefügt:

Nr. 13

Zu ABD Teil C, 12. – Sabbatjahrregelung –

ABD Teil C, 12. „Sabbatjahrregelung“ findet keine Anwendung. Es gelten anstelle dieser Regelung die Bestimmungen für die entsprechenden angestellten Lehrkräfte des Freistaats Bayern.

2. Diese Regelung tritt zum 01.09.2002 in Kraft.

Umfang der Freistellung der Mitarbeiter- vertreter in der Lehrerkommission

hier: Schuljahr 2002/2003

1. Die Ausführungsbestimmung zu Abs. 3 des § 8 der BayRKO wird in Ziffer 4 wie folgt geändert:

In Satz 3 werden die Jahreszahlen „2001/2002“ durch die Jahreszahlen „2002/2003“ ersetzt.

2. Diese Regelung gilt ab 01.09.2002.

Änderungen und Ergänzungen zum Arbeitsvertragsrecht der bayerischen (Erz-)Diözesen – ABD –

Beschlüsse der Bayer. Regional-KODA vom 08./09.10.2002

- **Neuregelung der Praktikumsvergütung für Vorpraktikanten in den Kindertagesstätten der Erzdiözese München und Freising**
zum 01.09.2002
- **ABD Teil H, Arbeitsvertragsrechtliche Regelungen für Angestellte und Arbeiter, die die Altersgrenze erreicht haben**
hier: Änderung der Protokollnotiz zu § 2
zum 01.01.2003
- **Berichtigung der „Ausführungsbestimmung zu § 8 Abs. 3 BayRKO“ (veröffentlicht in der Anlage 40 zu den Amtsblättern der bayer. (Erz-)Diözesen)**
zum 01.09.2003

Anlage zum

Amtsblatt für die Diözese Augsburg; Amtsblatt für die Erzdiözese Bamberg; Pastoralblatt des Bistums Eichstätt; Amtsblatt für das Erzbistum München und Freising; Amtsblatt für das Bistum Passau; Amtsblatt für die Diözese Regensburg; Würzburger Diözesanblatt

Neuregelung der Praktikumsvergütung für Vorpraktikanten in den Kindertagesstätten der Erzdiözese München und Freising

Die Bayer. Regional-KODA erteilt zu nachfolgender Neuregelung der Praktikantenvergütung für Vorpraktikanten in den Kindertagesstätten der Erzdiözese München und Freising ihre Zustimmung:

1. Grundsätzlich wird eine Vergütung bis zur Höhe des nach ABD zulässigen Höchstsatzes von 409,00 € gewährt.
2. Sofern seitens eines kommunalen oder vergleichbaren Kindergartenträgers am Ort bzw. in unmittelbarer Nähe eine höhere Vergütung gezahlt wird, kann eine Zulage bis zur Höhe des Differenzbetrages hierzu – maximal bis zur Höhe der Ausbildungsvergütung – gewährt werden.
3. Diese Regelung tritt rückwirkend zum 01.09.2002 in Kraft und endet zum 31.08.2003.

ABD Teil H Arbeitsvertragsrechtliche Regelungen für Angestellte und Arbeiter, die die Altersgrenze erreicht haben

hier: Änderung der Protokollnotiz zu § 2

1. In der Protokollnotiz zu § 2 werden in Nr. 1 nach dem Wort „Kirchenmusiker“ ein Komma und das Wort „Religionslehrer i. K.“ eingefügt.
2. Diese Regelung tritt zum 01.01.2003 in Kraft.

Berichtigung

der „Ausführungsbestimmung zu § 8 Abs. 3 BayRKO“ (veröffentlicht in der Anlage 40 zu den Amtsblättern der bayer. (Erz-)Diözesen)

1. Die „Ausführungsbestimmung zu § 8 Abs. 3 BayRKO“ (Beschluss der Bayer. Regional-KODA vom 16./17.07.2002, veröffentlicht in der Anlage 40 zu den Amtsblättern der bayer. (Erz-)Diözesen, Seite 432) wird berichtigt. Sie erhält folgende Fassung:

Ausführungsbestimmung zu § 8 Abs. 3 BayRKO (vom 01.09.2003)

1. Die Vertreter der Mitarbeiter in der BayRK sind auf Antrag hin bis zu 30 % der durchschnittlichen regelmäßigen wöchentlichen Arbeitszeit eines vergleichbaren vollbeschäftigten Mitarbeiters freizustellen.
2. Die Vertreter der Mitarbeiterseite in der BayRK im Vorbereitungsausschuss haben zusätzlich Anspruch auf eine Freistellung in Höhe von 25 % (einem Viertel) der durchschnittlichen regelmäßigen wöchentlichen Arbeitszeit eines vergleichbaren vollbeschäftigten Mitarbeiters.
3. Der Vertreter der Mitarbeiterseite in der BayRK als Vorsitzender bzw. als stellvertretender Vorsitzender ist auf Antrag bis zu 75 % (drei Viertel) der durchschnittlichen regelmäßigen wöchentlichen Arbeitszeit eines vergleichbaren vollbeschäftigten Mitarbeiters freizustellen.
4. Der von der Mitarbeiterseite mit der leitenden Betreuung der Öffentlichkeitsarbeit beauftragte Mitarbeiter hat zusätzlich Anspruch auf eine Freistellung in Höhe von 25 % (einem Viertel) der durchschnittlichen regelmäßigen wöchentlichen Arbeitszeit eines vergleichbaren vollbeschäftigten Mitarbeiters.
5. Der von der Mitarbeiterseite mit der leitenden Betreuung der Webseite der BayRK beauftragte Mitarbeiter hat zusätzlich Anspruch auf eine Freistellung in Höhe von 10 % (einem Zehntel) der durchschnittlichen regelmäßigen wöchentlichen Arbeitszeit eines vergleichbaren vollbeschäftigten Mitarbeiters.
6. Die Vertreter der Mitarbeiter in der Lehrerkommission der BayRK erhalten ein Freistellungskontingent von insgesamt 25 Wochenstunden. Über die Aufteilung des Stundenkontingents entscheiden die Vertreter der Lehrerkommission intern.

-
7. Die durch die Freistellung der Vertreter der Mitarbeiter in der BayRK dem Anstellungsträger entstehenden Kosten trägt auf Antrag die jeweilige (Erz-)Diözese.
 8. Die durch die Freistellung der Vertreter der Mitarbeiter in der Lehrerkommission entstehenden Kosten tragen auf Antrag die bayerischen (Erz-)Diözesen.
2. Diese Regelung tritt zum 01.09.2003 in Kraft.

Änderungen und Ergänzungen zum Arbeitsvertragsrecht der bayerischen (Erz-)Diözesen – ABD –

**Beschluss der Lehrerkommission der Bayer. Regional-KODA
vom 21.11.2002**

- **Lehrerfortbildung**
hier: Ergänzung der SR 2 I Teile A bis C im Zusammenhang mit
KMS Nr. III/7-P4100-6/51011

zum 01.02.2003

Anlage zum

Amtsblatt für die Diözese Augsburg; Amtsblatt für die Erzdiözese Bamberg; Pastoralblatt des
Bistums Eichstätt; Amtsblatt für das Erzbistum München und Freising; Amtsblatt für das Bistum
Passau; Amtsblatt für die Diözese Regensburg; Würzburger Diözesanblatt

Lehrerfortbildung

hier: Ergänzung der SR 2 I Teile A bis C im Zusammenhang mit
KMS Nr. III/7-P4100-6/51011

1. Die Nr. 13 – Geltung – der SR 2 I Teile A bis C wird zur Nr. 14 der SR 2 I Teile A bis C. Gleichzeitig werden in die neue Nr. 14 Abs. 3 vor dem Wort „auch“ die Worte „Nr. 13“ eingefügt.
2. Nr. 13 der SR 2 I Teile A bis C erhält folgende Fassung:

Die Lehrkräfte sind verpflichtet und berechtigt im Umfang von zwölf Fortbildungstagen innerhalb von vier Jahren an Fortbildungsveranstaltungen – auch während der Ferien – teilzunehmen. Die Durchführung im Einzelnen wird vom Schulträger geregelt.
3. Diese Regelung tritt zum 01.02.2003 in Kraft.

Änderungen und Ergänzungen zum Arbeitsvertragsrecht der bayerischen (Erz-)Diözesen – ABD –

I. Beschluss der Zentral-KODA vom 06.11.2002

- **Ergänzungsbeschluss zur Entgeltumwandlung** zum 01.01.2003

II. Beschlüsse der Bayer. Regional-KODA

- **Beschlüsse zur betrieblichen Altersvorsorge**
- § 46 ABD Teil A, 1./§ 44 ABD Teil B, 1. zum 01.01.2001
- Protokollnotiz zu § 46 ABD Teil A, 1. zum 01.01.2003
- § 46 a ABD Teil A, 1./§ 44 a ABD Teil B, 1. zum 01.01.2003
- Protokollnotiz zu § 46 a ABD Teil A, 1. zum 01.01.2003
- § 46 b ABD Teil A, 1./§ 44 b ABD Teil B, 1. zum 01.01.2001
- Protokollnotiz zu § 46 b ABD Teil A, 1. zum 01.01.2003
- § 46 c ABD Teil A, 1./§ 44 c ABD Teil B, 1. zum 01.01.2003
- § 9 ABD Teil H zum 01.01.2001
- Versorgungsordnungen A, B und C zum 01.01.2003

Anlage zum

Amtsblatt für die Diözese Augsburg; Amtsblatt für die Erzdiözese Bamberg; Pastoralblatt des Bistums Eichstätt; Amtsblatt für das Erzbistum München und Freising; Amtsblatt für das Bistum Passau; Amtsblatt für die Diözese Regensburg; Würzburger Diözesanblatt

I. Beschluss der Zentral-KODA

Unter Bezugnahme auf § 17 Abs. 3 und 5 BetrAVG hat die Zentral-KODA gem. § 3 Abs. 1 Ziff. 1 ZKO folgende Regelung zur Änderung der Nr. 5 des Beschlusses der Zentral-KODA vom 15.04.2002 beschlossen, der die Bayerische Regional-KODA gem. § 12 a BayRKO zugestimmt hat.

Ergänzungsbeschluss zur Entgeltumwandlung

1. Macht ein Mitarbeiter von der Entgeltumwandlung Gebrauch, leistet der Dienstgeber für jeden Monat, in dem Arbeitsentgelt umgewandelt wird, einen Zuschuss in Höhe von 13 % des jeweils umgewandelten Betrages in die betriebliche Altersversorgung, sofern in diesem Monat eine Pflichtversicherung in der gesetzlichen Krankenversicherung besteht. Der Zuschuss wird nicht gewährt im Falle der Nettoumwandlung (Riester-Rente).
2. Für umgewandelte Beträge, die unter Berücksichtigung des Höchstbetrages im Jahresdurchschnitt die steuerlichen Freibeträge überschreiten, besteht kein Anspruch auf einen Zuschuss.
3. Der Zuschuss ist spätestens zum Zahlungstermin des Dezembergehaltes fällig. Scheidet der Mitarbeiter vorher aus, ist der Zuschuss zum Zeitpunkt des Ausscheidens fällig. Aus abrechnungstechnischen und steuerlichen Gründen soll der Zuschuss einmal im Jahr gezahlt werden. Der Zuschuss wird vom Dienstgeber an die zuständige Altersvorsorgeeinrichtung abgeführt.

II. Beschlüsse der Bayer. Regional-KODA

Betriebliche Altersvorsorge

1. Die Überschrift des Abschnitts X ABD Teil A, 1. wird wie folgt geändert:
„Betriebliche Altersvorsorge“

2. § 46 ABD Teil A, 1. wird wie folgt neu gefasst:

„§ 46 Betriebliche Altersversorgung bei der Zusatzversorgungskasse der bayerischen Gemeinden

(1) Der Mitarbeiter hat Anspruch auf Versicherung zum Zwecke einer betrieblichen Altersversorgung nach Maßgabe der Versorgungsordnung A in ihrer jeweiligen Fassung.¹⁾

(2) Der Mitarbeiter erhält Versicherungsleistungen wie bei der Zusatzversorgungskasse der bayerischen Gemeinden versicherte Arbeitnehmer der dem Kommunalen Arbeitgeberverband Bayern angehörenden Mitglieder, soweit nicht in der Versorgungsordnung A abweichende oder ergänzende Regelungen vorgesehen sind.“

3. § 46 ABD Teil A, 1. wird folgende Protokollnotiz angefügt:

„Protokollnotiz zu § 46:

Die von der Bayerischen Regional-KODA zur Versorgungsordnung A zu fassenden Beschlüsse werden jeweils vorab mit der Zusatzversorgungskasse der bayerischen Gemeinden abgestimmt.“

4. § 46a Teil A, 1. wird wie folgt neu gefasst:

„§ 46a Betriebliche Altersversorgung bei der Selbsthilfe, Pensionskasse der Caritas VVaG

Der Mitarbeiter hat Anspruch auf Versicherung zum Zwecke einer betrieblichen Altersversorgung nach Maßgabe der Versorgungsordnung B in ihrer jeweiligen Fassung, sofern der Dienstgeber nicht Mitglied der Zusatzversorgungskasse der bayerischen Gemeinden oder Mitglied/Beteiligter einer anderen rechtsfähigen Versorgungseinrichtung im Sinne des § 1 b Abs. 3 BetrAVG ist.²⁾“

1) Versorgungsordnung A abgedruckt auf Seite 446

2) Versorgungsordnung B abgedruckt auf Seite 484

5. § 46b ABD Teil A, 1. wird wie folgt neu gefasst:

„§ 46b Betriebliche Altersversorgung bei einer anderen Pensionskasse oder einem Pensionsfonds

(1) Der Dienstgeber, der unter Berücksichtigung des § 46 ABD Teil A, 1. die betriebliche Altersversorgung von einer anderen rechtsfähigen Versorgungseinrichtung im Sinne des § 1b Abs. 3 BetrAVG durchführen lassen kann als der Zusatzversorgungskasse der bayerischen Gemeinden, kann die betriebliche Altersversorgung auch dort durchführen.

(2) Die Versicherungsleistungen der betrieblichen Altersversorgung nach Abs. 1 müssen wenigstens den Versicherungsleistungen nach der Versorgungsordnung A entsprechen.“

6. § 46, § 46a und § 46b ABD Teil A, 1. wird folgende Protokollnotiz angefügt:

„Protokollnotiz zu § 46, § 46a und § 46b:

Der Dienstgeber ist verpflichtet, die Versicherung des Mitarbeiters zum Zwecke einer betrieblichen Altersversorgung gemäß den Bestimmungen des § 46, § 46a oder § 46b ABD Teil A, 1. zu veranlassen. Sofern der Dienstgeber nicht Mitglied der Zusatzversorgungskasse der bayerischen Gemeinden oder Mitglied/Beteiligter einer anderen rechtsfähigen Versorgungseinrichtung im Sinne des § 1b Abs. 3 BetrAVG ist oder er eine derartige Mitgliedschaft/Beteiligung nicht erlangt, ist § 46a ABD Teil A, 1. anzuwenden.“

7. Nach § 46b ABD Teil A, 1. wird folgender § 46c ABD Teil A, 1. eingefügt:

„§ 46c Betriebliche Altersversorgung durch Entgeltumwandlung

Der Mitarbeiter kann vom Dienstgeber verlangen, dass Teile seiner künftigen Entgeltansprüche durch Entgeltumwandlung für seine betriebliche Altersversorgung verwendet werden. Das Nähere regelt die Versorgungsordnung C.³⁾“

8. § 44 ABD Teil B, 1. wird wie folgt geändert:

„§ 44 Betriebliche Altersversorgung bei der Zusatzversorgungskasse der bayerischen Gemeinden

Es gelten die Bestimmungen für Angestellte entsprechend (§ 46 ABD Teil A, 1.).“

³⁾ Versorgungsordnung C abgedruckt auf Seite 488

9. Die Überschrift des § 44a ABD Teil B, 1. wird wie folgt geändert:

„§ 44a Betriebliche Altersversorgung bei der Selbsthilfe, Pensionskasse der Caritas VVaG.“

10. § 44b ABD Teil B, 1. wird wie folgt neu gefasst:

„§ 44b Betriebliche Altersversorgung bei einer anderen Pensionskasse oder einem Pensionsfonds

Es gelten die Bestimmungen für Angestellte entsprechend (§ 46b ABD Teil A, 1.).“

11. Nach § 44b ABD Teil B, 1. wird folgender § 44c ABD Teil B, 1. eingefügt:

„§ 44c Betriebliche Altersversorgung durch Entgeltumwandlung

Es gelten die Bestimmungen für Angestellte entsprechend (§ 46c ABD Teil A, 1.).“

12. § 9 ABD Teil H wird wie folgt neu gefasst:

„§ 9 Betriebliche Altersversorgung

Ein Anspruch auf Versicherung zum Zwecke einer betrieblichen Altersversorgung besteht nicht.“

**Beschlüsse der Bayer. Regional-KODA in der 109. Sitzung
der Vollversammlung am 10./11. Dezember 2002
zur betrieblichen Altersversorgung**

1. ABD Teil C, 3. wird wie folgt neu gefasst:
- 3a. Ordnung über die betriebliche Altersversorgung der bei der Bayerischen Versorgungskammer – Zusatzversorgungskasse der bayerischen Gemeinden versicherten Mitarbeiter im kirchlichen Dienst
– Versorgungsordnung A –
in der Fassung vom 1. Januar 2003

Inhaltsverzeichnis

Präambel

Erster Teil Punktemodell

Abschnitt I Geltungsbereich

§ 1 Geltungsbereich

Abschnitt II Versicherung bei der Zusatzversorgungskasse der bayerischen Gemeinden

§ 2 Pflichtversicherung

§ 3 Beitragsfreie Versicherung

§ 4 Überleitung der Versicherung

Abschnitt III Betriebsrente

§ 5 Versicherungsfall und Rentenbeginn

§ 6 Wartezeit

§ 7 Höhe der Betriebsrente

§ 8 Versorgungspunkte

§ 9 Soziale Komponenten

§ 10 Betriebsrente für Hinterbliebene

§ 11 Anpassung der Betriebsrente und Neuberechnung

§ 12 Nichtzahlung und Ruhen der Betriebsrente

§ 13 Erlöschen des Anspruchs auf Betriebsrente

Abschnitt IV Mitarbeiter, die in der gesetzlichen Rentenversicherung nicht versichert sind

§ 14 Sonderregelungen für Mitarbeiter, die in der gesetzlichen Rentenversicherung nicht versichert sind

Abschnitt V Finanzierung

- § 15 Finanzierungsgrundsätze und zusatzversorgungspflichtiges Entgelt
- § 16 Umlagen
- § 17 Sanierungsgelder
- § 18 Beiträge im Kapitaldeckungsverfahren
- § 19 Bonuspunkte

Abschnitt VI Verfahren

- § 20 Pflichten der Versicherten und der Betriebsrentenberechtigten
- § 21 Versicherungsnachweise
- § 22 Zahlung und Abfindung
- § 23 Ausschlussfristen
- § 24 Beitragserstattung

Abschnitt VII Zuschüsse des Dienstgebers zu anderen Zukunftssicherungssystemen

- § 25 Zuschüsse des Dienstgebers zu anderen Zukunftssicherungssystemen

Zweiter Teil Freiwillige Versicherung

- § 26 Freiwillige Versicherung
- § 27 Verfahren

Dritter Teil Übergangs- und Schlussvorschriften

Abschnitt I Übergangsregelungen zur Versicherungspflicht

- § 28 Höherversicherte
- § 29 Von der Pflichtversicherung Befreite

Abschnitt II Übergangsregelungen für die Rentenberechtigten

- § 30 Am 31. Dezember 2001 Versorgungsrentenberechtigte
- § 31 Am 31. Dezember 2001 Versicherungsrentenberechtigte

Abschnitt III Übergangsregelungen für Anwartschaften der Versicherten

- § 32 Grundsätze
- § 33 Höhe der Anwartschaften für am 31. Dezember 2001 schon und am 1. Januar 2002 noch Pflichtversicherte
- § 34 Höhe der Anwartschaften für am 1. Januar 2002 beitragsfrei Versicherte

Abschnitt IV Schlussvorschriften

- § 35 Sterbegeld
- § 36 Sonderregelungen für die Jahre 2001/2002
- § 37 frei
- § 38 Sonderregelung zu § 26 Abs. 5
- § 39 In-Kraft-Treten

Anlage 1	frei
Anlage 2	Ausnahmen von der Versicherungspflicht
Anlage 3	Ausnahmen vom und Sonderregelungen zum zusatzversor- gungspflichtigen Entgelt
Anlage 4	Versicherungsmathematische Grundsätze für die Bewertung der Verpflichtungen im Rahmen der versicherungstechnischen Bilanz
Anlage 5	Altersvorsorgeplan 2001 des öffentlichen Dienstes

Präambel

I.

Die Versorgungsordnung A regelt die betriebliche Altersversorgung der bei der Zusatzversorgungskasse der bayerischen Gemeinden versicherten Mitarbeiter.

II.

¹Grundlage für den Anspruch der Mitarbeiter auf Versicherung zum Zwecke einer zusätzlichen Alters- und Hinterbliebenenversorgung waren zum Stichtag 1. Januar 2001 die Regelungen des Tarifvertrages über die Versorgung der Arbeitnehmer kommunaler Verwaltungen und Betriebe (VersTV-G) vom 6. März 1967 in ihrer jeweils gültigen Fassung. ²Unbeschadet der Tatsache, dass die Bayerische Regional-KODA nunmehr mit der Versorgungsordnung A eine eigenständige kollektivrechtliche Regelung im Bereich der betrieblichen Altersversorgung schafft, wird auch künftig die größt mögliche Nähe mit den für die bei der Zusatzversorgungskasse der bayerischen Gemeinden versicherten Arbeitnehmer der dem Kommunalen Arbeitgeberverband Bayern angehörenden Mitglieder geltenden Regelungen beibehalten.

III.

Soweit nicht in der Versorgungsordnung A inhaltlich abweichende oder ergänzende Regelungen vorgesehen sind, erhalten die Mitarbeiter Versicherungsleistungen wie bei der Zusatzversorgungskasse der bayerischen Gemeinden versicherte Arbeitnehmer der dem Kommunalen Arbeitgeberverband angehörenden Mitglieder.

IV.

Änderungen in dem für die bei der Zusatzversorgungskasse der bayerischen Gemeinden versicherten Arbeitnehmer der dem Kommunalen Arbeitgeberverband angehörenden Mitglieder geltenden Tarifvertrag werden zum jeweiligen Zeitpunkt Bestandteil der Versorgungsordnung A, soweit nicht die Bayerische Regional-KODA abweichende oder ergänzende Beschlüsse fasst.

V.

¹Die Bayerische Regional-KODA stellt fest und bestätigt, dass die Neuregelung der zusätzlichen Alters- und Hinterbliebenenversorgung, wie sie im „Tarifvertrag über die zusätzliche Altersvorsorge der Beschäftigten des öffentlichen Dienstes (Altersvorsorge-TV-Kommunal [ATV-K])“ vom 1. März 2002 sowie der Satzung der Zusatzversorgungskasse der bayerischen Gemeinden in der Fassung vom 25. Juni 2002 zum Ausdruck kommt, Bestandteil der Arbeitsverträge der Mitarbeiter im Geltungsbereich des Arbeitsvertragsrechts der bayerischen (Erz-)Diözesen ist. ²Die Tarifvertragsparteien des öffentlichen Dienstes haben sich – auch in Ausfüllung des Beschlusses des

Bundesverfassungsgerichts vom 22. März 2000 (1 BvR 1136/96) – am 13. November 2001 auf eine grundlegende Reform der Zusatzversorgung des öffentlichen Dienstes geeinigt, um deren Zukunftsfähigkeit zu sichern; der Altersvorsorgeplan 2001 vom 13. November 2001 ist dabei Geschäftsgrundlage des Tarifvertrages.

³Das bisherige Gesamtversorgungssystem wird mit Ablauf des 31. Dezember 2000 geschlossen und durch ein Punktemodell ersetzt, in dem entsprechend den nachfolgenden Regelungen diejenigen Leistungen zugesagt werden, die sich ergeben würden, wenn eine Gesamt-Beitragsleistung von 4 v.H. des zusatzversorgungspflichtigen Entgelts vollständig in ein kapitalgedecktes System eingezahlt würde. ⁴Das Jahr 2001 wird im Rahmen des Übergangsrechts berücksichtigt.

VI.

Bei der Zusatzversorgungskasse der bayerischen Gemeinden kann als Leistung der betrieblichen Altersversorgung auch eine zusätzliche kapitalgedeckte Altersvorsorge durch eigene Beiträge unter Inanspruchnahme der steuerlichen Förderungen durchgeführt werden.

Erster Teil Punktemodell

Abschnitt I Geltungsbereich

§ 1 Geltungsbereich

Die „Ordnung über die betriebliche Altersversorgung der bei der Bayerischen Versorgungskammer – Zusatzversorgungskasse der bayerischen Gemeinden versicherten Mitarbeiter im kirchlichen Dienst – Versorgungsordnung A“ gilt für die Arbeitnehmerinnen/Arbeitnehmer und Auszubildende (Mitarbeiter), die unter den Geltungsbereich des Arbeitsvertragsrechts der bayerischen (Erz-) Diözesen fallen, soweit nicht § 46a oder § 46b ABD Teil A, 1. zur Anwendung kommt.

Abschnitt II Versicherung bei der Zusatzversorgungskasse der bayerischen Gemeinden

§ 2 Pflichtversicherung

(1) ¹Die Mitarbeiter sind vorbehaltlich der Absätze 2 und 3 mit dem Beginn des Beschäftigungsverhältnisses bei der Zusatzversorgungskasse der baye-

rischen Gemeinden zu versichern, wenn sie das 17. Lebensjahr vollendet haben und vom Beginn der Versicherung bis zur Vollendung des 65. Lebensjahres die Wartezeit (§ 6) erfüllen können, wobei frühere Versicherungszeiten, die auf die Wartezeit angerechnet werden, zu berücksichtigen sind.

²Die Pflicht zur Versicherung endet mit der Beendigung des Beschäftigungsverhältnisses.

(2) ¹Mitarbeiter mit einer wissenschaftlichen Tätigkeit an Hochschulen oder Forschungseinrichtungen, die für ein auf nicht mehr als fünf Jahre befristetes Arbeitsverhältnis eingestellt werden und die bisher keine Pflichtversicherungszeiten in der Zusatzversorgung haben, sind auf ihren schriftlichen Antrag von der Pflicht zur Versicherung zu befreien. ²Der Antrag ist innerhalb von zwei Monaten nach Beginn des Arbeitsverhältnisses zu stellen. ³Zugunsten der nach Satz 1 von der Pflichtversicherung befreiten Mitarbeiter werden Versorgungsanwartschaften auf eine freiwillige Versicherung (entsprechend § 26) mit Beiträgen in Höhe der auf den Dienstgeber entfallenden Aufwendungen für die Pflichtversicherung, höchstens jedoch mit 4 v.H. des zusatzversorgungspflichtigen Entgelts begründet. ⁴Wird das Arbeitsverhältnis im Sinne des Satzes 1 verlängert oder fortgesetzt, beginnt die Pflichtversicherung anstelle der freiwilligen Versicherung mit dem Ersten des Monats, in dem die Verlängerung oder Fortsetzung des Arbeitsverhältnisses über fünf Jahre hinaus vereinbart wurde. ⁵Eine rückwirkende Pflichtversicherung von Beginn des Arbeitsverhältnisses an ist ausgeschlossen.

(3) Von der Pflicht zur Versicherung ausgenommen sind die von der Anlage 2 erfassten Mitarbeiter.

§ 3 Beitragsfreie Versicherung

(1) Die Versicherung bleibt als beitragsfreie Versicherung bestehen, wenn das Beschäftigungsverhältnis endet.

(2) Die beitragsfreie Versicherung endet bei Eintritt des Versicherungsfalles, Überleitung der Versicherung auf eine andere Zusatzversorgungseinrichtung, Tod, Erlöschen der Anwartschaft oder bei Beginn einer erneuten Pflichtversicherung.

§ 4 Überleitung der Versicherung

¹Die Mitarbeiter, die bei einer anderen Zusatzversorgungseinrichtung versichert sind, von der die Versicherung übergeleitet wird, sind verpflichtet, die Überleitung der Versicherung auf die Zusatzversorgungskasse der bayerischen Gemeinden zu beantragen, es sei denn, dass bei der anderen Zusatzversorgungseinrichtung Pflicht zur Versicherung besteht oder auch bei Überleitung der Versicherung keine Pflicht zur Versicherung bei der Zusatzversorgungskasse der bayerischen Gemeinden entstände. ²Das Gleiche gilt

für die Mitarbeiter, die gegen eine in Satz 1 genannte Zusatzversorgungseinrichtung Anspruch auf Rente haben, und zwar auch dann, wenn diese Zusatzversorgungseinrichtung die Rente weiter gewährt.

Abschnitt III Betriebsrente

§ 5 Versicherungsfall und Rentenbeginn

¹Der Versicherungsfall tritt am Ersten des Monats ein, von dem an der Anspruch auf gesetzliche Rente wegen Alters als Vollrente bzw. wegen teilweiser oder voller Erwerbsminderung besteht. ²Der Anspruch ist durch Bescheid des Trägers der gesetzlichen Rentenversicherung nachzuweisen.

³Den in der gesetzlichen Rentenversicherung Pflichtversicherten, bei denen der Versicherungsfall nach Satz 1 eingetreten ist und die die Wartezeit nach § 6 erfüllt haben, wird auf ihren schriftlichen Antrag von der Zusatzversorgungskasse der bayerischen Gemeinden eine Betriebsrente gezahlt. ⁴Die Betriebsrente beginnt – vorbehaltlich des § 12 – mit dem Beginn der Rente aus der gesetzlichen Rentenversicherung.

§ 6 Wartezeit

(1) ¹Betriebsrenten werden erst nach Erfüllung der Wartezeit von 60 Kalendermonaten gewährt. ²Dabei wird jeder Kalendermonat berücksichtigt, für den mindestens für einen Tag Aufwendungen für die Pflichtversicherung nach §§ 16, 18 erbracht wurden. ³Bis zum 31. Dezember 2000 nach dem bisherigen Recht der Zusatzversorgung als Umlagemonate zu berücksichtigende Zeiten zählen für die Erfüllung der Wartezeit. ⁴Für die Erfüllung der Wartezeit werden Versicherungsverhältnisse bei Zusatzversorgungseinrichtungen nach § 2 Abs. 1 zusammengerechnet.

(2) ¹Die Wartezeit gilt als erfüllt, wenn der Versicherungsfall durch einen Arbeitsunfall eingetreten ist, der im Zusammenhang mit dem die Pflicht zur Versicherung begründenden Arbeitsverhältnis steht oder wenn die/der Versicherte infolge eines solchen Arbeitsunfalls gestorben ist. ²Ob ein Arbeitsunfall vorgelegen hat, ist durch Bescheid des Trägers der gesetzlichen Unfallversicherung nachzuweisen.

(3) ¹In den Fällen des § 7 Abs. 5 des Gesetzes über die Rechtsverhältnisse der Mitglieder des Deutschen Bundestages und entsprechender gesetzlicher Vorschriften werden Zeiten einer nach dem Beginn der Pflichtversicherung liegenden Mitgliedschaft im Deutschen Bundestag, im Europäischen Parlament oder in dem Parlament eines Landes auf die Wartezeit angerechnet.

§ 7 Höhe der Betriebsrente

(1) Die monatliche Betriebsrente errechnet sich aus der Summe der bis zum Beginn der Betriebsrente (§ 5 Satz 4) erworbenen Versorgungspunkte (§ 8), multipliziert mit dem Messbetrag von 4 Euro.

(2) Die Betriebsrente wegen teilweiser Erwerbsminderung beträgt die Hälfte der Betriebsrente, die sich nach Absatz 1 bei voller Erwerbsminderung ergeben würde.

(3) Die Betriebsrente mindert sich für jeden Monat, für den der Zugangsfaktor nach § 77 SGB VI herabgesetzt ist, um 0,3 v.H., höchstens jedoch um insgesamt 10,8 v.H.

§ 8 Versorgungspunkte

(1) ¹Versorgungspunkte ergeben sich

a) für das Zusatzversorgungspflichtige Entgelt (§ 15),

b) für soziale Komponenten (§ 9) und

c) als Bonuspunkte (§ 19).

²Die Versorgungspunkte nach Satz 1 Buchst. a und b werden jeweils zum Ende des Kalenderjahres bzw. zum Zeitpunkt der Beendigung des Arbeitsverhältnisses festgestellt und dem Versorgungskonto gutgeschrieben; die Feststellung und Gutschrift der Bonuspunkte erfolgt zum Ende des folgenden Kalenderjahres. ³Versorgungspunkte werden jeweils auf zwei Nachkommastellen unter gemeinüblicher Rundung berechnet.

(2) ¹Die Anzahl der Versorgungspunkte für ein Kalenderjahr nach Absatz 1 Satz 1 Buchstabe a ergibt sich aus dem Verhältnis eines Zwölftels des Zusatzversorgungspflichtigen Jahresentgelts zum Referenzentgelt von 1.000 Euro, multipliziert mit dem Altersfaktor (Absatz 3); dies entspricht einer Beitragsleistung von 4 v.H. des Zusatzversorgungspflichtigen Entgelts. ²Bei einer vor dem 1. Januar 2003 vereinbarten Altersteilzeit auf der Grundlage des Altersteilzeitgesetzes werden die Versorgungspunkte nach Satz 1 mit dem 1,8fachen berücksichtigt, soweit sie nicht auf Entgelten beruhen, die in voller Höhe zustehen.

(3) Der Altersfaktor beinhaltet eine jährliche Verzinsung von 3,25 v.H. während der Anwartschaftsphase und von 5,25 v.H. während des Rentenbezuges und richtet sich nach der folgenden Tabelle; dabei gilt als Alter die Differenz zwischen dem jeweiligen Kalenderjahr und dem Geburtsjahr:

Alter	Altersfaktor	Alter	Altersfaktor	Alter	Altersfaktor	Alter	Altersfaktor
17	3,1	29	2,1	41	1,5	53	1,0
18	3,0	30	2,0	42	1,4	54	1,0
19	2,9	31	2,0	43	1,4	55	1,0
20	2,8	32	1,9	44	1,3	56	1,0
21	2,7	33	1,9	45	1,3	57	0,9
22	2,6	34	1,8	46	1,3	58	0,9
23	2,5	35	1,7	47	1,2	59	0,9
24	2,4	36	1,7	48	1,2	60	0,9
25	2,4	37	1,6	49	1,2	61	0,9
26	2,3	38	1,6	50	1,1	62	0,8
27	2,2	39	1,6	51	1,1	63	0,8
28	2,2	40	1,5	52	1,1	64 und älter	0,8

Protokollerklärung zu Absatz 2 Satz 2:

Wird aufgrund einer Einzelregelung ein Beitrag an die gesetzliche Rentenversicherung gezahlt, der den Mindestbeitrag nach § 3 Abs. 1 Nr. 1 Buchstabe b des Altersteilzeitgesetzes übersteigt, ist das zusatzversorgungspflichtige Entgelt so zu erhöhen, dass sich nach Anwendung von Absatz 2 Satz 2 so viele Versorgungspunkte ergeben, wie dies dem über den gesetzlichen Mindestbeitrag erhöhten Beitrag zur gesetzlichen Rentenversicherung entspricht.

§ 9 Soziale Komponenten

(1) Für jeden vollen Kalendermonat ohne Arbeitsentgelt, in dem das Arbeitsverhältnis wegen einer Elternzeit nach § 15 des Bundeserziehungsgeldgesetzes ruht, werden für jedes Kind, für das ein Anspruch auf Elternzeit besteht, die Versorgungspunkte berücksichtigt, die sich bei einem zusatzversorgungspflichtigen Entgelt von 500 Euro in diesem Monat ergeben würden.

(2) ¹Bei Eintritt des Versicherungsfalles wegen teilweiser oder voller Erwerbsminderung vor Vollendung des 60. Lebensjahres werden Pflichtversicherten für jeweils zwölf volle, bis zur Vollendung des 60. Lebensjahres fehlende Kalendermonate so viele Versorgungspunkte hinzugerechnet, wie dies

dem Verhältnis von durchschnittlichem monatlichem zusatzversorgungspflichtigem Entgelt der letzten drei Kalenderjahre vor Eintritt des Versicherungsfalles zum Referenzentgelt entspricht; bei Berechnung des durchschnittlichen Entgelts werden Monate ohne zusatzversorgungspflichtiges Entgelt nicht berücksichtigt. ²Ist in diesem Zeitraum kein zusatzversorgungspflichtiges Entgelt angefallen, ist für die Berechnung nach Satz 1 das Entgelt zugrunde zu legen, das sich als durchschnittliches monatliches zusatzversorgungspflichtiges Entgelt im Kalenderjahr vor dem Rentenbeginn ergeben hätte.

(3) ¹Bei Mitarbeitern, die am 1. Januar 2002 bereits 20 Jahre pflichtversichert sind, werden für jedes volle Kalenderjahr der Pflichtversicherung bis zum 31. Dezember 2001 mindestens 1,84 Versorgungspunkte berücksichtigt. ²Bei Mitarbeitern, deren Gesamtbeschäftigungsquotient am 31. Dezember 2001 kleiner als 1,0 ist, gilt Satz 1 entsprechend mit der Maßgabe, dass der Faktor 1,84 mit dem am 31. Dezember 2001 maßgebenden Gesamtbeschäftigungsquotienten multipliziert wird.

§ 10 Betriebsrente für Hinterbliebene

(1) ¹Stirbt eine Versicherte/ein Versicherter, die/der die Wartezeit (§ 6) erfüllt hat, oder eine Betriebsrentenberechtigte/ein Betriebsrentenberechtigter, hat die hinterbliebene Ehegattin/der hinterbliebene Ehegatte Anspruch auf eine kleine oder große Betriebsrente für Witwen/Witwer, wenn und solange ein Anspruch auf Witwen-/Witwerrente aus der gesetzlichen Rentenversicherung besteht oder bestehen würde, sofern kein Rentensplitting unter Ehegatten durchgeführt worden wäre. ²Art (kleine/große Betriebsrenten für Witwen/Witwer), Höhe (prozentualer Bemessungssatz) und Dauer des Anspruchs richten sich – soweit keine abweichenden Regelungen getroffen sind – nach den entsprechenden Bestimmungen der gesetzlichen Rentenversicherung. ³Bemessungsgrundlage der Betriebsrenten für Hinterbliebene ist jeweils die Betriebsrente, die die Verstorbene/der Verstorbene bezogen hat oder hätte beanspruchen können, wenn sie/er im Zeitpunkt ihres/seines Todes wegen voller Erwerbsminderung ausgeschieden wäre. ⁴Die ehelichen oder diesen gesetzlich gleichgestellten Kinder der/des Verstorbenen haben entsprechend den Sätzen 1 bis 3 Anspruch auf Betriebsrente für Voll- oder Halbweisen.

⁵Der Anspruch ist durch Bescheid des Trägers der gesetzlichen Rentenversicherung nachzuweisen.

(2) Anspruch auf Betriebsrente für Witwen/Witwer besteht nicht, wenn die Ehe mit der/dem Verstorbenen weniger als zwölf Monate gedauert hat, es sei denn, dass nach den besonderen Umständen des Falles die Annahme nicht gerechtfertigt ist, dass es der alleinige oder überwiegende Zweck der Heirat war, der Witwe/dem Witwer eine Betriebsrente zu verschaffen.

(3) ¹Betriebsrenten für Witwen/Witwer und Waisen dürfen zusammen den Betrag der ihrer Berechnung zugrunde liegenden Betriebsrente nicht übersteigen. ²Ergeben die Hinterbliebenenrenten in der Summe einen höheren Betrag, werden sie anteilig gekürzt. ³Erlischt eine der anteilig gekürzten Hinterbliebenenrenten, erhöhen sich die verbleibenden Hinterbliebenenrenten vom Beginn des folgenden Monats entsprechend, jedoch höchstens bis zum vollen Betrag der Betriebsrente der/des Verstorbenen.

§ 11 Anpassung der Betriebsrente und Neuberechnung

(1) Die Betriebsrenten werden, beginnend ab dem Jahr 2002, zum 1. Juli eines jeden Jahres um 1,0 v.H. dynamisiert.

(2) ¹Die Betriebsrente ist neu zu berechnen, wenn bei einer/einem Betriebsrentenberechtigten ein neuer Versicherungsfall eintritt und seit der Festsetzung der Betriebsrente aufgrund des früheren Versicherungsfalles zusätzliche Versorgungspunkte zu berücksichtigen sind.

²Durch die Neuberechnung wird die bisherige Betriebsrente um den Betrag erhöht, der sich als Betriebsrente aufgrund der neu zu berücksichtigenden Versorgungspunkte ergibt; für diese zusätzlichen Versorgungspunkte wird der Abschlagsfaktor nach § 7 Abs. 3 gesondert festgestellt.

³Wird aus einer Betriebsrente wegen teilweiser Erwerbsminderung eine Betriebsrente wegen voller Erwerbsminderung oder wegen Alters, wird die bisher nach § 7 Abs. 2 zur Hälfte gezahlte Betriebsrente voll gezahlt. ⁴Wird aus einer Betriebsrente wegen voller Erwerbsminderung eine Betriebsrente wegen teilweiser Erwerbsminderung, wird die bisher gezahlte Betriebsrente entsprechend § 7 Abs. 2 zur Hälfte gezahlt. ⁵Die Sätze 1 und 2 sind entsprechend anzuwenden, wenn zusätzliche Versorgungspunkte zu berücksichtigen sind.

⁶Für Hinterbliebene gelten die Sätze 3 und 4 entsprechend.

§ 12 Nichtzahlung und Ruhen der Betriebsrente

(1) ¹Die Betriebsrente wird von dem Zeitpunkt an nicht gezahlt, von dem an die Rente wegen Alters aus der gesetzlichen Rentenversicherung nach § 100 Abs. 3 Satz 1 in Verbindung mit § 34 Abs. 2 SGB VI endet. ²Die Betriebsrente ist auf Antrag vom Ersten des Monats an wieder zu zahlen, für den der/dem Rentenberechtigten die Rente wegen Alters aus der gesetzlichen Rentenversicherung wieder geleistet wird.

(2) Ist der Versicherungsfall wegen voller oder teilweiser Erwerbsminderung eingetreten und wird die Rente aus der gesetzlichen Rentenversicherung wegen Hinzuverdienstes nicht oder nur zu einem Anteil gezahlt, wird auch die Betriebsrente nicht oder nur in Höhe eines entsprechenden Anteils gezahlt.

(3) Die Betriebsrente ruht, solange die Rente aus der gesetzlichen Rentenversicherung ganz oder teilweise versagt wird.

(4) Die Betriebsrente ruht ferner, solange die/der Berechtigte ihren/seinen Wohnsitz oder dauernden Aufenthalt außerhalb eines Mitgliedstaates der Europäischen Union hat und trotz Aufforderung der Zusatzversorgungskasse der bayerischen Gemeinden keine Empfangsbevollmächtigte/keinen Empfangsbevollmächtigten im Inland bestellt.

(5) Die Betriebsrente ruht ferner in Höhe des Betrages des für die Zeit nach dem Beginn der Betriebsrente gezahlten Krankengeldes aus der gesetzlichen Krankenversicherung, soweit dieses nicht nach § 96a Abs. 3 SGB VI auf eine Rente wegen teilweiser Erwerbsminderung anzurechnen oder bei einer Rente wegen voller Erwerbsminderung dem Träger der Krankenversicherung zu erstatten ist.

(6) Für Hinterbliebene gelten die Vorschriften der gesetzlichen Rentenversicherung über das Zusammentreffen von Rente und Einkommen entsprechend mit der Maßgabe, dass eventuelle Freibeträge sowie das Einkommen, das auf die Rente aus der gesetzlichen Rentenversicherung angerechnet wird, unberücksichtigt bleiben.

§ 13 Erlöschen des Anspruchs auf Betriebsrente

(1) Der Anspruch auf Betriebsrente erlischt mit dem Ablauf des Monats, a) in dem die/der Betriebsrentenberechtigte gestorben ist oder b) für den Rente nach § 43 bzw. § 240 SGB VI letztmals gezahlt worden ist oder c) der dem Monat vorangeht, von dessen Beginn an die Zusatzversorgungseinrichtung, zu der die Versicherung übergeleitet worden ist, zur Zahlung der Betriebsrente verpflichtet ist.

(2) ¹Der Anspruch auf Betriebsrente für Witwen/Witwer erlischt im Übrigen mit dem Ablauf des Monats, in dem die Witwe/der Witwer geheiratet hat. ²Für das Wiederaufleben der Betriebsrente für Witwen/Witwer gilt § 46 Abs. 3 SGB VI entsprechend.

Abschnitt IV

Mitarbeiter, die in der gesetzlichen Rentenversicherung nicht versichert sind

§ 14 Sonderregelungen für Mitarbeiter, die in der gesetzlichen Rentenversicherung nicht versichert sind

¹Für Mitarbeiter, die in der gesetzlichen Rentenversicherung nicht versichert sind, gelten die §§ 2 bis 13 entsprechend. ²Soweit auf Regelungen des

Rechts der gesetzlichen Rentenversicherung Bezug genommen wird, ist die jeweilige Regelung so entsprechend anzuwenden, wie dies bei unterstellter Versicherung in der gesetzlichen Rentenversicherung der Fall wäre. ³Bei Anwendung des § 5 sind dabei anstelle der Versicherungszeiten in der gesetzlichen Rentenversicherung die Pflichtversicherungszeiten in der Zusatzversorgung zu berücksichtigen.

⁴Die teilweise oder volle Erwerbsminderung ist durch einen von der Zusatzversorgungskasse der bayerischen Gemeinden zu bestimmenden Facharzt nachzuweisen. ⁵Die Betriebsrente ruht, solange sich die Betriebsrentenberechtigten trotz Verlangens der Zusatzversorgungskasse der bayerischen Gemeinden innerhalb einer von dieser zu setzenden Frist nicht fachärztlich untersuchen lassen oder das Ergebnis der Untersuchung der Zusatzversorgungskasse der bayerischen Gemeinden nicht vorlegen. ⁶Der Anspruch auf Betriebsrente erlischt mit Ablauf des Monats, der auf den Monat folgt, in dem der/dem Berechtigten die Entscheidung der Zusatzversorgungskasse der bayerischen Gemeinden über das Erlöschen des Anspruchs wegen Wegfalls der Erwerbsminderung zugegangen ist.

Abschnitt V Finanzierung

§ 15 Finanzierungsgrundsätze und Zusatzversorgungspflichtiges Entgelt

(1) ¹Die Finanzierung der Pflichtversicherung wird von der Zusatzversorgungskasse der bayerischen Gemeinden eigenständig geregelt. ²Nach den Möglichkeiten der Zusatzversorgungskasse der bayerischen Gemeinden kann die Umlagefinanzierung schrittweise durch eine kapitalgedeckte Finanzierung abgelöst werden (Kombinationsmodell).

(2) ¹Zusatzversorgungspflichtiges Entgelt ist, soweit sich aus Anlage 3 nichts anderes ergibt, der steuerpflichtige Arbeitslohn. ²Wird Altersteilzeit nach dem 31. Dezember 2002 vereinbart, ist Zusatzversorgungspflichtiges Entgelt während der Altersteilzeitarbeit das 1,8fache der Bezüge nach § 4 der Regelung der Altersteilzeitarbeit (ABD Teil C, 13.), soweit es nicht in voller Höhe zusteht.

(3) ¹Durch Regelung der Bayerischen Regional-KODA kann für ein Mitglied der Zusatzversorgungskasse der bayerischen Gemeinden, das sich in einer wirtschaftlichen Notlage befindet, für die Pflichtversicherung geregelt werden, dass für die Zusage von Leistungen für die Dauer von bis zu drei Jahren bis zu einer Mindesthöhe von 2 v.H. von der nach § 8 Abs. 2 zugesagten Leistung abgewichen werden kann. ²Entsprechend der Verminderung der Leistungszusage für die bei dem Mitglied beschäftigten Pflichtversicherten reduziert sich für das Mitglied insoweit die zu tragende Umlagebelastung

bzw. der zu zahlende Beitrag an die Zusatzversorgungskasse der bayerischen Gemeinden. ³Die Feststellung der wirtschaftlichen Notlage wird durch die Bayerische Regional-KODA getroffen. ⁴Die Regelung kann durch Beschluss der Bayerischen Regional-KODA über die in Satz 1 genannte Dauer verlängert werden.

Protokollerklärung zu Absatz 2 Satz 2:

Wird aufgrund einer Einzelregelung ein Beitrag an die gesetzliche Rentenversicherung gezahlt, der den Mindestbeitrag nach § 3 Abs. 1 Nr. 1 Buchst. b des Altersteilzeitgesetzes übersteigt, ist das zusatzversorgungspflichtige Entgelt nach Absatz 2 Satz 2 entsprechend zu erhöhen.

§ 16 Umlagen

(1) ¹Von der Zusatzversorgungskasse der bayerischen Gemeinden festgesetzte monatliche Umlagen in Höhe eines bestimmten Vomhundertsatzes des zusatzversorgungspflichtigen Entgelts der Mitarbeiter (Umlagesatz) führt der Dienstgeber – ggf. einschließlich des vom Mitarbeiter zu tragenden Umlage-Beitrags – an die Zusatzversorgungskasse der bayerischen Gemeinden ab. ²Die Umlage-Beiträge der Mitarbeiter behält der Dienstgeber von deren Arbeitsentgelt ein. ³Bei Pflichtversicherten bleiben die am 1. November 2001 geltenden Vomhundertsätze für die Erhebung der Umlage-Beiträge bei der Zusatzversorgungskasse der bayerischen Gemeinden maßgebend.

(2) ¹Der Dienstgeber hat die auf ihn entfallende Umlage bis zu einem Betrag von monatlich 89,48 Euro pauschal zu versteuern, solange die Pauschalversteuerung rechtlich möglich ist.

²Soweit bei dem Dienstgeber die nach § 40 b Abs. 2 EStG zulässige Durchschnittsberechnung Anwendung findet, bleibt diese erhalten, solange sie rechtlich möglich ist.

(3) ¹Die auf die Umlage entfallenden Pflichtversicherungszeiten und die daraus erworbenen Versorgungspunkte sind von der Zusatzversorgungskasse der bayerischen Gemeinden auf einem personenbezogenen Versorgungskonto zu führen (Versorgungskonto I); umfasst sind auch Aufwendungen und Auszahlungen. ²Das Weitere regelt die Satzung der Zusatzversorgungskasse der bayerischen Gemeinden.

Protokollerklärung:

Für den Fall, dass die pauschal versteuerte Umlage über den am 1. Januar 2001 geltenden Umfang hinaus in der Sozialversicherung beitragspflichtig werden sollte, wird die Bayerische Regional-KODA unverzüglich Verhandlungen aufnehmen mit dem Ziel, ein dem Zweck der Pauschalversteuerung entsprechendes Ergebnis zu erreichen.

§ 17 Sanierungsgelder

(1) ¹Zur Deckung des infolge der Schließung des Gesamtversorgungssystems und des Wechsels vom Gesamtversorgungssystem zum Punktemodell zusätzlichen Finanzbedarfs, der über die am 1. November 2001 jeweils geltende Umlage hinausgeht, erhebt die Zusatzversorgungskasse der bayerischen Gemeinden vom Dienstgeber Sanierungsgelder. ²Diese Sanierungsgelder sind kein steuerpflichtiger Arbeitslohn.

(2) Sanierungsgelder kommen nicht in Betracht, wenn der am 1. November 2001 jeweils gültige Umlagesatz weniger als 4 v.H. des zusatzversorgungspflichtigen Entgelts betragen hat.

§ 18 Beiträge im Kapitaldeckungsverfahren

(1) Soweit die Zusatzversorgungskasse der bayerischen Gemeinden für die Pflichtversicherung Beiträge im Kapitaldeckungsverfahren von höchstens 4 v.H. des zusatzversorgungspflichtigen Entgelts erhebt, trägt diese der Dienstgeber.

(2) Die Beiträge im Sinne des Absatzes 1 einschließlich der darauf entfallenden Erträge sind von der Zusatzversorgungskasse der bayerischen Gemeinden auf einem gesonderten personenbezogenen Versorgungskonto getrennt von den sonstigen Einnahmen zu führen (Versorgungskonto II).

(3) Die Einnahmen und Ausgaben einschließlich der Kapitalanlagen sind gesondert zu führen und zu verwalten.

§ 19 Bonuspunkte

(1) ¹Die Zusatzversorgungskasse der bayerischen Gemeinden stellt jährlich bis zum Jahresende für das vorangegangene Geschäftsjahr fest, in welchem Umfang aus verbleibenden Überschüssen (Absatz 2) Bonuspunkte (§ 8 Abs. 1 Satz 1 Buchst. c) vergeben werden können. ²Bonuspunkte nach Satz 1 kommen in Betracht für die am Ende des laufenden Geschäftsjahres Pflichtversicherten sowie für die zum gleichen Zeitpunkt beitragsfrei Versicherten, die eine Wartezeit von 120 Umlage-/Beitragsmonaten erfüllt haben. ³Über die Vergabe von Bonuspunkten entscheidet das zuständige Gremium der Zusatzversorgungskasse der bayerischen Gemeinden auf Vorschlag des Verantwortlichen Aktuars der Zusatzversorgungskasse der bayerischen Gemeinden. ⁴Grundlage für die Feststellung und Entscheidung ist eine auf anerkannten versicherungsmathematischen Grundsätzen (Anlage 4) beruhende und durch den Verantwortlichen Aktuar erstellte fiktive versicherungstechnische Bilanz für die Verpflichtungen gegenüber den Pflichtversicherten und den beitragsfrei Versicherten mit erfüllter Wartezeit von 120 Umlage-/Beitragsmonaten. ⁵Soweit eine Kapitaldeckung vorhanden ist, werden dabei die tatsächlich erzielten Kapitalerträge veranschlagt. ⁶Soweit keine

Kapitaldeckung vorhanden ist, wird die durchschnittliche laufende Verzinsung der zehn nach der Bilanzsumme größten Pensionskassen gemäß dem zum Zeitpunkt der Fertigstellung der Bilanz nach Satz 4 jeweils aktuellen Geschäftsbericht des Bundesaufsichtsamtes für das Versicherungswesen bzw. der Nachfolgebehörde zugrunde gelegt.

(2) ¹Ergibt die fiktive versicherungstechnische Bilanz einen Überschuss, wird dieser Überschuss um den Aufwand für soziale Komponenten nach § 9 und um die Verwaltungskosten der Zusatzversorgungskasse der bayerischen Gemeinden vermindert und nach Maßgabe des Absatzes 1 verwendet; soweit keine Kapitaldeckung vorhanden ist, werden für die fiktive Verzinsung nach Absatz 1 Satz 6 als Verwaltungskosten 2 v. H. dieser fiktiven Zinserträge berücksichtigt. ²Ergibt die versicherungstechnische Bilanz eine Unterdeckung, wird diese vorgetragen. ³Einzelheiten werden in den Ausführungsbestimmungen zur Satzung der Zusatzversorgungskasse der bayerischen Gemeinden geregelt.

Abschnitt VI Verfahren

§ 20 Pflichten der Versicherten und der Betriebsrentenberechtigten

(1) Der Zusatzversorgungskasse der bayerischen Gemeinden sind alle für die Prüfung des Anspruchs auf Betriebsrente notwendigen Angaben zu machen und die erforderlichen Nachweise beizubringen.

(2) Kommen Betriebsrentenberechtigte der Verpflichtung nach Absatz 1 nicht nach, kann die Betriebsrente zurückbehalten werden.

(3) Vereinbarungen mit Dritten über die Abtretung, Verpfändung oder Beleihung eines Anspruchs auf Betriebsrente sind vorbehaltlich zwingender gesetzlicher Vorschriften gegenüber dem Dienstgeber und der Zusatzversorgungskasse der bayerischen Gemeinden unwirksam.

(4) Ist der Versicherungsfall durch ein Verhalten Dritter verursacht worden, sind Schadensersatzansprüche, soweit rechtlich zulässig, bis zur Höhe des Brutto-Betrages der Betriebsrente an die Zusatzversorgungskasse der bayerischen Gemeinden abzutreten; soweit die Abtretung nicht erfolgt oder die zur Durchsetzung des Anspruchs erforderlichen Nachweise nicht vorgelegt werden, kann die Betriebsrente zurückbehalten werden.

(5) ¹Ohne Rechtsgrund gezahlte Betriebsrenten sind in Höhe ihrer Bruttobeträge zurückzuzahlen. ²Haben Versicherte oder Betriebsrentenberechtigte ihre Pflichten nach Absatz 1 verletzt, können sie sich nicht auf den Wegfall der Bereicherung berufen.

§ 21 Versicherungsnachweise

(1) ¹Pflichtversicherte erhalten jeweils nach Ablauf des Kalenderjahres bzw. bei Beendigung der Pflichtversicherung einen Nachweis über ihre bisher insgesamt erworbene Anwartschaft auf Betriebsrente wegen Alters nach § 7. ²Dabei ist neben der Anwartschaft auch die Zahl der Versorgungspunkte und der Messbetrag anzugeben. ³Im Falle der Kapitaldeckung sind zusätzlich die steuerrechtlich vorgeschriebenen Angaben zu beachten. ⁴Der Nachweis ist mit einem Hinweis auf die Ausschlussfrist nach Absatz 2 zu versehen. ⁵Wird der Nachweis im Zusammenhang mit der Beendigung der Pflichtversicherung erbracht, ist er um den Hinweis zu ergänzen, dass die aufgrund der Pflichtversicherung erworbene Anwartschaft bis zum erneuten Beginn der Pflichtversicherung bzw. bis zum Eintritt des Versicherungsfalles nicht dynamisiert wird, wenn die Wartezeit von 120 Umlage-/Beitragsmonaten nicht erfüllt ist. ⁶Das Weitere regelt die Satzung der Zusatzversorgungskasse der bayerischen Gemeinden.

(2) ¹Die Mitarbeiter können nur innerhalb einer Ausschlussfrist von sechs Monaten nach Zugang des Nachweises nach Absatz 1 gegenüber ihrem Dienstgeber schriftlich beanstanden, dass die vom Dienstgeber zu entrichtenden Beiträge oder die zu meldenden Entgelte nicht oder nicht vollständig an die Zusatzversorgungskasse der bayerischen Gemeinden abgeführt oder gemeldet wurden. ²Beanstandungen in Bezug auf die ausgewiesenen Bonuspunkte sind innerhalb der Ausschlussfrist des Satzes 1 schriftlich unmittelbar gegenüber der Zusatzversorgungskasse der bayerischen Gemeinden zu erheben.

§ 22 Zahlung und Abfindung

(1) ¹Die Betriebsrenten werden monatlich im Voraus auf ein Girokonto der Betriebsrentenberechtigten innerhalb eines Mitgliedstaates der Europäischen Union überwiesen. ²Die Kosten der Überweisung auf ein Konto im Inland, mit Ausnahme der Kosten für die Gutschrift, trägt die Zusatzversorgungskasse der bayerischen Gemeinden.

³Besteht der Betriebsrentenanspruch nicht für einen vollen Kalendermonat, wird der Teil gezahlt, der auf den Anspruchszeitraum entfällt.

(2) Die Satzung der Zusatzversorgungskasse der bayerischen Gemeinden kann vorsehen, dass Betriebsrenten, die einen Monatsbetrag von bis zu 30 Euro nicht überschreiten, abgefunden werden.

§ 23 Ausschlussfristen

¹Der Anspruch auf Betriebsrente für einen Zeitraum, der mehr als zwei Jahre vor dem Ersten des Monats liegt, in dem der Antrag bei der Zusatzversorgungskasse der bayerischen Gemeinden eingegangen ist, kann nicht mehr

geltend gemacht werden (Ausschlussfrist). ²Dem Antrag steht eine Mitteilung der/des Berechtigten gleich, die zu einem höheren Anspruch führt. ³Die Beanstandung, die mitgeteilte laufende monatliche Betriebsrente, eine Rentennachzahlung, eine Abfindung, eine Beitragserstattung oder eine Rückzahlung sei nicht oder nicht in der mitgeteilten Höhe ausgezahlt worden, ist nur schriftlich und innerhalb einer Ausschlussfrist von einem Jahr zulässig; die Frist beginnt bei laufenden Betriebsrenten mit dem Ersten des Monats, für den die Betriebsrente zu zahlen ist, im Übrigen mit dem Zugang der Mitteilung über die entsprechende Leistung.

⁴Auf die Ausschlussfrist ist in der Mitteilung über die Leistung hinzuweisen.

§ 24 Beitragserstattung

(1) ¹Die beitragsfrei Versicherten, die die Wartezeit (§ 6) nicht erfüllt haben, können bis zur Vollendung ihres 67. Lebensjahres die Erstattung der von ihnen getragenen Beiträge beantragen. ²Der Antrag auf Beitragserstattung gilt für alle von den Versicherten selbst getragenen Beiträge und kann nicht widerrufen werden. ³Rechte aus der Versicherung für Zeiten, für die Beiträge erstattet werden, erlöschen mit der Antragstellung. ⁴Die Beiträge werden ohne Zinsen erstattet.

(2) ¹Sterben Versicherte nach Antragstellung, aber vor Beitragserstattung, gehen die Ansprüche auf die Hinterbliebenen über, die betriebsrentenberechtig sind. ²Mit der Zahlung an einen der Hinterbliebenen erlischt der Anspruch der übrigen Berechtigten gegen die Zusatzversorgungskasse der bayerischen Gemeinden.

(3) Beiträge im Sinne dieser Vorschrift sind

- a) die für die Zeit vor dem 1. Januar 1978 entrichteten Pflichtbeiträge einschließlich der Mitarbeiteranteile an den Erhöhungsbeträgen,
- b) die für die Zeit nach dem 31. Dezember 1977 entrichteten Mitarbeiteranteile an den Erhöhungsbeträgen,
- c) die für die Zeit nach dem 31. Dezember 1998 entrichteten Umlagebeiträge der Mitarbeiter.

Abschnitt VII

Zuschüsse des Dienstgebers zu anderen Zukunftssicherungssystemen

§ 25 Zuschüsse des Dienstgebers zu anderen Zukunftssicherungssystemen

(1) ¹Für Mitarbeiter, die als Mitglieder einer berufsständischen Versicherung von der Versicherung in der gesetzlichen Rentenversicherung befreit sind, richtet sich die Beteiligung des Dienstgebers am Beitrag zur berufsständischen Versorgungseinrichtung nach § 172 Abs. 2 SGB VI.

²Pflichtversicherte, die nach § 231 Abs. 1 oder § 231a SGB VI von der Versicherungspflicht in der gesetzlichen Rentenversicherung befreit und freiwillig in der gesetzlichen Rentenversicherung versichert sind oder die für sich und ihre Hinterbliebenen eine (befreiende) Lebensversicherung abgeschlossen haben oder die freiwillig im Versorgungswerk der Presse versichert sind, erhalten von ihrem Dienstgeber auf schriftlichen Antrag für jeden Kalendermonat, für den ihnen Vergütung, Urlaubsvergütung oder Krankenbezüge zustehen, einen Zuschuss in Höhe der Hälfte des Betrages, der zu zahlen wäre, wenn sie in der gesetzlichen Rentenversicherung versichert wären, höchstens jedoch die Hälfte des Beitrages.

³Mitarbeiter, die freiwilliges Mitglied des Versorgungswerkes der Presse sind und die antragsgemäß (Anlage 2 Satz 2) von der Pflicht zur Versicherung in einer Zusatzversorgungseinrichtung befreit wurden, erhalten auf ihren Antrag für die Zeit, für die ohne die Befreiung die Pflicht zur Versicherung bestünde und für die ihnen Vergütung, Urlaubsvergütung oder Krankenbezüge zustehen, einen zweckgebundenen Zuschuss zu ihren Beiträgen zur Versicherung im Versorgungswerk der Presse. ⁴Der Zuschuss beträgt die Hälfte des Beitrages, höchstens jedoch 4 v.H. des zusatzversorgungspflichtigen Entgelts.

⁵Die Zuschüsse nach den Sätzen 1 und 2 dürfen insgesamt den Betrag nicht übersteigen, den der Dienstgeber zu zahlen hätte, wenn die Mitarbeiter in der gesetzlichen Rentenversicherung pflichtversichert wären.

(2) Im Falle der freiwilligen Versicherung in der gesetzlichen Rentenversicherung behält der Dienstgeber den von den Mitarbeitern zu tragenden Teil des Beitrages von deren Bezügen ein und führt den Beitrag nach der Verordnung über die Zahlung von Beiträgen zur gesetzlichen Rentenversicherung ab.

(3) ¹Verfügen die Mitarbeiter ohne vorherige Zustimmung des Dienstgebers durch Abtretung und Verpfändung über ihre Lebensversicherung oder über die sich aus dem Zuschuss nach Absatz 1 Satz 3 ergebende Anwartschaft, wird der Zuschuss nach Absatz 1 Satz 2 bzw. Satz 3 nicht gewährt. ²Der Zuschuss wird bis zu der in Absatz 1 bestimmten Höhe auch gewährt, wenn im Beitrag Mehrbeträge für Versicherungsleistungen bei Eintritt der vollen oder teilweisen Erwerbsminderung enthalten sind.

Zweiter Teil

Freiwillige Versicherung

§ 26 Freiwillige Versicherung

(1) ¹Den Pflichtversicherten wird die Möglichkeit eröffnet, durch Entrichtung eigener Beiträge unter Inanspruchnahme der steuerlichen Förderung bei

der Zusatzversorgungskasse der bayerischen Gemeinden nach deren Satzungsvorschriften eine zusätzliche kapitalgedeckte Altersvorsorge im Rahmen der betrieblichen Altersversorgung aufzubauen. ²Nach Beendigung der Pflichtversicherung kann die freiwillige Versicherung – unabhängig davon, ob eine steuerliche Förderung möglich ist – längstens bis zum Eintritt des Versicherungsfalles (§ 5) fortgesetzt werden. ³Die Fortsetzung ist innerhalb einer Ausschlussfrist von drei Monaten nach Beendigung der Pflichtversicherung zu beantragen.

(2) ¹Die eigenen Beiträge der Pflichtversicherten zur freiwilligen Versicherung werden entsprechend deren schriftlicher Ermächtigung vom Dienstgeber aus dem Arbeitsentgelt an die Zusatzversorgungskasse der bayerischen Gemeinden abgeführt. ²Der Dienstgeber schuldet auch in Anbetracht von Absatz 5 keine eigenen Beiträge.

(3) ¹Die freiwillige Versicherung kann in Anlehnung an das Punktemodell als Höherversicherung erfolgen. ²Wahlweise kann sie auch durch fondsgebundene Rentenversicherung erfolgen, sofern die Zusatzversorgungskasse der bayerischen Gemeinden Entsprechendes anbietet. ³Unbeschadet etwaiger von der Zusatzversorgungskasse der bayerischen Gemeinden übernommener Zinsgarantien, haftet der Dienstgeber nach § 1 Abs. 2 Nr. 2 BetrAVG nur für den Erhalt der eingezahlten Beiträge, soweit sie nicht rechnungsmäßig für einen biometrischen Risikoausgleich verbraucht wurden.

⁴Das Nähere regelt die Satzung der Zusatzversorgungskasse der bayerischen Gemeinden.

(4) ¹Die Mitarbeiter behalten ihre Anwartschaft, wenn ihr Arbeitsverhältnis vor Eintritt des Versicherungsfalles (§ 5) endet. ²Eine Abfindung ist ausgeschlossen. ³Eine Erstattung von Beiträgen kann die Satzung der Zusatzversorgungskasse der bayerischen Gemeinden zulassen. ⁴Die Mitarbeiter können jedoch verlangen, dass der Barwert ihrer Anwartschaft auf eine andere Zusatzversorgungseinrichtung, auf die die bisherige Pflichtversicherung nach § 4 übergeleitet wird, oder auf ein Versorgungssystem einer überstaatlichen Einrichtung, mit der ein entsprechendes Abkommen besteht, zu übertragen ist, wenn die Versorgungszusage des neuen Arbeitgebers eine dem übertragenen Barwert wertmäßig entsprechende Zusage auf lebenslange Altersvorsorge umfasst. ⁵Besteht bei einem Arbeitgeberwechsel die Pflichtversicherung bei der Zusatzversorgungskasse der bayerischen Gemeinden fort, kann verlangt werden, dass die Versorgungszusage des neuen Arbeitgebers eine dem Barwert der bisherigen Anwartschaften wertmäßig entsprechende Zusage auf lebenslange Altersvorsorge umfasst. ⁶Das Verlangen ist nur innerhalb einer Ausschlussfrist von sechs Monaten nach Beendigung des Arbeitsverhältnisses möglich. ⁷Mit der Versorgungszusage durch den neuen Arbeitgeber erlischt die Verpflichtung des früheren Dienstgebers.

(5) Der Dienstgeber kann zu einer freiwilligen Versicherung der Mitarbeiter eigene Beiträge außerhalb einer Entgeltumwandlung leisten; Absätze 2 bis 4 gelten entsprechend.

§ 27 Verfahren

(1) Die Zusatzversorgungskasse der bayerischen Gemeinden hat die Beiträge, die im Rahmen der freiwilligen Versicherung entrichtet werden, einschließlich der Erträge auf einem gesonderten personenbezogenen Versicherungskonto getrennt von den sonstigen Einnahmen zu führen; umfasst sind auch Aufwendungen und Auszahlungen.

(2) ¹Die freiwillige Versicherung wird in einem eigenen Abrechnungsverband geführt. ²Die Einnahmen und Ausgaben einschließlich der Kapitalanlagen sind gesondert zu führen und zu verwalten.

(3) ¹Die freiwillig Versicherten erhalten jeweils nach Ablauf des Kalenderjahres sowie bei Beendigung der freiwilligen Versicherung einen Nachweis mit den steuerlich vorgeschriebenen Angaben bzw. soweit keine steuerliche Förderung möglich ist, über die Höhe der geleisteten Beiträge sowie über Art und Umfang der bisher erworbenen Anwartschaften. ²Eine unterbliebene oder nicht vollständige Abführung der Beiträge an die Zusatzversorgungskasse der bayerischen Gemeinden kann nur innerhalb einer Ausschlussfrist von sechs Monaten nach Zugang des Nachweises beanstandet werden. ³Im Übrigen gelten die §§ 20, 21 und 22 Abs. 1 entsprechend.

Dritter Teil

Übergangs- und Schlussvorschriften

Abschnitt I

Übergangsregelungen zur Versicherungspflicht

§ 28 Höherversicherte

¹Die Mitarbeiter, deren zusätzliche Alters- und Hinterbliebenenversorgung im Wege der Höherversicherung bis 31. Dezember 1997 durchgeführt wurde, sind weiterhin nicht zu versichern. ²Der Dienstgeber zahlt einen Zuschuss zur Verwendung für eine zusätzliche Alters- und Hinterbliebenenversorgung von 66,47 Euro monatlich.

§ 29 Von der Pflichtversicherung Befreite

(1) Mitarbeiter, die am 31. Dezember 1966 im Arbeitsverhältnis gestanden haben, nach der zwischen ihrem Dienstgeber und der Zusatzversorgungseinrichtung bestehenden Mitgliedschafts-/Beteiligungsvereinbarung nicht zu

versichern waren und die keinen Antrag auf Versicherung bei dem Dienstgeber gestellt haben, bleiben weiterhin von der Pflicht zur Versicherung befreit.

(2) Mitarbeiter, deren zusätzliche Alters- und Hinterbliebenenversorgung im Wege der Versicherung bei einem Lebensversicherungsunternehmen durchgeführt worden ist und die keinen Antrag auf Versicherung nach der im § 39 Abs. 3 aufgeführten Regelung über eine zusätzliche Alters- und Hinterbliebenenversorgung (ABD Teil C, 3a) gestellt haben, sind – entsprechend den bis zum In-Kraft-Treten dieser Versorgungsordnung geltenden Regelungen – weiterhin nicht bei der Zusatzversorgungskasse der bayerischen Gemeinden zu versichern.

Abschnitt II

Übergangsregelungen für die Rentenberechtigten

§ 30 Am 31. Dezember 2001 Versorgungsrentenberechtigte

(1) Die Versorgungsrenten, die sich ohne Berücksichtigung von Nichtzahlungs- und Ruhensregelungen ergeben, und die Ausgleichsbeträge nach dem bis zum 31. Dezember 2000 geltenden Zusatzversicherungsrecht werden für die am 31. Dezember 2001 Versorgungsrentenberechtigten und versorgungsrentenberechtigten Hinterbliebenen zum 31. Dezember 2001 festgestellt.

(2) ¹Die nach Absatz 1 festgestellten Versorgungsrenten werden vorbehaltlich des Satzes 3 als Besitzstandsrenten weitergezahlt und entsprechend § 11 Abs.1 dynamisiert. ²Die abbaubaren Ausgleichsbeträge werden jeweils in Höhe des Dynamisierungsgewinns abgebaut; die nicht abbaubaren Ausgleichsbeträge werden nicht dynamisiert. ³Die am Tag vor In-Kraft-Treten dieser Versorgungsordnung geltenden Regelungen über die Nichtzahlung und das Ruhen sind entsprechend anzuwenden.

(3) Es gelten folgende Maßgaben:

- a) ¹Für Neuberechnungen gilt § 11 Abs. 2 mit der Maßgabe, dass zusätzliche Versorgungspunkte nach Satz 2 zu berücksichtigen sind. ²Soweit noch Zeiten vor dem 1. Januar 2002 zu berücksichtigen sind, wird eine Startgutschrift entsprechend den §§ 32 bis 34 berechnet; übersteigt der hier-nach festgestellte Betrag den Betrag, der sich als Versorgungsrente am 31. Dezember 2001 ergeben hat bzw. ohne Nichtzahlungs- und Ruhensregelungen ergeben hätte, wird die Differenz durch den Messbetrag geteilt und dem Versorgungskonto (§ 8 Abs. 1) als Startgutschrift gutgeschrieben.
- b) § 10 Abs. 3 und die §§ 12 bis 14 sowie 20 bis 23 gelten entsprechend.

c) ¹Hat die Versorgungsrente vor dem 1. Januar 2002 geendet und besteht die Möglichkeit einer erneuten Rentengewährung, ist die Versorgungsrente, die sich unter Außerachtlassung von Nichtzahlungs- und Ruhensregelungen und ohne Berücksichtigung eines Ausgleichsbetrages (Absatz 1) am 31. Dezember 2001 ergeben hätte, durch den Messbetrag zu teilen und als Startgutschrift auf dem Versorgungskonto (§ 8 Abs. 1) gutzuschreiben; im Übrigen gelten in diesen Fällen die Vorschriften des Punkte-modells. ²Satz 1 gilt entsprechend, wenn der Versicherungsfall vor dem 1. Januar 2002 eingetreten ist, die Versorgungsrente jedoch erst nach dem 1. Januar 2002 beginnen würde.

(4) Stirbt eine unter Absatz 1 fallende Versorgungsrentenberechtigte/ein unter Absatz 1 fallender Versorgungsrentenberechtigter, gelten die Vorschriften des Punkte-modells für Hinterbliebene entsprechend.

§ 31 Am 31. Dezember 2001 Versicherungsrentenberechtigte

(1) Für Versicherungsrentenberechtigte und versicherungsrentenberechtigte Hinterbliebene, deren Versicherungsrente spätestens am 31. Dezember 2001 begonnen hat, wird die am 31. Dezember 2001 maßgebende Versicherungsrente festgestellt.

(2) Die nach Absatz 1 festgestellten Versicherungsrenten werden als Besitzstandsrenten weitergezahlt und entsprechend § 11 Abs. 1 dynamisiert.

(3) § 30 Abs. 3 und 4 gilt entsprechend.

(4) Die Absätze 1 bis 3 gelten für Leistungen nach der am Tag vor In-Kraft-Treten dieser Versorgungsordnung geltenden Sonderregelung für Mitarbeiter im Beitrittsgebiet (§ 66a VersTV-G) und für Betriebsrenten nach § 18 BetrAVG, die spätestens am 31. Dezember 2001 begonnen haben, entsprechend.

Abschnitt III

Übergangsregelungen für Anwartschaften der Versicherten

§ 32 Grundsätze

(1) ¹Für die Versicherten werden die Anwartschaften (Startgutschriften) nach dem am 31. Dezember 2000 geltenden Recht der Zusatzversorgung entsprechend den §§ 33 und 34 ermittelt. ²Die Anwartschaften nach Satz 1 werden in Versorgungspunkte umgerechnet, indem der Anwartschaftsbetrag durch den Messbetrag von 4 Euro geteilt wird; sie werden dem Versorgungskonto (§ 8 Abs. 1) ebenfalls gutgeschrieben.

(2) ¹Das Jahr 2001 wird entsprechend dem Altersvorsorgeplan 2001 berücksichtigt; dies gilt auch für im Jahr 2001 eingetretene Rentenfälle. ²Ist der Versicherungsfall der teilweisen oder vollen Erwerbsminderung im Jahr

2001 eingetreten, gilt Satz 1 mit der Maßgabe, dass die Zusatzversorgungsrechtliche Umsetzung der Neuregelungen im gesetzlichen Erwerbsminderungsrecht aus dem 38. Änderungs-TV zum VersTV-G vom 31. Oktober 2001 zu berücksichtigen ist.

(3) Soweit in den §§ 33, 34 und 38 auf Vorschriften des bis zum 31. Dezember 2000 geltenden Zusatzversicherungsrechts verwiesen wird, erfolgt dies durch Benennung der bisherigen entsprechenden Vorschriften des VersTV-G.

(4) ¹Für die Berechnung der Anwartschaften sind, soweit jeweils erforderlich, die Rechengrößen (Entgelt, Gesamtbeschäftigungsquotient, Steuertabelle, Sozialversicherungsbeiträge, Familienstand u.a.) vom 31. Dezember 2001 maßgebend; soweit gesamtversorgungsfähiges Entgelt zu berücksichtigen ist, ergibt sich dieses aus den entsprechenden Kalenderjahren vor dem 1. Januar 2002; dabei bleibt die Dynamisierung zum 1. Januar 2002 unberücksichtigt. ²Für die Rentenberechnung nach § 18 Abs. 2 BetrAVG ist das am 31. Dezember 2001 geltende Rentenrecht maßgebend (Anlage 4 Nr. 5 Satz 2).

(5) ¹Beanstandungen gegen die mitgeteilte Startgutschrift sind innerhalb einer Ausschlussfrist von sechs Monaten nach Zugang des Nachweises der Zusatzversorgungskasse der bayerischen Gemeinden schriftlich unmittelbar gegenüber der Zusatzversorgungskasse der bayerischen Gemeinden zu erheben. ²Auf die Ausschlussfrist ist in dem Nachweis hinzuweisen.

§ 33 Höhe der Anwartschaften für am 31. Dezember 2001 schon und am 1. Januar 2002 noch Pflichtversicherte

(1) ¹Die Anwartschaften der am 31. Dezember 2001 schon und am 1. Januar 2002 noch Pflichtversicherten berechnen sich nach § 18 Abs. 2 BetrAVG, soweit sich aus Absatz 2 nichts anderes ergibt. ²Satz 1 gilt entsprechend für Mitarbeiter, die nach den am 31. Dezember 2000 geltenden Vorschriften der Zusatzversorgungskasse der bayerischen Gemeinden als pflichtversichert gelten.

(2) ¹Für Mitarbeiter im Tarifgebiet West, die am 1. Januar 2002 das 55. Lebensjahr vollendet haben (rentennahe Jahrgänge), ist Ausgangswert für die bis zum 31. Dezember 2001 in der Zusatzversorgung (Gesamtversorgung) erworbene Anwartschaft die Versorgungsrente, die sich unter Beachtung der Maßgaben des § 32, insbesondere unter Berücksichtigung der Mindestgesamtversorgung (§ 23 Abs. 4 VersTV-G) und des § 47 Abs. 4 Satz 2 VersTV-G, für die Berechtigte/den Berechtigten bei Eintritt des Versicherungsfalls am 31. Dezember 2001, frühestens jedoch zum Zeitpunkt der Vollendung des 63. Lebensjahres ergeben würde. ²Von diesem Ausgangswert ist der Betrag abzuziehen, den die Versicherten aus dem Punktemodell bis zur Vollendung des 63. Lebensjahres vor Berücksichtigung des Abschlages noch

erwerben könnten, wenn für sie zusatzversorgungspflichtige Entgelte in Höhe des gesamtversorgungsfähigen Entgelts gezahlt würden. ³Sind am 31. Dezember 2001 die Voraussetzungen für die Berücksichtigung des § 65g Abs. 3 VersTV-G erfüllt, berechnet sich der Versorgungsvomhundertsatz nach dieser Vorschrift mit der Maßgabe, dass nach § 65g Abs. 3 Buchst. a VersTV-G abzuziehende Monate die Monate sind, die zwischen dem 31. Dezember 1991 und dem Ersten des Monats liegen, der auf die Vollendung des 63. Lebensjahres folgt. ⁴Die Sätze 1 bis 3 gelten für Mitarbeiter, die am 31. Dezember 2001 eine Rente für schwerbehinderte Menschen beanspruchen könnten, wenn sie zu diesem Zeitpunkt bereits das 60. Lebensjahr vollendet hätten, entsprechend mit der Maßgabe, dass an die Stelle des 63. Lebensjahres das entsprechende, für sie individuell frühestmögliche Eintrittsalter in die abschlagsfreie Rente für schwerbehinderte Menschen maßgeblich ist.

(3) Für Pflichtversicherte, die vor dem 14. November 2001 Altersteilzeit oder einen Vorruhestand vereinbart haben, gilt Absatz 2 entsprechend mit der Maßgabe, dass an die Stelle des 63. Lebensjahres das vereinbarte Ende des Altersteilzeitverhältnisses bzw. in den Fällen des Vorruhestandes das Alter tritt, zu dem nach der Vorruhestandsvereinbarung die Rente beginnen würde.

(4) ¹Für die Berechnung der Startgutschrift nach Absatz 2 ist die Rentenauskunft des gesetzlichen Rentenversicherungsträgers zum Stichtag 31. Dezember 2001 nach Durchführung einer Kontenklärung maßgebend. ²Die Pflichtversicherten haben, sofern sie nicht bereits über eine Rentenauskunft aus dem Jahr 2001 verfügen, bis zum 30. September 2002 eine Rentenauskunft zu beantragen und diese unverzüglich der Zusatzversorgungskasse der bayerischen Gemeinden zu übersenden. ³Sofern die Rentenauskunft aus von den Pflichtversicherten zu vertretenden Gründen bis zum 31. Dezember 2003 nicht beigebracht wird, wird die Startgutschrift nach Absatz 1 berechnet. ⁴Bei Vorliegen besonderer Gründe kann die Zusatzversorgungskasse der bayerischen Gemeinden eine angemessene Fristverlängerung gewähren. ⁵Soweit bis zum 31. Dezember 2002 bereits ein bestands- oder rechtskräftiger Rentenbescheid der gesetzlichen Rentenversicherung vorliegt, ist – abweichend von Satz 1 – dieser Grundlage für die Berechnung nach Absatz 2.

(5) ¹Für die Zeit bis zur Vollendung des 63. Lebensjahres werden Entgeltpunkte in Höhe des jährlichen Durchschnitts der in dem Zeitraum vom 1. Januar 1999 bis 31. Dezember 2001 tatsächlich aus Beitragszeiten erworbenen Entgeltpunkte in Ansatz gebracht. ²Bei Pflichtversicherten, die nicht in der gesetzlichen Rentenversicherung versichert sind, wird der anzurechende Bezug nach der bisher geltenden Regelung berücksichtigt; Zuschüsse werden in Höhe des jährlichen Durchschnitts der in der Zeit vom 1. Januar 1999 bis 31. Dezember 2001 tatsächlich gemeldeten Zuschüsse in Ansatz gebracht. ³Ist in den Jahren 1999 bis 2001 kein zusatzversorgungspflichtiges Entgelt bezogen worden, ist gesamtversorgungsfähiges Entgelt das zusatz-

versorgungspflichtige Entgelt, das sich ergeben hätte, wenn für den gesamten Monat Dezember 2001 eine Beschäftigung vorgelegen hätte. ⁴Sind in den Jahren 1999 bis 2001 keine Entgeltpunkte erworben worden, ist für die Ermittlung der Entgeltpunkte das rentenversicherungspflichtige Entgelt maßgebend, das im Monat Dezember 2001 bezogen worden wäre, wenn während des gesamten Monats eine Beschäftigung vorgelegen hätte; für die Ermittlung der Zuschüsse gilt dies entsprechend.

(6) ¹Für die Berechnung der Startgutschrift nach Absatz 1 und 2 haben die Pflichtversicherten bis zum 31. Dezember 2002 ihrem Dienstgeber den Familienstand am 31. Dezember 2001 (§ 23 Abs. 2 c Satz 1 Buchst. a und b VersTV-G.) mitzuteilen. ²Der Dienstgeber hat die Daten an die Zusatzversorgungskasse der bayerischen Gemeinden zu melden.

(7) Für die Dynamisierung der Anwartschaften gilt § 19.

§ 34 Höhe der Anwartschaften für am 1. Januar 2002 beitragsfrei Versicherte

(1) ¹Die Startgutschriften der am 1. Januar 2002 beitragsfrei Versicherten werden nach der am 31. Dezember 2001 geltenden Versicherungsrentenberechnung ermittelt. ²Für die Dynamisierung der Anwartschaften gilt § 19.

(2) ¹Für Mitarbeiter, für die § 66 a VersTV-G gilt, findet Absatz 1 mit der Maßgabe Anwendung, dass die Startgutschriften nur nach § 47 Abs. 4 VersTV-G berechnet werden und dass der Berechnung das Entgelt zugrunde zu legen ist, das bei Pflichtversicherung in den letzten fünf Jahren vor Beendigung des Arbeitsverhältnisses zusatzversorgungspflichtig gewesen wäre. ²Für Mitarbeiter nach Satz 1 gilt die Wartezeit als erfüllt.

(3) Für die freiwillig Weiterversicherten gilt Absatz 1 entsprechend.

Abschnitt IV Schlussvorschriften

§ 35 Sterbegeld

¹Sterbegeld wird bei Fortgeltung des bisherigen Rechts Anspruchsberechtigten unter Berücksichtigung des am 31. Dezember 2001 maßgebenden Gesamtbeschäftigungsquotienten in folgender Höhe gezahlt für Sterbefälle

im Jahr 2002	1.535 Euro,
im Jahr 2003	1.500 Euro,
im Jahr 2004	1.200 Euro,
im Jahr 2005	900 Euro,
im Jahr 2006	600 Euro,
im Jahr 2007	300 Euro.

²Ab dem Jahr 2008 entfällt das Sterbegeld.

§ 36 Sonderregelungen für die Jahre 2001/2002

- (1) Anstelle von § 2 Abs. 2 und des Satzes 1 der Anlage 2 finden bis zum 31. Dezember 2002 der § 4 Abs. 3 und § 5 Abs. 1 bis 3 VersTV-G weiterhin Anwendung.
- (2) Soweit bis zum 31. Dezember 2002 zusatzversorgungspflichtiges Entgelt entsprechend § 7 VersTV-G gemeldet wurde, hat es dabei sein Bewenden.
- (3) Soweit bis zum 31. Dezember 2002 Beiträge im Sinne des § 25 entsprechend den Vorschriften des VersTV-G gezahlt wurden, hat es dabei sein Bewenden.

§ 37 frei

§ 38 Sonderregelung zu § 26 Abs. 5

¹Abweichend von § 26 Absatz 5 gilt für Mitarbeiter, für die am 31. Dezember 2001 schon und am 1. Januar 2002 noch eine zusätzliche Umlage nach § 7 Abs. 4 VersTV-G gezahlt wurde, Folgendes: Soweit das monatliche zusatzversorgungspflichtige Entgelt die Summe aus Endgrundvergütung und Familienzuschlag einer/eines kinderlos verheirateten Angestellten der Vergütungsgruppe I BAT (VKA) bzw. BAT-O (VKA) – jährlich einmal einschließlich der Zuwendung, wenn die/der Mitarbeiterin/Mitarbeiter eine zusatzversorgungspflichtige Zuwendung erhält – übersteigt, ist zusätzlich eine Umlage in Höhe von 9 v.H. des übersteigenden Betrages vom Dienstgeber zu zahlen. ²Die sich daraus ergebenden Versorgungspunkte sind zu verdreifachen.

§ 39 In-Kraft-Treten

- (1) ¹Diese Versorgungsordnung tritt mit Wirkung vom 1. Januar 2001 in Kraft. ²Abweichend von Satz 1 tritt § 2 Abs. 2 am 1. Januar 2003 mit der Maßgabe in Kraft, dass er nur für nach dem 31. Dezember 2002 begründete Arbeitsverhältnisse Anwendung findet.
- (2) frei
- (3) Mit dem In-Kraft-Treten dieser Versorgungsordnung tritt – unbeschadet des § 36 – die Regelung über eine zusätzliche Alters- und Hinterbliebenenversorgung (ABD Teil C, 3a.) außer Kraft.
- (4) frei

Anlage 1

frei

Anlage 2

Ausnahmen von der Versicherungspflicht

¹Von der Pflicht zur Versicherung sind Mitarbeiter ausgenommen, die

- a) bis zum Beginn der Mitgliedschaft ihres Dienstgebers bei der Zusatzversorgungskasse der bayerischen Gemeinden nach einer kollektivrechtlichen Regelung, einer Ruhelohnordnung oder einer entsprechenden Bestimmung für den Fall der Dienstunfähigkeit oder des Erreichens einer Altersgrenze eine Anwartschaft oder einen Anspruch auf eine vom Dienstgeber zu gewährende lebenslängliche Versorgung und Hinterbliebenenversorgung auf der Grundlage des nach der Regelung ruhegeldfähigen Arbeitsentgelts und der Dauer der Dienstjahre, Betriebszugehörigkeit oder dgl. haben oder
- b) eine Anwartschaft oder einen Anspruch auf lebenslängliche Versorgung nach beamten- oder soldatenrechtlichen Vorschriften oder Grundsätzen oder entsprechenden kirchenrechtlichen Regelungen mindestens in Höhe der beamtenrechtlichen Mindestversorgungsbezüge haben und denen Hinterbliebenenversorgung gewährleistet ist oder
- c) für das von dieser Versorgungsordnung erfasste Arbeitsverhältnis aufgrund gesetzlicher, kollektivrechtlicher oder vertraglicher Vorschrift einer anderen Zusatzversorgungseinrichtung (Versorgungsanstalt der deutschen Bühnen, Versorgungsanstalt der deutschen Kulturorchester, Bahnversicherungsanstalt Abteilung B oder einer gleichartigen Versorgungseinrichtung) angehören müssen oder
- d) aufgrund kollektivrechtlicher Regelung, Arbeitsvertrages, der Satzung der Zusatzversorgungskasse der bayerischen Gemeinden oder der Satzung einer anderen Zusatzversorgungseinrichtung, von der Versicherungen übergeleitet werden, von der Pflicht zur Versicherung befreit worden sind, oder
- e) bei der Versorgungsanstalt der deutschen Bühnen oder der Versorgungsanstalt der deutschen Kulturorchester freiwillig weiterversichert sind, und zwar auch dann, wenn diese freiwillige Weiterversicherung später als drei Monate nach Beginn des Arbeitsverhältnisses endet, oder
- f) Rente wegen Alters nach §§ 35 bis 40 bzw. §§ 236 bis 238 SGB VI als Vollrente erhalten oder erhalten haben oder bei denen der Versicherungsfall der Betriebsrente wegen Alters (§ 5) bei einer Zusatzversorgungseinrichtung, von der Überleitungen (§ 4) erfolgen, eingetreten ist, oder

g) frei

h) mit Rücksicht auf ihre Zugehörigkeit zu einem ausländischen System der sozialen Sicherung nicht der Pflichtversicherung in der gesetzlichen Rentenversicherung unterliegen und sich dort auch nicht freiwillig versichert haben oder

i) ihre Rentenanwartschaften aus der gesetzlichen Rentenversicherung oder einem sonstigen Alterssicherungssystem auf ein Versorgungssystem der europäischen Gemeinschaften oder ein Versorgungssystem einer europäischen Einrichtung (z.B. Europäisches Patentamt, Europäisches Hochschulinstitut, Eurocontrol) übertragen haben, oder

j) im Sinne des § 8 Abs. 1 Nr. 2 SGB IV geringfügig beschäftigt sind.

²Auf ihren beim Dienstgeber schriftlich zu stellenden Antrag sind Mitarbeiter, solange sie freiwilliges Mitglied des Versorgungswerks der Presse sind, nicht zu versichern; wird der Antrag spätestens zwölf Monate nach Beginn der Pflicht zur Versicherung gestellt, gilt die Pflichtversicherung als nicht entstanden.

Protokollerklärung zu Satz 1 Buchst. a:

Eine Anwartschaft im Sinne des Satzes 1 Buchst. a besteht auch dann, wenn nach der Versorgungsordnung, der Ruhelohnordnung oder der entsprechenden Bestimmung ein Anspruch erst nach Ablauf einer Wartezeit entstehen kann und die Mitarbeiter bei normalem Verlauf des Arbeitslebens die Wartezeit noch erfüllen können.

Anlage 3

Ausnahmen vom und Sonderregelungen zum zusatzversorgungspflichtigen Entgelt

¹Kein zusatzversorgungspflichtiges Entgelt sind

- a) Bestandteile des Arbeitsentgelts, die auf einer Verweisung auf beamtenrechtliche Vorschriften beruhen, soweit die beamtenrechtlichen Bezüge nicht ruhegehaltfähig sind, sowie Bestandteile des Arbeitsentgelts, die durch kollektivrechtliche Regelung, Dienstvereinbarung oder Arbeitsvertrag ausdrücklich als nicht zusatzversorgungspflichtig bezeichnet sind,
- b) Aufwendungen des Dienstgebers für eine Zukunftssicherung des Mitarbeiters,
- c) Krankengeldzuschüsse,
- d) einmalige Zahlungen (z. B. Zuwendungen, Urlaubsabgeltungen), die aus Anlass der Beendigung, des Eintritts des Ruhens oder nach der Beendigung des Arbeitsverhältnisses gezahlt werden,

Protokollerklärung zu Buchst. d:

Die Teilzuwendung, die dem Mitarbeiter, der mit Billigung seines bisherigen Dienstgebers zu einem anderen Dienstgeber des kirchlichen oder Arbeitgeber des öffentlichen Dienstes übertritt, der seine Mitarbeiter/Arbeitnehmer bei der Zusatzversorgungskasse der bayerischen Gemeinden oder bei einer anderen Zusatzversorgungseinrichtung, zu der die Versicherungen übergeleitet werden, versichert, gezahlt wird, ist zusatzversorgungspflichtiges Entgelt.

- e) einmalige Zahlungen (z. B. Zuwendungen) insoweit, als bei ihrer Berechnung Zeiten berücksichtigt sind, für die keine Umlagen/Beiträge für laufendes zusatzversorgungspflichtiges Entgelt zu entrichten sind,
- f) vermögenswirksame Leistungen, Jubiläumszuwendungen,
- g) Sachbezüge, die während eines Zeitraumes gewährt werden, für den kein laufendes zusatzversorgungspflichtiges Entgelt zusteht,
- h) geldwerte Vorteile, die steuerlich als Arbeitslohn gelten,
- i) geldliche Nebenleistungen wie Ersatz von Werbungskosten (z. B. Aufwendungen für Werkzeuge, Berufskleidung, Fortbildung) sowie Zuschüsse z. B. zu Fahr-, Heizungs-, Wohnungs-, Essens-, Kontoführungskosten,
- k) Mietbeiträge an Mitarbeiter mit Anspruch auf Trennungsgeld (Trennungsentschädigung),
- l) Schulbeihilfen,

-
- m) einmalige Zuwendungen anlässlich des Erwerbs eines Diploms einer Verwaltungs- oder Wirtschaftsakademie,
 - n) Prämien im Rahmen des behördlichen oder betrieblichen Vorschlagswesens,
 - o) Erfindervergütungen,
 - p) Kassenverlustentschädigungen (Mankogelder, Fehlgeldentschädigungen),
 - q) Einkünfte, die aus ärztlichen Liquidationserlösen zufließen
 - r) einmalige Unfallentschädigungen,
 - s) Aufwandsentschädigungen; reisekostenähnliche Entschädigungen; Entgelte aus Nebentätigkeiten; Tantiemen, Provisionen, Abschlussprämien und entsprechende Leistungen; einmalige und sonstige nicht laufend monatlich gezahlte über- oder außertarifliche Leistungen,
 - t) Zuschläge für Sonntags-, Feiertags- und Nachtarbeit.

²Kein zusatzversorgungspflichtiges Entgelt ist ferner der Teil des steuerpflichtigen Arbeitsentgelts, der nach Anwendung des Satzes 1 den 2,5fachen Wert der monatlichen Beitragsbemessungsgrenze in der gesetzlichen Rentenversicherung übersteigt; wenn eine zusatzversorgungspflichtige Zuwendung gezahlt wird, ist der vorgenannte Wert jährlich einmal im Monat der Zahlung der Zuwendung zu verdoppeln.

³Haben Mitarbeiter für einen Kalendermonat oder für einen Teil eines Kalendermonats Anspruch auf Krankengeldzuschuss – auch wenn dieser wegen der Höhe der Barleistungen des Sozialversicherungsträgers nicht gezahlt wird –, gilt für diesen Kalendermonat als zusatzversorgungspflichtiges Entgelt der Urlaubslohn (zuzüglich eines etwaigen Sozialzuschlages) bzw. die Urlaubsvergütung für die Tage, für die Anspruch auf Lohn, Vergütung, Urlaubslohn, Urlaubsvergütung oder Krankenbezüge besteht. ⁴In diesem Kalendermonat geleistete einmalige Zahlungen sind neben dem Urlaubslohn bzw. der Urlaubsvergütung nach Maßgabe der Sätze 1 und 2 zusatzversorgungspflichtiges Entgelt.

⁵Für Mitarbeiter, die zur Übernahme von Aufgaben der Entwicklungshilfe im Sinne des § 1 Entwicklungshelfergesetz vom 18. Juni 1969 in der jeweils geltenden Fassung ohne Arbeitsentgelt beurlaubt sind, hat der Dienstgeber für die Zeit der Beurlaubung Umlagen an die Zusatzversorgungskasse der bayerischen Gemeinden abzuführen, wenn der Träger der Entwicklungshilfe die Umlagen erstattet. ⁶Für die Bemessung der Umlagen gilt als zusatzversorgungspflichtiges Entgelt das Entgelt, von dem nach § 166 Abs. 1 Nr. 4 SGB VI die Beiträge für die gesetzliche Rentenversicherung zu berechnen sind.

Anlage 4

Versicherungsmathematische Grundsätze für die Bewertung der Verpflichtungen im Rahmen der versicherungstechnischen Bilanz

1. Bewertungsgegenstand

Bewertet werden die Verpflichtungen nach dem Stande vom Bilanzstichtag (= Inventurstichtag). Bereits feststehende allgemeine Leistungsveränderungen, die erst nach dem Stichtag wirksam werden, bleiben unberücksichtigt.

2. Bewertungsmethode

Es wird der versicherungsmathematische Barwert der Verpflichtungen nach dem Grundsatz der Einzelbewertung ermittelt.

3. Rechnungsgrundlagen

Als biometrische Rechnungsgrundlagen dienen die Richttafeln 1998 von Klaus Heubeck. Als Altersgrenze ist die Vollendung des 65. Lebensjahres in Ansatz zu bringen.

Der Rechnungszins beträgt 3,25 % in der Zeit bis zum Eintritt eines Versorgungsfalles und 5,25 % nach Eintritt eines Versorgungsfalles.

4. Verwaltungskostenrückstellung

Eine Verwaltungskostenrückstellung wird nicht gebildet.

5. Sonstiges

Solange die den Besitzstand abbildenden Versorgungspunkte noch nicht ermittelt sind, werden die anzurechnenden Sozialversicherungsrenten nach dem steuerlichen Näherungsverfahren in Ansatz gebracht. Der in diesem Verfahren anzusetzende Korrekturfaktor wird einheitlich für alle Berechtigten auf 0,9086 festgesetzt, Entgelt und Beitragsbemessungsgrenze sind nach dem Stande vom 31.12.2001 zu berücksichtigen.

Ein nach Feststellung der den Besitzstand abbildenden Versorgungspunkte ermittelten Unterschiedsbetrag gegenüber dem vorläufigen Bewertungsansatz bleibt bei der Ermittlung des Überschusses unberücksichtigt.

Anlage 5

Altersvorsorgeplan 2001 des öffentlichen Dienstes

Dieser Tarifvertrag des öffentlichen Dienstes gilt einheitlich für die Tarifgebiete Ost und West

1. Ablösung des Gesamtversorgungssystems

1.1 Das bisherige Gesamtversorgungssystem wird mit Ablauf des 31.12. 2000 geschlossen und durch das Punktemodell ersetzt. Zur juristischen Bewertung vgl. Anlage 1.

1.2 Auf ein Zurückfallen der Renten und Anwartschaften auf den Stand des Jahres 2000 wird verzichtet.

1.3 Durch den Systemwechsel erhalten die Arbeitnehmer die Möglichkeit, eine zusätzliche kapitalgedeckte Altersversorgung durch eigene Beiträge unter Inanspruchnahme der steuerlichen Förderung aufzubauen (Riester-Rente). Diese Möglichkeit soll auch bei den Zusatzversorgungskassen eröffnet werden.

Die Möglichkeit der Entgeltumwandlung besteht derzeit – einheitlich für alle Arbeitnehmer – nicht; die Tarifvertragsparteien geben sich eine Verhandlungszusage für eine tarifvertragliche Regelung zur Entgeltumwandlung.

1.4 Die Umlagefinanzierung wird auch nach Systemwechsel beibehalten. Sie kann schrittweise nach den Möglichkeiten der einzelnen Zusatzversorgungskassen durch Kapitaldeckung abgelöst werden (Kombinationsmodell).

2. Punktemodell

2.1 Die Leistungsbemessung erfolgt nach dem Punktemodell. Es werden diejenigen Leistungen zugesagt, die sich ergeben würden, wenn eine Gesamt-Beitragsleistung von 4 v. H. vollständig in ein kapitalgedecktes System eingezahlt würde.

2.2 Soweit eine Kapitaldeckung vorhanden ist, werden die tatsächlich erzielten Kapitalerträge veranschlagt.

Soweit keine Kapitaldeckung vorhanden ist, wird jährlich die laufende Verzinsung der zehn größten Pensionskassen gemäß jeweils aktuellem Geschäftsbericht des Bundesaufsichtsamtes für das Versicherungswesen (bzw. Nachfolgeeinrichtung) zugrunde gelegt.

Überschüsse werden wie bei einer Pensionskasse festgestellt. Von diesen Überschüssen werden nach Abzug der Verwaltungskosten (soweit fiktiv: 2 v. H.) vorrangig die sozialen Komponenten und dann Bonuspunkte finanziert.

Soziale Komponenten sind:

- a) Zurechnungszeiten bei Erwerbsminderungs- und Hinterbliebenenrenten (vgl. Textziffer 2.5)
- b) Kindererziehungszeiten
Berücksichtigung eines Beitrages von 20 Euro pro Monat pro Kind für die Dauer der gesetzlichen Erziehungszeit (ohne Beschäftigung).
- c) Übergangsregelung für alle Versicherten mit einer Mindestpflichtversicherungszeit von 20 Jahren die monatlich weniger als 3.600 DM brutto verdienen. Ihre erworbenen Anwartschaften werden festgestellt und ggf. auf mindestens 0,8 Versorgungspunkte für jedes volle Kalenderjahr der Pflichtversicherung angehoben (Einbeziehung des Beschäftigungsquotienten).

2.3 Die als Anlage beigefügte Tabelle kommt zur Anwendung. Diese Tabelle basiert auf folgenden Parametern:

Ein Zinssatz entsprechend § 2 der Deckungsrückstellungsverordnung von derzeit 3,25 v.H. vor Eintritt des Versorgungsfalls wird zugrunde gelegt. Nach Eintritt des Versorgungsfalls gilt ein Zinssatz von 5,25 v.H. Bei Änderungen des Verordnungs-Zinssatzes gilt dieser bis zum Wirksamwerden einer entsprechenden tarifvertraglichen Anpassung fort. Die versicherungsmathematischen Berechnungen basieren auf den Richttafeln 1998 von Klaus Heubeck.

2.4 Die Versicherungsfälle entsprechen denen in der gesetzlichen Rentenversicherung (Altersrenten, Erwerbsminderungsrenten, Hinterbliebenenrenten). Bei teilweiser Erwerbsminderung wird die Hälfte des Betrages gezahlt, der bei voller Erwerbsminderung zustünde.

Abschläge werden für jeden Monat der vorzeitigen Inanspruchnahme der Rente (wie gesetzliche Rentenversicherung) in Höhe von 0,3 v.H. erhoben; höchstens jedoch insgesamt 10,8 v.H.

2.5 Bei Erwerbsminderungs- und Hinterbliebenenrenten vor Vollendung des 60. Lebensjahres werden Versorgungspunkte hinzugerechnet. Für ein Referenzentgelt wird für jedes Kalenderjahr vor Vollendung des 60. Lebensjahres je ein Versorgungspunkt hinzugerechnet.

2.6 Von den Verpflichtungen zur Beitragszahlung in der Textziffer 2.1 dieses Tarifvertrages kann bis zu einer Mindesthöhe von 2 v.H. für die Dauer von bis zu drei Jahren im Rahmen eines landesbezirklichen Tarifvertrages abgewichen werden, wenn sich der Betrieb in einer wirtschaftlichen Notlage befindet. Die Feststellung der wirtschaftlichen Notlage wird durch eine paritätisch besetzte Kommission der Tarifvertragsparteien getroffen.

Die Regelung kann verlängert werden.

2.7 Entgelte aus Altersteilzeit werden in Höhe des vereinbarten Entgelts mindestens jedoch mit 90 v.H. des vor Beginn der Altersteilzeit maßgebenden Wertes berücksichtigt (wie nach bisherigem Recht). Fälle des Vorruhestandes werden wie nach altem Recht behandelt.

3. Übergangsrecht

3.1 Die Höhe der laufenden Renten und der Ausgleichsbeträge wird zum 31.12.2001 festgestellt.

3.2 Die laufenden Renten werden als Besitzstandsrenten weitergezahlt. Die abbaubaren Ausgleichsbeträge werden in Höhe des Dynamisierungsgewinns abgebaut.

3.3 Die Besitzstandsrenten und die Neurenten werden beginnend mit dem Jahr 2002 jeweils zum 1.7. eines Jahres bis 2007 mit 1 v.H. jährlich dynamisiert.

3.4 Die Anwartschaften der am 31.12.2001 schon und am 1.1.2002 noch pflichtversicherten Arbeitnehmer werden wie folgt berechnet:

3.4.1 Es gelten die Berechnungsvorgaben des § 18 Abs. 2 BetrAVG. Der danach festgestellte Betrag wird in Versorgungspunkte unter Berücksichtigung eines Zinssatzes von 3,25 umgerechnet und in das Punktemodell transferiert. Die transferierten Versorgungspunkte nehmen an der Dynamisierung nach Ziffer 2.2 teil.

3.4.2 Für Arbeitnehmer im Tarifgebiet West, die am 1.1.2002 das 55. Lebensjahr vollendet haben (rentennahe Jahrgänge), gilt folgende Besitzstandsregelung: Auf der Grundlage des am 31.12.2000 geltenden Rechts der Zusatzversorgung ist Ausgangswert für die Bemessung des in das Punktemodell zu transferierenden Betrages die individuell bestimmte Versorgungsrente im Alter von 63 (bei Behinderten Alter entsprechend gesetzlicher Rentenversicherung) unter Berücksichtigung der Mindestgesamtversorgung und des § 44 a VBL-Satzung bzw. entsprechende Versorgungsregelung; die gesetzliche Rente ist nach persönlichen Daten anzurechnen; von diesem nach den Bemessungsgrößen per 31.12.2001 einmalig ermittelten Ausgangswert ist die aus dem Punktemodell noch zu erwerbende Betriebsrente abzuziehen; die Differenz ist die Besitzstandsrente; sie wird in Versorgungspunkte umgerechnet und in das Punktemodell transferiert.

3.4.3 Textziffer 3.4.2 gilt entsprechend für solche Arbeitnehmer, die im Jahre 2001 das 55. Lebensjahr vollendet und vor In-Kraft-Treten des Tarifvertrages Altersteilzeit bzw. Vorruhestand vereinbart haben.

3.5 Die im bisherigen Versorgungssystem erworbenen Anwartschaften von Arbeitnehmern, die am 1.1.2002 nicht mehr pflichtversichert sind und die eine unverfallbare Anwartschaft haben, werden entsprechend der bisherigen Versicherungsrentenberechnung festgestellt, transferiert und nicht dynamisiert.

4. Finanzierung

4.1 Jede Kasse regelt ihre Finanzierung selbst.

Zusätzlicher Finanzbedarf über die tatsächliche Umlage des Jahres 2001 hinaus (Stichtag 1.11.2001) – mindestens jedoch ab Umlagesatz von 4 v.H. – wird durch steuerfreie, pauschale Sanierungsgelder gedeckt.

Im Tarifgebiet West verbleibt es bei den von den Arbeitnehmern bei Zusatzversorgungskassen geleisteten Beiträgen.

4.2 Für die VBL-West gilt:

Ab 2002 betragen die Belastungen der Arbeitgeber 8,45 v.H. Dies teilt sich auf in eine steuerpflichtige, mit 180 DM/Monat pauschal versteuerte Umlage von 6,45 v.H. und steuerfreie pauschale Sanierungsgelder von 2,0 v.H., die zur Deckung eines Fehlbetrags im Zeitpunkt der Schließung dienen sollen.

Ab 2002 beträgt der aus versteuertem Einkommen zu entrichtende Umlagebeitrag der Arbeitnehmer 1,41 v.H.

4.3 Die Verteilung der Sanierungsgelder auf Arbeitgeberseite bestimmt sich nach dem Verhältnis der Entgeltsumme aller Pflichtversicherten zuzüglich der neunfachen Rentensumme aller Renten zu den entsprechenden Werten, die einem Arbeitgeberverband bzw. bei Verbandsfreien, den einzelnen Arbeitgebern zuzurechnen sind; ist ein verbandsfreier Arbeitgeber einer Gebietskörperschaft mittelbar oder haushaltsmäßig im Wesentlichen zuzuordnen, wird dieser bei der Gebietskörperschaft einbezogen.

Arbeitgebern, die seit dem 1. November 2001 durch Ausgliederung entstanden sind, sind zur Feststellung der Verteilung der Sanierungszuschüsse Renten in dem Verhältnis zuzurechnen, das dem Verhältnis der Zahl der Pflichtversicherten des Ausgegliederten zu der Zahl der Pflichtversicherten des Ausgliedernden zum 01.11.2001 entspricht.

4.4 Bei abnehmendem Finanzierungsbedarf für die laufenden Ausgaben werden die übersteigenden Einnahmen – getrennt und individualisierbar – zum Aufbau einer Kapitaldeckung eingesetzt.

5. Die Tarifvertragsparteien gehen davon aus, dass mit diesem Tarifvertrag das Abwandern von Betrieben oder Betriebsteilen aus den Zusatzversorgungseinrichtungen des öffentlichen Dienstes verhindert wird.

Während der Laufzeit des Tarifvertrages überprüfen die Tarifvertragsparteien, ob es zu signifikanten Abwanderungen aus einzelnen Zusatzversorgungseinrichtungen gekommen ist. Sie beauftragen einen Gutachter, die Gründe für eventuelle Abwanderungen darzustellen. Dies gilt auch für den Tarifvertrag über sozialverträgliche Begleitmaßnahmen im Zusammenhang mit der Umgestaltung der Bundeswehr.

6. Laufzeit des Tarifvertrages bis zum 31.12.2007.

Anlage 1 zum Altersvorsorgeplan 2001

Juristische Zulässigkeit des rückwirkenden Systemwechsels zum 31.12.2000 (Arbeitskreis 2)

Die Tarifvertragsparteien gehen davon aus, dass der rückwirkende Wechsel vom Gesamtversorgungssystem in ein Punktemodell zum 1.1.2001 verfassungsrechtlich zulässig ist. Dies gilt auch für den Transfer der am 31.12.2000 bestehenden Anwartschaften.

Für das Jahr 2001 ist aus verwaltungstechnischen Gründen eine Einführungsphase für das neue System vorgesehen, in der sich Anwartschaften technisch weiterhin nach den Berechnungsmethoden des alten Systems fortentwickeln. Diese für die Betroffenen günstige Übergangsregelung liegt in der Normsetzungsbefugnis der Tarifvertragsparteien.

Seit dem Ergebnis der Tarifrunde 2000 konnte niemand auf den Fortbestand des bisherigen Versorgungssystems vertrauen und deshalb davon ausgehen, dass dieses unverändert bestehen bleiben würde.

Sollte ein Bundesgericht abschließend feststellen, dass Arbeitnehmern oder Versorgungsempfängern mit Vordienstzeiten (Beschäftigungen außerhalb des öffentlichen Dienstes) im neuen System im Hinblick auf den Beschluss des Bundesverfassungsgerichts vom 22.03.2000 (1 BvR 1136/96) höhere als die überführten Ansprüche zustehen, werden den Berechtigten diese Ansprüche auch dann rückwirkend erfüllt, wenn sie sie nicht vor der neuen Entscheidung geltend gemacht haben.

Anlage 2 zum Altersvorsorgeplan 2001

Rentenformel im Punktemodell ohne Zwischenschaltung eines Regelbeitrages und bei Überschussanteilen in Form von beitragslosen Versorgungspunkten

Die Rentenhöhe ist abhängig von der gesamten Erwerbsbiografie im öffentlichen Dienst. In jedem Beschäftigungsjahr t werden Versorgungspunkte VP_t erworben. Die Höhe der Versorgungspunkte ergibt sich aus der Formel:

$$VP_t = E_t / RE \times Tab_x$$

Ggf. wird VP_t aus Überschüssen erhöht.

Darin bedeuten

VP_t Versorgungspunkt für das Jahr t

E_t Entgelt des Versicherten im Jahr t

RE Referenzentgelt

Tab_x Tabellenwert für das Alter x des Versicherten im Jahr t

Im Versorgungsfall ergibt sich die Rente nach der Formel

$$\text{Rente} = [\text{Summe aller } VP_t] \times \text{Messbetrag}$$

Der Messbetrag beträgt 0,4 % des Referenzentgeltes.

x	Tab _x	x	Tab _x	x	Tab _x	x	Tab _x
17	3,1	29	2,1	41	1,5	53	1,0
18	3,0	30	2,0	42	1,4	54	1,0
19	2,9	31	2,0	43	1,4	55	1,0
20	2,8	32	1,9	44	1,3	56	1,0
21	2,7	33	1,9	45	1,3	57	0,9
22	2,6	34	1,8	46	1,3	58	0,9
23	2,5	35	1,7	47	1,2	59	0,9
24	2,4	36	1,7	48	1,2	60	0,9
25	2,4	37	1,6	49	1,2	61	0,9
26	2,3	38	1,6	50	1,1	62	0,8
27	2,2	39	1,6	51	1,1	63	0,8
28	2,2	40	1,5	52	1,1	64 und älter	0,8

3b. Ordnung über die betriebliche Altersversorgung der bei der SELBSTHILFE, Pensionskasse der Caritas VVaG versicherten Mitarbeiter im kirchlichen Dienst

– Versorgungsordnung B –

in der Fassung vom 1. Januar 2003

§ 1 Geltungsbereich

Die „Ordnung über die betriebliche Altersversorgung der bei der SELBSTHILFE, Pensionskasse der Caritas VVaG versicherten Mitarbeiter im kirchlichen Dienst – Versorgungsordnung B“ gilt für die unter den Geltungsbereich des Arbeitsvertragsrechts der bayerischen (Erz-)Diözesen fallenden Mitarbeiter, soweit für diese nicht vorrangig eine Versicherungspflicht nach der „Ordnung über die betriebliche Altersversorgung der bei der Bayerischen Versorgungskammer – Zusatzversorgungskasse der bayerischen Gemeinden versicherten Mitarbeiter im kirchlichen Dienst – Versorgungsordnung A“ besteht.

§ 2 Versicherungspflicht

(1) Der Versicherungspflicht unterliegt vom Beginn des Arbeits- und Ausbildungsverhältnisses an der Mitarbeiter, wenn er das 17. Lebensjahr vollendet hat. Eine Versicherungspflicht besteht nicht, soweit im Arbeitsvertragsrecht der bayerischen (Erz-)Diözesen für bestimmte Personengruppen kollektivrechtlich ausdrücklich Ausnahmen vorgesehen sind.

(2) Ausgenommen von der Versicherungspflicht ist ein Mitarbeiter,

- a) der aus der gesetzlichen Rentenversicherung Altersrente als Vollrente oder Rente wegen teilweiser oder voller Erwerbsminderung erhält,
- b) frei
- c) der nicht der gesetzlichen Rentenversicherungspflicht unterliegt,
- d) dessen Dienstgeber ihm bereits vor dem 01.04.2000 eine dieser Regelung gleichwertige zusätzliche Altersversorgung gewährt hat,¹⁾
- e) der Mitglied des Versorgungswerks der Presse oder einer sonstigen berufsständischen Versorgungseinrichtung ist.

¹⁾ „Gleichwertig“ ist eine zusätzliche Altersversorgung, wenn der Beitrag des Dienstgebers in der Höhe entsprechend § 4 Abs. 2 entrichtet wird und das Zusatzversorgungspflichtige Arbeitsentgelt gem. § 4 Abs. 3 zugrunde gelegt wird.

Bestehende zusätzliche Altersversorgungen, die die Erfordernisse gem. Unterabs. 1 nicht erfüllen, sind zum 01.04.2000 an diese Erfordernisse anzupassen, soweit die rechtlichen Möglichkeiten bestehen.

Werden von Dienstgebern, die ihren Mitarbeitern vor dem 01.04.2000 eine zusätzliche Altersversorgung im Sinne des § 2 Abs. 2 d) gewähren, ab 01.04.2000 weitere Mitarbeiter neu eingestellt, so sind diese nach der Versorgungsordnung B zu versichern.

§ 3 Versicherung

Die betriebliche Altersversorgung erfolgt durch Abschluss einer Zusatzrentenversicherung bei der SELBSTHILFE, Pensionskasse der Caritas VVaG (SELBSTHILFE) nach Maßgabe dieser Versorgungsordnung.

Die Ansprüche der Versicherten bestimmen sich nach der Satzung und den Allgemeinen Versicherungsbedingungen der SELBSTHILFE.

§ 4 Anmeldung und Abmeldung

(1) Der Dienstgeber meldet den Mitarbeiter mit Beginn des zusatzversorgungspflichtigen Arbeits- bzw. Ausbildungsverhältnisses bei der SELBSTHILFE an, frühestens ab dem Zeitpunkt, ab dem zusatzversorgungspflichtiges Arbeitsentgelt bezogen wird. Die Aufnahme des Mitarbeiters in die SELBSTHILFE wird diesem durch Zustellung eines Mitgliedsausweises, dem Dienstgeber durch eine entsprechende Bestätigung nachgewiesen.

(2) Der Dienstgeber meldet den Mitarbeiter mit Ende des zusatzversorgungspflichtigen Arbeits- bzw. Ausbildungsverhältnisses bei der SELBSTHILFE ab. Die vollzogene Abmeldung wird dem Mitarbeiter von der SELBSTHILFE bestätigt; gleichzeitig wird der Mitarbeiter unter Angabe der erreichten Rentenanwartschaft davon in Kenntnis gesetzt, welche Möglichkeiten zur Fortsetzung des Versicherungsverhältnisses durch Beitragsfreistellung (§ 6) oder durch Begründung einer freiwilligen Mitgliedschaft (§ 8) bestehen.

§ 5 Beiträge

(1) Der Dienstgeber hat den monatlichen Beitrag zur betrieblichen Altersversorgung zu tragen. Er trägt des Weiteren die auf den Beitrag entfallende Lohnsteuer (vgl. Abs. 8), solange die rechtliche Möglichkeit der Pauschalierung der Lohnsteuer gegeben ist. Beitragspflicht besteht für den Zeitraum, für den dem Mitarbeiter nach dem Arbeitsvertragsrecht der bayerischen (Erz-)Diözesen ein Anspruch auf laufendes Arbeitsentgelt, auf Einmalzahlungen jedweder Art oder auf Krankenbezüge zusteht.

(2) Der Beitrag zur betrieblichen Altersversorgung (Pflichtversicherung) ist vom zusatzversorgungspflichtigen Arbeitsentgelt (Abs. 3) jeweils mit dem Beitragssatz zu berechnen, den die kirchlichen Dienstgeber als Umlage an die Bayerische Versorgungskammer, Zusatzversorgungskasse der bayerischen Gemeinden, abzuführen hätten.

(3) Das zusatzversorgungspflichtige Arbeitsentgelt im Sinn von Absatz 2 ist hierbei identisch mit dem der öffentlich-rechtlichen Zusatzversorgung zugrunde liegenden Arbeitsentgelt.

(4) Überschreitet das zusatzversorgungspflichtige Arbeitsentgelt die jeweils gültige Beitragsbemessungsgrenze in der gesetzlichen Rentenver-

sicherung, so löst dies keine zusätzliche Beitragszahlung des Dienstgebers aus.

(5) Die Beiträge sind der SELBSTHILFE jährlich durch den Dienstgeber für jeden einzelnen Versicherten nachzuweisen; sie sind unverzüglich nach Erstellung der monatlichen Gehaltsabrechnung in einer Summe an die SELBSTHILFE abzuführen.

(6) Der Mitarbeiter kann die Teilnahme an der betrieblichen Altersversorgung (Pflichtversicherung) insoweit verstärken, als er einen zusätzlichen eigenen Beitrag in Höhe von bis zu 6,0 % des zusatzversorgungspflichtigen Arbeitsentgelts leistet und dies dem Dienstgeber gegenüber schriftlich erklärt. Dienstgeber- und Mitarbeiterbeitrag dürfen jedoch zusammen nicht mehr als 10,0 % des zusatzversorgungspflichtigen Arbeitsentgelts betragen. Der Beitrag des Mitarbeiters kann im Wege der Entgeltumwandlung sichergestellt werden.

(7) Die Erklärung des Mitarbeiters über die Höhe seiner Beteiligung an der betrieblichen Altersversorgung nach Abs. 6 kann widerrufen und durch eine anderslautende Erklärung ersetzt werden. Die Erklärung ist dem Dienstgeber schriftlich mit einer Frist von 4 Wochen vor dem nächsten Quartalsende vorzulegen.

(8) Der Dienstgeber führt die Beiträge zur betrieblichen Altersversorgung einschließlich des Beitrags des Mitarbeiters an die SELBSTHILFE ab. Der Dienstgeber trägt die auf seine Beiträge entfallende Lohnsteuer im Rahmen der Möglichkeit zur Pauschalierung der Lohnsteuer gemäß § 40 b Abs. 2 Satz 1 EStG.

(9) Dem Mitarbeiter steht es frei, eine höhere Rentenanwartschaft durch einen zweiten Rentenvertrag (freiwillige Versicherung) sicherzustellen. Die hierfür erforderlichen Beiträge hat er selbst zu tragen.

Protokollnotiz zu Abs. 1 wurde gestrichen

§ 6 Beitragsfreie Zeiten

(1) Eine Beitragspflicht des Dienstgebers besteht nicht für Zeiten, für die der Mitarbeiter nach dem Arbeitsvertragsrecht der bayerischen (Erz-)Diözesen keinen Anspruch auf laufendes Arbeitsentgelt, Einmalzahlungen jedweder Art oder auf Krankenbezüge hat.

(2) Entfällt wegen Beendigung des Arbeits- bzw. Ausbildungsverhältnisses die Beitragspflicht des Dienstgebers für ein bestehendes Versicherungsverhältnis, ohne dass der versicherte Mitarbeiter von der Möglichkeit der freiwilligen Beitragsentrichtung gemäß § 8 Gebrauch macht, wird das Versicherungsverhältnis beitragsfrei fortgesetzt. In diesem Fall wird eine Rentenanwartschaft nach Maßgabe des zum Zeitpunkt der Beitragsfreistellung vor-

handenen Deckungskapitals berechnet. Der Anspruch des Versicherten auf Teilnahme an künftigen Leistungserhöhungen aus der satzungsmäßigen Überschussverwendung bleibt von der Beitragsfreistellung unberührt.

(3) Der Dienstgeber kann jedoch – widerruflich – seine Bereitschaft erklären, auch für nicht beitragspflichtige Zeiten eine Beitragsleistung zu übernehmen. Zeiten, für die keine Beiträge des Dienstgebers eingehen, können vom Mitarbeiter mit eigenen Beiträgen belegt werden.

§ 7 Arbeitsplatzwechsel

Scheidet ein bei der SELBSTHILFE pflichtversicherter Mitarbeiter aus dem Arbeits- bzw. Ausbildungsverhältnis aus und nimmt er eine Tätigkeit bei einem Dienstgeber auf, der die Versorgungsordnung B anwendet, so ist die begonnene Pflichtversicherung unter den für die Versorgungsordnung B geltenden Bedingungen fortzuführen.

Der Hinweis wurde gestrichen.

§ 8 Freiwillige Versicherung

Entfällt die Beitragspflicht des Dienstgebers für eine bestehende Versicherung, so kann der Versicherte die bisherige Pflichtversicherung nach Maßgabe der Satzung der SELBSTHILFE mit eigener Beitragsleistung als freiwillige Versicherung fortführen. Der Versicherte kann hierbei jeden Beitrag zwischen dem tariflichen Mindestbeitrag und dem vom Dienstgeber für den letzten vollen Beschäftigungsmonat abgeführten Pflichtbeitrag wählen.

§ 9 In-Kraft-Treten

Die Versorgungsordnung B tritt mit Wirkung zum 1. Januar 2003 in Kraft. Mit dem In-Kraft-Treten der Versorgungsordnung B tritt die Regelung über eine zusätzliche Alters- und Hinterbliebenenversorgung der bayerischen (Erz-)Diözesen (Versorgungsordnung der bayerischen [Erz-]Diözesen [VOBD]) (ABD Teil C, 3b) außer Kraft.

**3c. Ordnung über die betriebliche Altersversorgung durch Entgeltumwandlung der Mitarbeiter im kirchlichen Dienst
– Versorgungsordnung C –
in der Fassung vom 1. Januar 2003**

Der Mitarbeiter hat Anspruch auf Entgeltumwandlung im Rahmen der betrieblichen Altersvorsorge nach Maßgabe der folgenden Beschlüsse der Zentral-KODA und der Bayerischen Regional-KODA.

Teil A

Beschlüsse der Zentral-KODA

I. Beschluss der Zentral-KODA vom 15. April 2002

Unter Bezugnahme auf § 17 Abs. 3 und 5 Betriebsrentengesetz (BetrAVG) hat die Zentral-KODA gem. § 3 Abs. 1 Ziff. 1 ZKO folgende Regelung beschlossen, der die Bayerische Regional-KODA gem. § 12 a BayRKO zugestimmt hat:

Entgeltumwandlung

1. Der Mitarbeiter (Arbeitnehmer und zu seiner Ausbildung Beschäftigte) hat Anspruch auf Entgeltumwandlung bei der Kasse, bei der auch seine zusätzliche betriebliche Altersversorgung durchgeführt wird. Voraussetzung ist, dass die dafür zuständige Kasse satzungsrechtlich die entsprechende Möglichkeit schafft. Im Einzelfall können die Vertragsparteien bei Vorliegen eines sachlichen Grundes arbeitsvertraglich vereinbaren, dass die Entgeltumwandlung bei einer anderen Kasse oder Einrichtung erfolgt. Die Regelung gilt unabhängig davon, ob der Mitarbeiter die steuerliche Förderung nach § 3 Nr. 63 EStG oder nach § 10 a EStG in Anspruch nimmt.
2. Erfolgt eine steuerliche Förderung, findet diese zunächst Anwendung auf Beiträge des Dienstgebers, sodann auf umgewandelte Entgeltbestandteile des Mitarbeiters. Liegt die Summe aus dem Beitrag des Dienstgebers und der Entgeltumwandlung oberhalb der Grenze gem. § 3 Nr. 63 EStG, wird der übersteigende Teil des Beitrags nach § 40 b EStG pauschal versteuert, soweit die rechtliche Möglichkeit dazu besteht und nicht bereits vom Dienstgeber genutzt wird. Die Pauschalsteuer ist dann vom Mitarbeiter zu tragen.
3. Bemessungsgrundlage für Ansprüche und Forderungen zwischen Dienstgeber und Mitarbeiter bleibt das Entgelt, das sich ohne die Entgeltumwandlung ergeben würde.
4. Bietet die für die zusätzliche betriebliche Altersversorgung zuständige Kasse bis zum 31. Oktober 2002 keine rechtliche Möglichkeit für die Durchführung der Entgeltumwandlung, soll die zuständige arbeitsrechtliche Kommission eine andere Kasse festlegen, bei der die Entgeltumwandlung durchgeführt werden kann. Nimmt die zuständige Kommission diese Festlegung nicht vor, hat auf Verlangen des Mitarbeiters der Dienstgeber festzulegen,

dass die Entgeltumwandlung bei der KZVK Köln oder der Selbsthilfe VVaG durchzuführen ist.

5. Macht der Mitarbeiter von der Entgeltumwandlung Gebrauch und ist er zum Zeitpunkt der Entgeltumwandlung in der gesetzlichen Krankenversicherung pflichtversichert, leistet der Dienstgeber einen monatlichen Zuschuss in Höhe von 13 % des umgewandelten Betrags.

6. Diese Regelung tritt zum 1. Juni 2002 in Kraft und gilt bis zum 31. Dezember 2004.

Erläuterung zu Nr. 6 der Regelung :

1. Die Zentral-KODA ist sich einig, dass am 31. Dezember 2004 (Nr. 6 der Regelung) die Möglichkeit der Entgeltumwandlung nicht enden soll.

2. Die Befristung bis zum 31. Dezember 2004 (Nr. 6 der Regelung) soll die Möglichkeit eröffnen, die Regelung zur Entgeltumwandlung nach einer Anlaufphase von etwa 2 Jahren zu überprüfen auf Entwicklungen, die eine Korrektur der Regelung erforderlich machen. Dies gilt insbesondere für die Zulassung weiterer Kassen (Nr. 4 der Regelung) aufgrund z. B. unterschiedlicher Rentabilität.

II. Beschluss der Zentral-KODA vom 6. November 2002

Unter Bezugnahme auf § 17 Abs. 3 und 5 Betriebsrentengesetz (BetrAVG) hat die Zentral-KODA gem. § 3 Abs. 1 Ziff. 1 ZKO folgende Regelung zur Änderung der Nr. 5 des Beschlusses der Zentral-KODA vom 15. April 2002 beschlossen, der die Bayerische Regional-KODA gem. § 12 a BayRKO zugestimmt hat:

1. Macht ein Mitarbeiter von der Entgeltumwandlung Gebrauch, leistet der Dienstgeber für jeden Monat, in dem Arbeitsentgelt umgewandelt wird, einen Zuschuss in Höhe von 13 % des jeweils umgewandelten Betrages in die betriebliche Altersversorgung, sofern in diesem Monat eine Pflichtversicherung in der gesetzlichen Krankenversicherung besteht. Der Zuschuss wird nicht gewährt im Falle der Nettoumwandlung (Riester-Rente).

2. Für umgewandelte Beträge, die unter Berücksichtigung des Höchstbetrages im Jahresdurchschnitt die steuerlichen Freibeträge überschreiten, besteht kein Anspruch auf einen Zuschuss.

3. Der Zuschuss ist spätestens zum Zahlungstermin des Dezembergehaltes fällig. Scheidet der Mitarbeiter vorher aus, ist der Zuschuss zum Zeitpunkt des Ausscheidens fällig. Aus abrechnungstechnischen und steuerlichen Gründen soll der Zuschuss einmal im Jahr gezahlt werden. Der Zuschuss wird vom Dienstgeber an die zuständige Altersvorsorgeeinrichtung abgeführt.

4. Diese Regelung tritt zum 1. Januar 2003 in Kraft und gilt bis zum 31. Dezember 2004.

Teil B

Beschlüsse der Bayer. Regional-KODA

I. Beschlüsse der Bayer. Regional-KODA vom 27. Juni/16. Juli sowie 10./11. Dezember 2002

Am 15. April 2002 hat die Zentral-KODA gem. § 3 Abs. 1 Ziffer 1 Zentral-KODA-Ordnung (ZKO) und auf der Grundlage von § 17 Abs. 3 und 5 BetrAVG eine Regelung zur Entgeltumwandlung beschlossen. Nr. 5 des Beschlusses der Zentral-KODA wurde mit Beschluss der Zentral-KODA vom 6. November 2002 geändert. Die Bayerische Regional-KODA hat den Beschluss der Zentral-KODA vom 15. April 2002 aufgenommen, diesem am 8. Mai 2002 gemäß § 12 a Abs. 2 BayRKO zugestimmt und hierzu Ergänzende Regelungen erarbeitet. Dem Beschluss der Zentral-KODA vom 6. November 2002 hat die Bayerische Regional-KODA am 10./11. Dezember 2002 zugestimmt. Auf dieser Grundlage werden die Ansprüche der in den Geltungsbereich des Arbeitsvertragsrechts der bayerischen (Erz-)Diözesen fallenden Mitarbeiter auf Entgeltumwandlung mit Wirkung ab dem 1. September 2002 wie folgt umgesetzt:

Ergänzende Regelungen
zu den Beschlüssen der Zentral-KODA
zur Entgeltumwandlung nach dem
„Gesetz zur Verbesserung der betrieblichen Altersversorgung“
(BetrAVG)

I.

Zu Nr. 1

1. Anspruch auf Entgeltumwandlung zugunsten der betrieblichen Altersversorgung

a) Der Mitarbeiter hat einen individual-rechtlichen Anspruch auf Entgeltumwandlung zugunsten seiner betrieblichen Altersversorgung gemäß § 1 a Abs. 1 Satz 1 in Verbindung mit § 1 Abs. 1 Satz 1 BetrAVG. Voraussetzung ist, dass der Mitarbeiter aufgrund der Beschäftigung oder Tätigkeit bei dem Dienstgeber, gegen den sich der Anspruch auf Entgeltumwandlung richten würde, in der gesetzlichen Rentenversicherung der Angestellten und Arbeiter pflichtversichert (§ 17 Abs. 1 Satz 3 BetrAVG) und beitragspflichtig ist. Der Anspruch besteht nicht für einen Mitarbeiter, der sich in der gesetzlichen Rentenversicherung hat befreien lassen; ausgenommen ist ebenso ein geringfügig Beschäftigter, wenn dieser nicht von der Möglichkeit des Verzichts auf die Versicherungsfreiheit nach § 5 Abs. 2 Satz 2 SGB VI Gebrauch gemacht hat.

Entgeltumwandlung liegt begrifflich vor, wenn vereinbarte künftige Arbeitsentgeltansprüche¹⁾ nicht als „Barlohn“ an den Mitarbeiter ausgezahlt bzw. überwiesen, sondern für den Aufbau von Anwartschaften auf betriebliche Altersversorgung wertgleich umgewandelt werden (vgl. § 1 Abs. 2 Nr. 3 BetrAVG).

Keine Entgeltumwandlung sondern Entgeltverwendung liegt vor, wenn von dem Mitarbeiter zunächst zugeflossenes Arbeitsentgelt für Zwecke seiner betrieblichen Altersversorgung verwendet wird. Der Mitarbeiter kann nach § 1 a Abs. 3 BetrAVG verlangen, dass seine betriebliche Altersversorgung die Voraussetzungen für eine steuerliche Förderung nach §§ 10 a, 82 Abs. 2 EStG erfüllt. Dem Mitarbeiter wird dadurch eine Wahlmöglichkeit eingeräumt, ob er im Rahmen seiner betrieblichen Altersversorgung zusätzlich oder alternativ zur Entgeltumwandlung die steuerliche Förderung über Zulage oder Sonderausgabenabzug (sog. Riester-Modell) in Anspruch nehmen will. Entschieden sich der Mitarbeiter für diesen Weg, so wird der von ihm hierfür bestimmte Entgeltbetrag voll der Einkommensteuer unterworfen und unterliegt der Sozialversicherungspflicht. Diese sog. Nettoumwandlung (Nettoentgeltverwendung) nach §§ 10 a, 82 ff. EStG wird von den Ergänzenden Regelungen zu Nr. 1 des Zentral-KODA Beschlusses nicht erfasst, da sie aus bereits versteuertem und verbeitragtem Arbeitsentgelt erfolgt.

Der Anspruch auf Entgeltumwandlung besteht unabhängig von der Höhe des individuellen Arbeitsentgelts bis zu einer Höhe von 4 % der jeweiligen Beitragsbemessungsgrenze in der gesetzlichen Rentenversicherung der Arbeiter und Angestellten²⁾. Macht der Mitarbeiter von seinem Anspruch auf Entgeltumwandlung Gebrauch, muss er von seinem Arbeitsentgelt jährlich einen Betrag in Höhe von mindestens einem Hundertsechzigstel ($\frac{1}{160}$) der Bezugsgröße nach § 18 Abs. 1 SGB IV für seine betriebliche Altersversorgung verwenden (§ 1 a Abs. 1 Satz 4 BetrAVG)³⁾.

b) Die Durchführung der Entgeltumwandlung erfolgt für bei der Bayerischen Versorgungskammer – Zusatzversorgungskasse der bayerischen Gemeinden Pflichtversicherte grundsätzlich bei dieser Kasse. Die Arbeitsentgeltansprüche werden nach dem sog. Punktemodell im Sinne der Anlage 5 (Altersvorsorgeplan 2001) der Versorgungsordnung A in eine sofort unverfallbare Versorgungsanwartschaft umgewandelt. Die Leistungsbemessung erfolgt nach dem Punktemodell. Es werden nur diejenigen Leistungen zugesagt, die sich aus der Anwendung des Punktemodells ergeben (Beitragszusage).

¹⁾ Bundesministerium der Finanzen, Schreiben vom 4. Februar 2000, IV C 5 – S 2332 – 11/00, BStBl. 2000 I S. 354

²⁾ Dies sind im Jahr 2002 jährlich 2.160 €.

³⁾ Dies sind im Jahr 2002 jährlich 175,88 €.

Ist der Dienstgeber zu einer Durchführung der Entgeltumwandlung über eine andere Pensionskasse bereit, kann die betriebliche Altersversorgung auch dort durchgeführt werden.

Wird ein Mitarbeiter im Falle des Arbeitgeberwechsels bei der Bayerischen Versorgungskammer – Zusatzversorgungskasse der bayerischen Gemeinden pflichtversichert, kann im Einvernehmen mit dem Dienstgeber vereinbart werden, dass eine bestehende Entgeltumwandlungsvereinbarung bei einer anderen Kasse fortgeführt wird.

Die Entgeltumwandlung ist – derzeit – im Rahmen des § 3 Nr. 63, § 40 b EStG steuerlich sowie im Rahmen des § 115, § 14 Abs. 1 Satz 2 SGB IV auch beitragsrechtlich begünstigt.

c) Mitarbeiter, deren betriebliche Altersversorgung nach Maßgabe der Versorgungsordnung B erfolgt, haben in entsprechender Anwendung dieser ergänzenden Regelungen einen Anspruch auf Entgeltumwandlung bei der SELBSTHILFE, Pensionskasse der Caritas VVaG, soweit deren Satzung die Versicherung zulässt. Satz 1 gilt auch für die nach § 2 Abs. 2 Versorgungsordnung B von der Versicherungspflicht ausgenommenen Mitarbeiter. Mitarbeiter im Sinne des § 2 Abs. 2 Buchst. d Versorgungsordnung B können verlangen, dass die Entgeltumwandlung zugunsten der für sie bereits bestehenden zusätzlichen Altersversorgung erfolgt.

2. Umwandelbare Arbeitsentgeltbestandteile

a) Steuerfreie Aufwandsentschädigungen, die in § 3 Nr. 26 EStG genannten steuerfreien Einnahmen, die nach § 2 der Arbeitsentgeltverordnung nicht dem Arbeitsentgelt zuzurechnenden Zuwendungen, Beihilfen etc. sowie vermögenswirksame Leistungen im Sinne des Vermögensbildungsgesetzes können nicht in Anwartschaften auf betriebliche Altersversorgung umgewandelt werden.

b) Stellt der Mitarbeiter Teile seines regelmäßigen monatlichen Arbeitsentgelts für seine betriebliche Altersversorgung zur Verfügung, so müssen die Beträge während des laufenden Kalenderjahres monatlich gleichbleibend hoch sein (§ 1 a Abs. 1 Satz 5 BetrAVG).

3. Fälligkeit des umzuwandelnden Arbeitsentgelts

Das umzuwandelnde Arbeitsentgelt ist in dem Zeitpunkt fällig, in dem dem Mitarbeiter das zusatzversorgungspflichtige Arbeitsentgelt zufließt.

4. Verfahren der Entgeltumwandlung

Die Entgeltumwandlung kommt durch eine Vereinbarung zwischen Mitarbeiter und Dienstgeber zustande (§ 1 a Abs. 1 Satz 2 BetrAVG). Der Anspruch

auf Entgeltumwandlung ist vom Mitarbeiter spätestens vier Wochen vor dem Ersten des Monats, in dem die entsprechende Vereinbarung in Kraft treten soll, schriftlich gegenüber dem Dienstgeber geltend zu machen. Der Mitarbeiter ist daran für die Dauer des laufenden Kalenderjahres gebunden. Die Vereinbarung zur Entgeltumwandlung kann aus wichtigem Grund im Einvernehmen mit dem Dienstgeber geändert werden (z. B. bei Beginn eines Altersteilzeitarbeitsverhältnisses wegen der Verringerung des Aufstockungsbetrages). Im Falle der Kollision der Entgeltumwandlung mit einer (bestehenden oder künftigen) Gehaltspfändung kann der Dienstgeber von einem Sonderkündigungsrecht Gebrauch machen, das zum Ablauf des auf die Kündigung folgenden Monats wirksam wird.

Zu Nr. 3

Bemessungsgrundlagen

1. Bemessungsgrundlage für künftige Erhöhungen des Arbeitsentgelts sowie andere Dienstgeberleistungen (Krankenbezüge, betriebliche Altersversorgung, Weihnachtzuwendung, ...) bleibt das bisherige, ungekürzte Arbeitsentgelt. Das umzuwandelnde Arbeitsentgelt gehört nicht zum Arbeitseinkommen im Sinne von § 850 Abs. 2 ZPO.
2. Macht ein Mitarbeiter im Laufe seines Altersteilzeitarbeitsverhältnisses von der Entgeltumwandlung Gebrauch, besteht kein Anspruch auf Erhöhung des durch die Umwandlung verringerten Aufstockungsbetrages durch den Dienstgeber.

Zu Nr. 5

Zuschuss des Dienstgebers

1. Macht ein Mitarbeiter von der Entgeltumwandlung Gebrauch, leistet der Dienstgeber in jedem Monat, in dem Arbeitsentgelt umgewandelt wird, einen Zuschuss in Höhe von 13 % des jeweils umgewandelten Betrages in die betriebliche Altersversorgung, sofern in diesem Monat eine Pflichtversicherung in der gesetzlichen Krankenversicherung besteht. Der Zuschuss wird nicht gewährt im Falle der Nettoumwandlung.
2. Für umgewandelte Beträge, die unter Berücksichtigung des Höchstbetrages im Jahresdurchschnitt die steuerlichen Freibeträge überschreiten, besteht kein Anspruch auf einen Zuschuss.
3. Der Mitarbeiter hat überzahlte Zuschüsse zurückzuerstatten.
4. Der Zuschuss ist zu dem Gehaltszahlungstermin fällig, zu dem dem Mitarbeiter die Zuwendung für Mitarbeiter (sog. Weihnachtzuwendung) zufließt.

II.

In-Kraft-Treten

Diese Regelungen treten zum 1. September 2002 in Kraft und treten zum 31. Dezember 2004 außer Kraft.

Änderungen und Ergänzungen zum Arbeitsvertragsrecht der bayerischen (Erz-)Diözesen – ABD –

Beschlüsse der Bayer. Regional-KODA vom 10./11.12.2002 und vom 04./05.02.2003

- Vorpraktikanten im Kindergartenbereich zum 01.09.2003
- § 39 ABD Teil A, 1./§ 45 ABD Teil B, 1.
Jubiläumsumzuwendung zum 01.05.2003
- § 23 a ABD Teil A, 1., Bewährungsaufstieg,
Zeitaufstieg, Vergütungsgruppenzulage
- Übergangsvorschrift zu § 53 Abs. 3 ABD Teil A, 1./
§ 58 ABD Teil B, 1.
- Übergangsvorschrift zu § 71 Abs. 2 ABD Teil A, 1.
- Dienstordnung für Pfarrsekretärinnen
und Pfarrsekretäre zum 01.09.2003

Anlage zum

Amtsblatt für die Diözese Augsburg; Amtsblatt für die Erzdiözese Bamberg; Pastoralblatt des Bistums Eichstätt; Amtsblatt für das Erzbistum München und Freising; Amtsblatt für das Bistum Passau; Amtsblatt für die Diözese Regensburg; Würzburger Diözesanblatt

Vorpraktikanten im Kindergartenbereich

1. Im ABD Teil D, 2.2. erhalten die Richtlinien für die Gewährung von Praktikantenvergütungen in Teil A, 1. folgende Fassung:

1.1. Vorpraktikanten

Vorpraktikanten sind Personen, die ein Praktikum ableisten, das in Ausbildungs- und Prüfungsordnungen oder ähnlichen Vorschriften als Zulassungsvoraussetzung für den Beginn einer Schul- oder Hochschulausbildung gefordert wird, oder das, ohne dass diese Voraussetzungen vorliegen, auf Veranlassung der jeweiligen Ausbildungsstätte als Zulassungsvoraussetzung abgeleistet werden muss. Sie fallen nach § 19 BBiG nur dann unter den Geltungsbereich dieses Gesetzes, wenn kein Arbeitsverhältnis vereinbart ist (vgl. auch Abschn. II Unterabs. 3). Ein Arbeitsverhältnis liegt nicht vor, wenn die Vermittlung beruflicher Kenntnisse, Fertigkeiten oder Erfahrungen für die spätere Ausbildung im Mittelpunkt des Rechtsverhältnisses steht.

Vorpraktikanten können folgende Vergütung erhalten:

- a) bis zum vollendeten 18. Lebensjahr
 - aa) höchstens 204,52 EUR monatlich,
 - bb) die jeweilige Ausbildungsvergütung für das erste bzw. zweite Ausbildungsjahr nach der Regelung über eine Vergütung für Auszubildende, wenn das Vorpraktikum länger als ein Jahr dauert,
- b) nach vollendetem 18. Lebensjahr
 - aa) höchstens 255,65 EUR monatlich,
 - bb) die jeweilige Ausbildungsvergütung für das erste bzw. zweite Ausbildungsjahr nach der Regelung über eine Vergütung für Auszubildende, wenn das Vorpraktikum länger als ein Jahr dauert.

1.2. Praktikanten im „Sozialpädagogischen Seminar“ nach Anlage 3 der Fachakademieordnung Sozialpädagogik (in Bayern) erhalten

- a) im ersten Ausbildungsjahr mindestens 204,52 EUR,
- b) im zweiten Ausbildungsjahr mindestens 255,65 EUR.

Praktikanten, deren Ausbildungsdauer gem. § 4 Abs. 1 Satz 1 Nr. 2 b oder Satz 2 Fachakademieordnung Sozialpädagogik auf ein Jahr gekürzt wird, gelten als im 2. Ausbildungsjahr stehend (Ziffer 1 der Anlage 3 der Fachakademieordnung Sozialpädagogik).

1.3. Praktikanten im Sozialpädagogischen Seminar nach Anlage 3 der Fachakademieordnung Sozialpädagogik werden nicht auf vom Kindergarten-gesetz vorgegebene Planstellen für pädagogische Zweitkräfte eingesetzt.

2. Die Regelung tritt zum 01.09.2003 in Kraft.

§ 39 ABD Teil A, 1./ § 45 ABD Teil B, 1. Jubiläumswendung

1. § 39 Abs. 1 Satz 2 ABD Teil A, 1. erhält folgende Fassung:

Zur Jubiläumswendungszeit im Sinne des Satzes 1 rechnen die in einem Beschäftigungsverhältnis im Dienst der Katholischen Kirche verbrachten Beschäftigungszeiten.

2. In § 39 Abs. 1 ABD Teil A, 1. werden folgende Sätze 3 und 4 eingefügt:

Die in einem Ausbildungsverhältnis im Dienst der Katholischen Kirche verbrachten Zeiten stehen diesen gleich. Die Jubiläumswendung zum 25-, 40- bzw. 50-jährigen Dienstjubiläum kann nur einmal in Anspruch genommen werden.

3. Diese Änderungen treten zum 01.05.2003 in Kraft.

Zu § 53 Abs. 3 ABD Teil A, 1./§ 58 ABD Teil B, 1. gilt folgende Übergangsvorschrift:

Übergangsvorschrift

Zeiten im Sinne des § 8 Abs. 1 Nr. 1 SGB IV – ohne Berücksichtigung des § 8 Abs. 2 Satz 1 SGB IV – werden bei der Berechnung der Zeiten für die Unkündbarkeit nur berücksichtigt, soweit sie nach dem 31. Dezember 2000 zurückgelegt worden sind.

Zu § 71 Abs. 2 ABD Teil A, 1. gilt folgende Übergangsvorschrift:

Übergangsvorschrift

Zeiten im Sinne des § 8 Abs. 1 Nr. 1 SGB IV – ohne Berücksichtigung des § 8 Abs. 2 Satz 1 SGB IV – werden bei der Berechnung der Dienstzeit für Krankenbezüge nur berücksichtigt, soweit sie nach dem 31. Dezember 2000 zurückgelegt worden sind.

§ 23 a ABD Teil A, 1., Bewährungsaufstieg, Zeitaufstieg, Vergütungsgruppenzulagen

hier: Änderung der Übergangsvorschrift zu Abschn. A Ziff. 6

In der Übergangsvorschrift zu Ziffer 6 wird das Datum „31. Dezember 2001“ durch das Datum „31. Dezember 2000“ ersetzt.

Dienstordnung für Pfarrsekretärinnen und Pfarrsekretäre vom 01.09.2003

Präambel

Die Tätigkeit der Pfarrsekretärin stellt einen Verwaltungsdienst in der Kirche dar, der für die Arbeit der pastoralen Dienste in der Gemeinde von besonderer Bedeutung ist. In vielen Fällen hat die Pfarrsekretärin ersten oder alleinigen Kontakt mit Personen, die das Pfarrbüro aufsuchen und somit hat ihre Tätigkeit auch eine pastorale Zielrichtung.

I. Allgemeiner Teil

§ 1 Persönliche und fachliche Voraussetzungen

Persönliche Voraussetzungen sind insbesondere die Zugehörigkeit zur Katholischen Kirche, menschliche Reife, Kontaktfähigkeit, Bereitschaft zur Teamarbeit, Zuverlässigkeit, Ehrlichkeit, Einfühlungsvermögen, Taktgefühl und Diskretion.

Voraussetzung ist eine abgeschlossene Berufsausbildung im kaufmännischen Bereich bzw. im Verwaltungsbereich oder gleichwertige Fähigkeiten und Erfahrungen.

§ 2 Allgemeine Dienstpflichten

1. Zusammenarbeit

Die Pfarrsekretärin trägt mit den anderen Mitarbeitern zu einer guten Zusammenarbeit unter den Mitarbeitern und mit den ehrenamtlich Tätigen der

Pfarrei bei. Sie hat ein Anrecht auf Information in allen sie betreffenden Fragen. Pfarrer, Mitarbeiter und ehrenamtlich Tätige werden von ihr umfassend informiert. Soweit Fragen aus dem Aufgabenbereich der Pfarrsekretärin in Dienstgesprächen besprochen werden, wird sie hinzugezogen.

2. Schweigepflicht

Die Pfarrsekretärin hat über Angelegenheiten Verschwiegenheit und Diskretion zu bewahren, von denen sie infolge ihrer Tätigkeit Kenntnis erhalten hat. Diese Verpflichtung besteht auch über die Beendigung des Arbeitsverhältnisses hinaus.

3. Datenschutz

Die Pfarrsekretärin ist verpflichtet, die Anordnung über den kirchlichen Datenschutz in der jeweils gültigen Fassung einzuhalten.

II. Arbeitsrechtlicher Teil

§ 3 Aufgaben

Der Pfarrsekretärin werden bestimmte, im Pfarrbüro anfallende Verwaltungsarbeiten übertragen. Der zeitliche Umfang der zu verrichtenden Arbeiten ergibt sich aus dem Arbeitsvertrag. Zu ihrem Aufgabenbereich können unter Berücksichtigung der örtlichen Gegebenheiten und unter Beachtung der kirchenrechtlichen Regelungen nach Anweisung des Pfarrers oder der vom (Erz-)Bischof mit pfarrlichen Seelsorgsaufgaben betrauten Person (z. B. Pfarrbeauftragter) unter anderem folgende Aufgaben gehören:

I. Parteiverkehr

1. Kontaktaufnahme und Erstkontakt bei seelsorglichen Anliegen,
2. Vermittlung von Besuchern und Hilfesuchenden,
3. Erteilung von Auskünften.

II. Allgemeine Sekretariatsarbeiten

1. Telefondienst,
2. Allgemeiner Schriftverkehr im Rahmen der Pfarramtsverwaltung,
3. Führung des Terminkalenders,
 - Terminabsprachen und Weitergabe von Terminen,
 - Hinweise auf Geburtstage und Jubiläen,

-
4. Posteingang und Postausgang,
 5. Führung der Urlaubs- und Krankheitsdatei und Weiterleitung an die übergeordneten kirchlichen Stellen,
 6. im Rahmen der Bevollmächtigung Einkauf von Bürobedarf und Geschenken zu besonderen Anlässen.

III. Besondere Sekretariatsarbeiten

1. Pfarrbücher/Matrikelbücher
 - Eintragen in Pfarrbücher/Matrikelbücher einschließlich des damit verbundenen Schriftverkehrs unter Verantwortung des Pfarrers,
 - Vorbereitung von Urkunden und Stammbucheintragungen nach Beauftragung,
2. Pfarrkartei/Pfarrdatei
 - Führung und Pflege der Pfarrkartei/Pfarrdatei im Rahmen des kirchlichen Meldewesens,
 - Auswertung der Meldedaten für pfarrliche Zwecke,
3. Registratur
 - Ablage nach vorgegebenem Aktenplan,
 - Mithilfe bei der Archivierung,
 - Erstellung von Statistiken,
 - Mithilfe beim Erstellen und Führen der Inventarverzeichnisse,
4. Informationsdienst
 - Entgegennahme und Weiterleitung von Informationen,
 - Mitarbeit bei der Erstellung von Pfarrbrief und Kirchenanzeiger,
 - Information über kirchliche Vorgänge und Veranstaltungen,
 - Mitarbeit bei der Gestaltung von Informationsdiensten (z. B. Schaukasten und Schriftenstand).

IV. Finanzangelegenheiten nach Maßgabe der Ordnung für kirchliche Stiftungen in den bayer. (Erz-)Diözesen (KiStiftO) und nach Anordnung der zuständigen Kirchenverwaltung und unter Aufsicht des Kirchenpflegers

1. Kassen- und Rechnungsführung (vgl. § 14 KiStiftO) ohne Bankvollmacht,
2. Entgegennahme, Verwaltung und Abrechnung von Messstipendien und Stolarien, Kirchgeld, Kollekten, Spenden und Sammlungen,
3. Führung der Buchhaltung der Kirchenstiftung einschließlich evtl. Sonderrechnungen, Überwachung des Haushaltsplans.

V. Pfarrliche Einrichtungen und Gremien

1. Mitarbeit bzw. Erledigung von Aufgaben nach Weisung bei der Verwaltung von Einrichtungen der Kirchenstiftungen: z.B. Pfarrheim (Belegungsplan, Schlüsselverwaltung, Vergabe von Räumen), Friedhof, Kindertagesstätten,
2. Mitarbeit nach Absprache und soweit notwendig bei
 - Kirchenverwaltung,
 - Pfarrgemeinderat,
 - Veranstaltungen und Aktionen der Pfarrei.

In gegenseitiger Absprache mit dem Pfarrer oder der vom (Erz-)Bischof mit den pfarrlichen Seelsorgsaufgaben betrauten Person steht die Pfarrsekretärin im Rahmen des vereinbarten Beschäftigungsumfanges auch den pastoralen Mitarbeitern für Verwaltungsaufgaben im Dienst der Pfarrei(en) zur Verfügung.

Im Rahmen dieser Dienstordnung und des vereinbarten Beschäftigungsumfanges kann der Dienstvorgesetzte für den Einzelfall oder auf Dauer Arbeitsschwerpunkte setzen und ändern.

Sofern die vorgenannten Aufgaben durch geeignete Computerprogramme erledigt werden können, erfolgt dies über den dienstlichen PC im Pfarrbüro und kann vom Dienstvorgesetzten nach entsprechender Schulung bzw. Einweisung angeordnet werden.

§ 4 Anstellungsträger/Dienstvorgesetzter

1. Anstellungsträger ist die Kirchenstiftung oder die (Erz-)Diözese bzw. ein sonstiger kirchlicher Rechtsträger.
2. Dienstvorgesetzter mit Weisungsbefugnis ist der zuständige Pfarrer, bzw. Kirchenverwaltungsvorstand oder die vom (Erz-)Bischof mit den pfarrlichen Seelsorgsaufgaben betraute Person.

§ 5 Arbeitszeit

Die wöchentliche regelmäßige durchschnittliche Arbeitszeit wird im Arbeitsvertrag festgelegt.

§ 6 Fortbildung

An den von der (Erz-)Diözese verpflichtend ausgeschriebenen Veranstaltungen zur Berufseinführung und Fortbildung sowie an weiteren angeordneten Fortbildungsveranstaltungen ist teilzunehmen. Die Kosten trägt der Dienstgeber.

§ 7 Vergütung

Die Vergütung der Pfarrsekretärin ist in der allgemeinen Vergütungsordnung des ABD Teil A, 3. geregelt. Grundlage für die Eingruppierung (Stellenbewertung) nach der allgemeinen Vergütungsordnung (ABD Teil A, 3.) sind die mit der jeweiligen Pfarrsekretärin nach dieser Dienstordnung vereinbarten Aufgaben.

§ 8 In-Kraft-Treten

Diese Ordnung tritt zum 01.09.2003 in Kraft. Gleichzeitig tritt die Ordnung vom 01.01.1997 außer Kraft.

Änderungen und Ergänzungen zum Arbeitsvertragsrecht der bayerischen (Erz-)Diözesen – ABD –

I. Beschlüsse der Bayer. Regional-KODA vom 04./05.02.2003

- Übernahme der Regelungen der Tarifabschlüsse des öffentlichen Dienstes vom 31. Januar 2003
zum 01.01.2003

II. Änderungen in Umsetzung des § 26 Abs. 3 und 4 ABD Teil A, 1. und des § 22 ABD Teil B, 1.

- Vergütungsregelung Nr. 35 zum ABD Teil A, 1.
unterschiedliche Inkraftsetzungsdaten
- Monatslohnregelung Nr. 5 zum ABD Teil B, 1.
unterschiedliche Inkraftsetzungsdaten
- Regelung über eine Zuwendung für Mitarbeiter
zum 01.01.2003

Anlage zum

Amtsblatt für die Diözese Augsburg; Amtsblatt für die Erzdiözese Bamberg; Pastoralblatt des Bistums Eichstätt; Amtsblatt für das Erzbistum München und Freising; Amtsblatt für das Bistum Passau; Amtsblatt für die Diözese Regensburg; Würzburger Diözesanblatt

I. Übernahme der Regelung der Tarifabschlüsse des öffentlichen Dienstes vom 31. Januar 2003

Übernahme der Regelung der Tarifabschlüsse des öffentlichen Dienstes vom 31. Januar 2003 (hier: 78. Änderungstarifvertrag zum BAT/BL)

§ 1 Änderung des ABD Teil A

Das ABD Teil A wird wie folgt geändert:

1. § 15 a wird unter Beibehaltung der Paragraphenbezeichnung gestrichen.
2. § 27 wird wie folgt geändert:
 - a) In § 27 Abschn. A. 1. Angestellte, die unter die allgemeine Vergütungsordnung (ABD Teil A, 3.) oder unter eine andere Vergütungsregelung des ABD fallen wird der folgende Absatz 8 eingefügt:

„(8) Anstelle der Grundvergütung aus der Lebensaltersstufe, die der Angestellte auf Grund eines in der Zeit vom 01. Januar 2003 bis 31. Dezember 2004 vollendeten Lebensjahres mit ungerader Zahl erreicht, wird ab dem Monat, in dem der Angestellte ein Lebensjahr mit ungerader Zahl vollendet, für die Dauer von zwölf Monaten die Grundvergütung aus der bisherigen Lebensaltersstufe zuzüglich des halben Unterschiedsbetrages zur nächsthöheren Lebensaltersstufe gezahlt.

Der Angestellte, dessen Arbeitsverhältnis in der Zeit vom 01. Januar 2003 bis 31. Dezember 2004 beginnt und der in der Zeit zwischen der Einstellung und dem 31. Dezember 2004 kein Lebensjahr mit ungerader Zahl mehr vollendet, erhält ab der Einstellung für die Dauer von zwölf Monaten die Grundvergütung aus der nächstniedrigeren als der nach Absatz 2 zustehenden Lebensaltersstufe zuzüglich des halben Unterschiedsbetrages zur nächsthöheren Lebensaltersstufe.“
 - b) In § 27 Abschn. A. 2. Pädagogische Mitarbeiter im Kindertagesstättenbereich wird der folgende Absatz 6 eingefügt:

„(6) Anstelle der Grundvergütung aus der Stufe, die der Angestellte auf Grund eines in der Zeit vom 01. Januar 2003 bis 31. Dezember 2004 vollendeten Lebensjahres mit ungerader Zahl erreicht, wird ab dem Monat, in dem der Angestellte ein Lebensjahr mit ungerader Zahl vollendet, für die Dauer von zwölf Monaten die Grundvergütung aus der bisherigen Stufe zuzüglich des halben Unterschiedsbetrages zur nächsthöheren Stufe gezahlt.“

Der Angestellte, dessen Arbeitsverhältnis in der Zeit vom 01. Januar 2003 bis 31. Dezember 2004 beginnt und der in der Zeit zwischen der Einstellung und dem 31. Dezember 2004 kein Lebensjahr mit ungerader Zahl mehr vollendet, erhält ab der Einstellung für die Dauer von zwölf Monaten die Grundvergütung aus der nächstniedrigeren als der nach Absatz 3 zustehenden Stufe zuzüglich des halben Unterschiedsbetrages zur nächsthöheren Stufe.

Die Unterabsätze 1 und 2 gelten sinngemäß, wenn der Angestellte höher- oder herabgruppiert wird.“

3. In § 36 wird zu Abs. 1 Unterabs. 1 Satz 1 folgende Protokollnotiz eingefügt:
Protokollnotiz:
Der Termin für die Auszahlung der Bezüge kann vom 15. auf den letzten Tag des Monats verschoben werden. Die Umstellung des Zahltages vom 15. auf den letzten Tag jeden Monats kann nur im Monat Dezember eines Jahres beginnen; die Zuwendung sollte bereits im Umstellungsjahr am letzten Tag des Monats November gezahlt werden. Im Falle einer geplanten Umstellung sind die Mitarbeiter vom Dienstgeber spätestens im der Umstellung vorausgehenden September zu informieren.
4. § 47 wird wie folgt geändert:
 - a) In Absatz 7 Unterabs. 2 Satz 2 werden nach dem Wort „Gründen“ das Komma durch das Wort „oder“ ersetzt sowie die Worte „oder wegen der Schutzfristen nach dem Mutterschutzgesetz“ gestrichen.
 - b) In der Protokollnotiz Nr. 4 zu § 47 Abs. 2 wird Buchstabe a unter Beibehaltung der Buchstabenbezeichnung gestrichen.
5. § 64 Abs. 1 Satz 1 erhält die folgende Fassung:
„Das Übergangsgeld wird in Monatsbeträgen am Zahltag (§ 36 Abs. 1) gezahlt, erstmalig in dem auf das Ausscheiden folgenden Monat.“
6. Nr. 4 SR 2 b wird wie folgt geändert:
 - a) Die Überschrift erhält die folgende Fassung:
„Zu § 15 – Regelmäßige Arbeitszeit –“
 - b) Absatz 1 Unterabs. 2 Satz 3 wird gestrichen.
7. In Nr. 3 SR 2 I Teile A bis C werden in der Überschrift und in Absatz 1 Satz 1 jeweils die Worte „15 a,“ gestrichen.
8. Nr. 4 SR 2 y wird unter Beibehaltung der Nummernbezeichnung gestrichen.

§ 2 In-Kraft-Treten

Diese Änderungen treten rückwirkend zum 01. Januar 2003 in Kraft.

Übernahme der Regelung der Tarifabschlüsse des öffentlichen Dienstes vom 31. Januar 2003 (hier: 4. Änderungsstarifvertrag zum MTArb)

§ 1 Änderung des ABD Teil B, 1.

1. In der Inhaltsübersicht zu den Arbeitsvertragsrechtlichen Regelungen für Arbeiter wird § 15 a unter Beibehaltung der Paragraphenbezeichnung gestrichen.
2. § 15 a wird unter Beibehaltung der Paragraphenbezeichnung gestrichen.

3. Dem § 24 Abs. 1 werden die folgenden Unterabsätze 3 und 4 angefügt:
„Anstelle des Monatstabellenlohnes aus der Lohnstufe, die der Arbeiter auf Grund einer in der Zeit vom 01. Januar 2003 bis 31. Dezember 2004 vollendeten Beschäftigungszeit mit gerader Zahl erreicht, wird ab dem Monat, in dem der Arbeiter eine Beschäftigungszeit mit gerader Zahl vollendet, für die Dauer von zwölf Monaten der Monatstabellenlohn aus der bisherigen Lohnstufe zuzüglich des halben Unterschiedsbetrages zur nächsthöheren Lohnstufe gezahlt.

Der Arbeiter, dessen Arbeitsverhältnis in der Zeit vom 01. Januar 2003 bis 31. Dezember 2004 beginnt und bei dem Zeiten im Sinne des Unterabsatzes 2 mit der Folge angerechnet werden, dass er eine höhere als Lohnstufe 1 erhalten würde, erhält, wenn er in der Zeit zwischen der Einstellung und dem 31. Dezember 2004 keine Beschäftigungszeit mit gerader Zahl mehr vollendet, ab der Einstellung für die Dauer von zwölf Monaten den Monatstabellenlohn aus der nächstniedrigeren als der nach den Unterabsätzen 1 und 2 zustehenden Lohnstufe zuzüglich des halben Unterschiedsbetrages zur nächsthöheren Lohnstufe.“

4. In § 31 wird zu Abs. 2 Unterabsatz 1 Satz 1 folgende Protokollnotiz eingefügt:
Protokollnotiz:

Der Termin für die Auszahlung der Bezüge kann vom 15. auf den letzten Tag des Monats verschoben werden. Die Umstellung des Zahltages vom 15. auf den letzten Tag jeden Monats kann nur im Monat Dezember eines Jahres beginnen; die Zuwendung sollte bereits im Umstellungsjahr am letzten Tag des Monats November gezahlt werden. Im Falle einer geplanten Umstellung sind die Mitarbeiter vom Dienstgeber spätestens im der Umstellung vorausgehenden September zu informieren.

-
5. In der Anmerkung zu § 48 Abs. 3 Unterabs. 2 wird Buchstabe a gestrichen; die Buchstaben b und c werden Buchstaben a und b.

§ 2
In-Kraft-Treten

Diese Änderungen treten rückwirkend zum 01. Januar 2003 in Kraft.

**Übernahme der Regelung der Tarifabschlüsse des
öffentlichen Dienstes vom 31. Januar 2003**
(hier: 38. Änderungsstarifvertrag zum PKW-Fahrer-Tarifvertrag L)

§ 1
**Änderung der Regelung über die Arbeitsbedingungen
der Personenkraftwagenfahrer**

Die Regelung über die Arbeitsbedingungen der Personenkraftwagenfahrer wird wie folgt geändert:

Die bisherigen Anlagen 1 bis 3 der Regelung werden durch die Anlagen 1 bis 3 dieser Änderungsregelung ersetzt.

§ 2
Einmalzahlungen

§ 3 des Monatslohtarifvertrages Nr. 5 zum ABD Teil B, 1. vom 31. Januar 2003 gilt mit der Maßgabe entsprechend, dass als Bemessungsgrundlage für die Einmalzahlung im Monat März 2003 an die Stelle des Monatstabellenlohnes derjenige Betrag tritt, der sich bei Heranziehung der im Monat Dezember 2002 maßgebenden Pauschallohntabelle unter Abzug des dort in der Spalte „im Pauschallohn enthaltene Beträge im Sinne des § 8 Abs. 6 Versorgungsregelung“ ausgewiesenen Betrages von dem Pauschallohn ergibt.

§ 3
In-Kraft-Treten

Diese Änderungen treten rückwirkend zum 01. Januar 2003 in Kraft.

Pauschallöhne

Gültig vom 01. Januar 2003 bis 31. Dezember 2003

Pauschalgruppe	Lohnstufen	Lohngruppe 4	Lohngruppe 4 a
		Pauschallohn Euro	Pauschallohn Euro
<u>Pauschalgruppe I</u> bei einer Arbeitszeit bis zu 193 Std.	1. – 8. Jahr	2.084,30	2.126,43
	9. – 12. Jahr	2.144,70	2.188,17
	vom 13. Jahr an	2.207,02	2.251,91
<u>Pauschalgruppe II</u> bei einer Arbeitszeit von mehr als 193 bis 218 Std.	1. – 8. Jahr	2.296,55	2.338,66
	9. – 12. Jahr	2.356,92	2.400,40
	vom 13. Jahr an	2.419,25	2.464,15
<u>Pauschalgruppe III</u> bei einer Arbeitszeit von mehr als 218 bis 241 Std.	1. – 8. Jahr	2.533,72	2.575,85
	9. – 12. Jahr	2.594,12	2.637,61
	vom 13. Jahr an	2.656,46	2.701,35
<u>Pauschalgruppe IV</u> bei einer Arbeitszeit von mehr als 241 bis 265 Std.	1. – 8. Jahr	2.783,43	2.825,55
	9. – 12. Jahr	2.843,80	2.887,28
	vom 13. Jahr an	2.906,14	2.951,03
<u>Ständige persönliche Fahrer</u> Nach § 3 Abs. 3	1. – 8. Jahr	3.045,60	3.087,71
	9. – 12. Jahr	3.105,97	3.149,45
	vom 13. Jahr an	3.168,33	3.213,20

Pauschallöhne

Gültig vom 01. Januar 2004 bis 30. April 2004

Pauschalgruppe	Lohnstufen	Lohngruppe 4	Lohngruppe 4 a
		Pauschallohn Euro	Pauschallohn Euro
<u>Pauschalgruppe I</u> bei einer Arbeitszeit bis zu 193 Std.	1. – 8. Jahr	2.105,14	2.147,69
	9. – 12. Jahr	2.166,15	2.210,05
	vom 13. Jahr an	2.229,09	2.274,43
<u>Pauschalgruppe II</u> bei einer Arbeitszeit von mehr als 193 bis 218 Std.	1. – 8. Jahr	2.319,52	2.362,05
	9. – 12. Jahr	2.380,49	2.424,40
	vom 13. Jahr an	2.443,44	2.488,79
<u>Pauschalgruppe III</u> bei einer Arbeitszeit von mehr als 218 bis 241 Std.	1. – 8. Jahr	2.559,06	2.601,61
	9. – 12. Jahr	2.620,06	2.663,99
	vom 13. Jahr an	2.683,02	2.728,36
<u>Pauschalgruppe IV</u> bei einer Arbeitszeit von mehr als 241 bis 265 Std.	1. – 8. Jahr	2.811,26	2.853,81
	9. – 12. Jahr	2.872,24	2.916,15
	vom 13. Jahr an	2.935,20	2.980,54
<u>Ständige persönliche Fahrer</u> Nach § 3 Abs. 3	1. – 8. Jahr	3.076,06	3.118,59
	9. – 12. Jahr	3.137,03	3.180,94
	vom 13. Jahr an	3.200,01	3.245,33

Pauschallöhne

Gültig ab 1. Mai 2004

Pauschalgruppe	Lohnstufen	Lohngruppe 4	Lohngruppe 4 a
		Pauschallohn Euro	Pauschallohn Euro
<u>Pauschalgruppe I</u> bei einer Arbeitszeit bis zu 193 Std.	1. – 8. Jahr	2.126,19	2.169,17
	9. – 12. Jahr	2.187,81	2.232,15
	vom 13. Jahr an	2.251,38	2.297,17
<u>Pauschalgruppe II</u> bei einer Arbeitszeit von mehr als 193 bis 218 Std.	1. – 8. Jahr	2.342,72	2.385,67
	9. – 12. Jahr	2.404,29	2.448,64
	vom 13. Jahr an	2.467,87	2.513,68
<u>Pauschalgruppe III</u> bei einer Arbeitszeit von mehr als 218 bis 241 Std.	1. – 8. Jahr	2.584,65	2.627,63
	9. – 12. Jahr	2.646,26	2.690,63
	vom 13. Jahr an	2.709,85	2.755,64
<u>Pauschalgruppe IV</u> bei einer Arbeitszeit von mehr als 241 bis 265 Std.	1. – 8. Jahr	2.839,37	2.882,35
	9. – 12. Jahr	2.900,96	2.945,31
	vom 13. Jahr an	2.964,55	3.010,35
<u>Ständige persönliche Fahrer</u> Nach § 3 Abs. 3	1. – 8. Jahr	3.106,82	3.149,78
	9. – 12. Jahr	3.168,40	3.212,75
	vom 13. Jahr an	3.232,01	3.277,78

Übernahme der Regelung der Tarifabschlüsse des öffentlichen Dienstes vom 31. Januar 2003 (hier: 14. Änderungsstarifvertrag zum MantelTVAzubi)

§ 1 Änderung der Regelung für Auszubildende

1. § 1 wird wie folgt geändert:
 - a) In Absatz 2 werden dem Buchstaben b die Wörter „es sei denn, dass die Arbeiter der ausbildenden Verwaltung oder des ausbildenden Betriebes unter den in Absatz 1 Buchst. b genannten Geltungsbereich des ABD Teil B fallen,“ angefügt.
 - b) Die Anmerkungen zu Absatz 2 werden wie folgt geändert:
 - aa) In der Überschrift wird das Wort „Anmerkungen“ durch das Wort „Anmerkung“ ersetzt.
 - bb) Die Nummernbezeichnung „1.“ sowie die Anmerkung Nr. 2 werden gestrichen.
2. § 6 a wird gestrichen.
3. § 8 wird wie folgt geändert:

Zu Abs. 2 Satz 1 wird folgende Protokollnotiz eingefügt:

Protokollnotiz:

Der Termin für die Auszahlung der Bezüge kann vom 15. auf den letzten Tag des Monats verschoben werden. Die Umstellung des Zahltages vom 15. auf den letzten Tag jeden Monats kann nur im Monat Dezember eines Jahres beginnen; die Zuwendung sollte bereits im Umstellungsjahr am letzten Tag des Monats November gezahlt werden. Im Falle einer geplanten Umstellung sind die Mitarbeiter vom Dienstgeber spätestens im der Umstellung vorausgehenden September zu informieren.
4. Die Übergangsvorschrift zu § 11 Abs. 1 Unterabs. 2 wird gestrichen.

§ 2 In-Kraft-Treten

Diese Regelung tritt rückwirkend zum 01. Januar 2003 in Kraft.

Übernahme der Regelung der Tarifabschlüsse des öffentlichen Dienstes vom 31. Januar 2003 (hier: 22. Ausbildungsvergütungstarifvertrag)

In den bayer. (Erz-)Diözesen gilt folgende

Regelung über eine Vergütung für Auszubildende

§ 1 Einmalzahlungen

- (1) Die Auszubildenden erhalten im Monat März 2003 eine Einmalzahlung in entsprechender Anwendung des § 3 der Vergütungsregelung Nr. 35 zum ABD Teil A, 1. vom 31. Januar 2003.
- (2) Die Auszubildenden erhalten im Monat November 2004 eine Einmalzahlung in entsprechender Anwendung des § 3 der Vergütungsregelung Nr. 35 zum ABD Teil A, 1. vom 31. Januar 2003 mit der Maßgabe, dass an die Stelle des Betrages von 50 € der Betrag von 30 € tritt.

§ 2 Ausbildungsvergütung

- (1) Die monatliche Ausbildungsvergütung beträgt
- a) vom 01. Januar bis 31. Dezember 2003
 - im ersten Ausbildungsjahr 605,18 Euro,
 - im zweiten Ausbildungsjahr 653,02 Euro,
 - im dritten Ausbildungsjahr 696,92 Euro,
 - im vierten Ausbildungsjahr 757,83 Euro,
 - b) vom 01. Januar bis 30. April 2004
 - im ersten Ausbildungsjahr 611,23 Euro,
 - im zweiten Ausbildungsjahr 659,55 Euro,
 - im dritten Ausbildungsjahr 703,89 Euro,
 - im vierten Ausbildungsjahr 765,41 Euro,
 - c) vom 01. Mai 2004 an
 - im ersten Ausbildungsjahr 617,34 Euro,
 - im zweiten Ausbildungsjahr 666,15 Euro,
 - im dritten Ausbildungsjahr 710,93 Euro,
 - im vierten Ausbildungsjahr 773,06 Euro.

-
- (2) Für die Feststellung des nach Absatz 1 und nach § 3 maßgebenden Ausbildungsjahres gelten bei einer Stufenausbildung (§ 26 des Berufsbildungsgesetzes, § 26 der Handwerksordnung) die einzelnen Stufen als Bestandteile eines einheitlichen Berufsausbildungsverhältnisses, und zwar auch dann, wenn sich die Ausbildung der weiteren Stufe nicht unmittelbar an die der vorhergehenden angeschlossen hat. Hat das Berufsausbildungsverhältnis im Laufe eines Kalendermonats begonnen, erhält der Auszubildende die nach Absatz 1 zustehende höhere Ausbildungsvergütung jeweils vom Beginn des Kalendermonats an, in dem das vorhergehende Ausbildungsjahr geendet hat. Satz 1 dieses Unterabsatzes gilt in den Fällen des § 3 entsprechend.

§ 3 Zulagen, Zuschläge

Dem arbeiterrentenversicherungspflichtigen Auszubildenden (§ 1 Abs. 1 Buchst. b der Regelung für Auszubildende), der im Rahmen seiner Ausbildung in erheblichem Umfang mit Arbeiten gemäß § 29 ABD Teil B, 1. beschäftigt wird, kann im zweiten bis vierten Ausbildungsjahr ein monatlicher Pauschalzuschlag von 10,23 Euro gezahlt werden.

§ 4 Unterkunft und Verpflegung

- (1) Gewährt der Ausbildende Unterkunft und Verpflegung, wird die Ausbildungsvergütung monatlich
- | | |
|---|-----------------|
| a) vom 01. Januar bis 31. Dezember 2003 | um 134,86 Euro, |
| b) vom 01. Januar bis 30. April 2004 | um 136,21 Euro, |
| c) vom 01. Mai 2004 an | um 137,57 Euro |
- gekürzt.
- (2) Gewährt der Ausbildende nur Unterkunft, wird die Ausbildungsvergütung monatlich
- | | |
|---|----------------|
| a) vom 01. Januar bis 31. Dezember 2003 | um 34,62 Euro, |
| b) vom 01. Januar bis 30. April 2004 | um 34,97 Euro, |
| c) vom 01. Mai 2004 an | um 35,32 Euro, |
- gewährt er nur Verpflegung, wird die Ausbildungsvergütung monatlich
- | | |
|---|-----------------|
| a) vom 01. Januar bis 31. Dezember 2003 | um 100,24 Euro, |
| b) vom 01. Januar bis 30. April 2004 | um 101,24 Euro, |
| c) vom 01. Mai 2004 an | um 102,25 Euro |
- gekürzt.

§ 5 Ausnahmen vom Geltungsbereich

Diese Regelung wird nicht angewendet auf Auszubildende, die spätestens mit Ablauf des 09. Januar 2003 aus ihrem Verschulden oder auf eigenen Wunsch aus dem Ausbildungsverhältnis ausgeschieden sind. Dies gilt auf Antrag nicht für Auszubildende, die in unmittelbarem Anschluss an das auf eigenen Wunsch beendete Ausbildungsverhältnis wieder in den kirchlichen oder öffentlichen Dienst eingetreten sind.

Kirchlicher oder öffentlicher Dienst im Sinne des Unterabsatzes 1 Satz 2 ist eine Beschäftigung

- a) beim Bund, bei einem Land, bei einer Gemeinde oder bei einem Gemeindeverband oder bei einem sonstigen Mitglied eines Arbeitgeberverbandes, der der Vereinigung der kommunalen Arbeitgeberverbände oder der Tarifgemeinschaft deutscher Länder angehört,
- b) bei einer Körperschaft, Anstalt oder Stiftung des öffentlichen Rechts, die das ABD oder ein Arbeitsvertragswerk wesentlich gleichen Inhalts anwendet.

§ 6 In-Kraft-Treten

Diese Regelung tritt rückwirkend zum 01. Januar 2003 in Kraft.

Übernahme der Regelung der Tarifabschlüsse des öffentlichen Dienstes vom 31. Januar 2003 (hier: Zuwendungstarifvertrag für Auszubildende)

In den bayer. (Erz-)Diözesen wird die Regelung über eine Zuwendung für Auszubildende wie folgt geändert:

§ 1

Die Anmerkung Nr. 1 zu § 2 der Regelung über eine Zuwendung für Auszubildende wird wie folgt geändert:

- a) In Unterabsatz 1 werden die Worte „und am 13. Juni 2000“ durch die Worte „am 13. Juni 2000 und am 09. Januar 2003“ und die Worte „vom 01. April 2000 bis 31. August 2001 89 v. H. und vom 01. September 2001 an 86,91 v. H.“ durch die Worte „vom 01. Januar bis 31. Dezember 2003 84,87 v. H., vom 01. Januar bis 30. April 2004 84,03 v. H. und vom 01. Mai 2004 an 83,20 v. H.“ ersetzt.
- b) In Unterabsatz 2 wird das Datum „01. November 2002“ durch das Datum „01. Februar 2005“ ersetzt.

§ 2 In-Kraft-Treten

Diese Änderungen treten rückwirkend zum 01. Januar 2003 in Kraft.

Übernahme der Regelung der Tarifabschlüsse des öffentlichen Dienstes vom 31. Januar 2003 (hier: 12. Tarifvertrag zum TV Prakt)

In den bayer. (Erz-)Diözesen gilt folgende Regelung

§ 1 Einmalzahlungen

(1) Die Praktikantinnen/Praktikanten erhalten im Monat März 2003 eine Einmalzahlung in entsprechender Anwendung des § 3 der Vergütungsregelung Nr. 35 zum ABD Teil A, 1. vom 31. Januar 2003 mit der Maßgabe, dass die Einmalzahlung höchstens 65 € beträgt.

(2) Die Praktikantinnen/Praktikanten erhalten im Monat November 2004 eine Einmalzahlung in entsprechender Anwendung des § 3 der Vergütungsregelung Nr. 35 zum ABD Teil A, 1. vom 31. Januar 2003 mit der Maßgabe, dass an die Stelle des Betrages von 50 € der Betrag von 30 € tritt.

§ 2 Änderung der Regelung der Arbeitsbedingungen der Praktikanten

Die Regelung der Arbeitsbedingungen der Praktikantinnen/Praktikanten wird wie folgt geändert:

1. § 2 Abs. 1 erhält folgende Fassung:

„(1) Das Entgelt und der Verheiratetenzuschlag betragen monatlich

a) vom 01. Januar bis 31. Dezember 2003:

Für die Praktikantin/ den Praktikanten für den Beruf	Entgelt Euro	Verheiratetenzuschlag Euro
des Sozialarbeiters, Sozialpädagogen, Heilpädagogen	1365,71	66,28
der Erzieherin	1160,76	63,14
der Kinderpflegerin,	1108,96	63,14

b) vom 01. Januar bis 30. April 2004:

Für die Praktikantin/ den Praktikanten für den Beruf	Entgelt Euro	Verheiratetenzuschlag Euro
des Sozialarbeiters, Sozialpädagogen, Heilpädagogen	1379,37	66,94
der Erzieherin	1172,37	63,78
der Kinderpflegerin,	1120,05	63,78

c) vom 01. Mai 2004 an:

Für die Praktikantin/ den Praktikanten für den Beruf	Entgelt Euro	Verheiratetenzuschlag Euro
des Sozialarbeiters, Sozialpädagogen, Heilpädagogen	1393,16	67,60
der Erzieherin	1184,09	64,42
der Kinderpflegerin,	1131,25	64,42“

2. § 4 wird unter Beibehaltung der Paragraphenbezeichnung gestrichen.

3. In § 8 Abs. 3 Unterabs. 2 Satz 2 werden die Worte „§ 4,“ gestrichen.

§ 3

Ausnahmen vom Geltungsbereich

Dieser Tarifvertrag wird nicht angewendet auf Praktikantinnen/Praktikanten, die spätestens mit Ablauf des 09. Januar 2003 aus ihrem Verschulden oder auf eigenen Wunsch aus dem Praktikantenverhältnis ausgeschieden sind. Dies gilt auf Antrag nicht für Praktikantinnen/Praktikanten, die in unmittelbarem Anschluss an das auf eigenen Wunsch beendete Praktikantenverhältnis wieder in den kirchlichen oder öffentlichen Dienst eingetreten sind.

Kirchlicher oder öffentlicher Dienst im Sinne des Unterabsatzes 1 Satz 2 ist eine Beschäftigung

-
- a) beim Bund, bei einem Land, bei einer Gemeinde oder bei einem Gemeindeverband oder bei einem sonstigen Mitglied eines Arbeitgeberverbandes, der der Vereinigung der kommunalen Arbeitgeberverbände oder der Tarifgemeinschaft deutscher Länder angehört,
 - b) bei einer Körperschaft, Anstalt oder Stiftung des öffentlichen Rechts, die das ABD oder ein Arbeitsvertragswerk wesentlich gleichen Inhalts anwendet.

§ 5 In-Kraft-Treten

Diese Regelung tritt rückwirkend zum 01. Januar 2003 in Kraft.

Übernahme der Regelung der Tarifabschlüsse des öffentlichen Dienstes vom 31. Januar 2003 (hier: Zuwendungstarifvertrag für Praktikanten)

In den bayer. (Erz-)Diözesen wird die Regelung über eine Zuwendung für Praktikanten wie folgt geändert:

§ 1

Die Anmerkung Nr. 1 zu § 2 der Regelung über eine Zuwendung für Praktikanten wird wie folgt geändert:

- a) In Unterabsatz 1 werden die Worte „und am 13. Juni 2000“ durch die Worte „am 13. Juni 2000 und am 09. Januar 2003“ und die Worte „vom 01. April 2000 bis 31. August 2001 87,86 v. H. und vom 01. September 2001 an 85,80 v. H.“ durch die Worte „vom 01. Januar bis 31. Dezember 2003 83,79 v. H., vom 01. Januar bis 30. April 2004 82,96 v. H. und vom 01. Mai 2004 an 82,14 v. H.“ ersetzt.

- b) In Unterabsatz 2 wird das Datum „01. November 2002“ durch das Datum „01. Februar 2005“ ersetzt.

§ 2 In-Kraft-Treten

Diese Änderungen treten rückwirkend zum 01. Januar 2003 in Kraft.

II. Änderungen in Umsetzung des § 26 ABD Teil A, 1./§ 22 ABD Teil B, 1.

In Umsetzung des § 26 Abs. 3 ABD Teil A, 1. und der dazugehörigen Protokollnotiz gilt in den bayer. (Erz-)Diözesen folgende

Vergütungsregelung Nr. 35 zum ABD Teil A, 1.

§ 1

Geltungsbereich

Diese Regelung gilt für die Angestellten im kirchlichen Dienst, die unter den Geltungsbereich des ABD Teil A fallen.

§ 2

Fortgeltung der Vergütungsregelung Nr. 34

Die Vergütungsregelung Nr. 34 gilt für die Angestellten der Vergütungsgruppen

- a) X bis IV a für die Monate November und Dezember 2002,
- b) III bis I für die Monate November 2002 bis März 2003.

§ 3

Einmalzahlungen

- (1) Die Angestellten, die im Monat Februar 2003 Anspruch auf Bezüge aus einem Arbeitsverhältnis haben, das am 02. Januar 2003 bereits bestanden hat, erhalten im Monat März 2003 eine Einmalzahlung. Die Einmalzahlung beträgt 7,5 % der Vergütung (§ 26 ABD Teil A, 1.) einschließlich der allgemeinen Zulage, höchstens jedoch 185 €. Bei der Bemessung der Einmalzahlung ist die Vergütung des Monats Dezember 2002 zu Grunde zu legen. Hat der Angestellte im Monat Dezember 2002 keinen Anspruch oder nur für Teile des Monats Anspruch auf Vergütung gehabt, ist die Vergütung zu Grunde zu legen, die er erhalten hätte, wenn er für den gesamten Monat Dezember 2002 Anspruch auf Vergütung gehabt hätte.
- (2) Die Angestellten, die im Monat November 2004 Anspruch auf Bezüge aus einem Arbeitsverhältnis haben, das im gesamten Monat November 2004 zu demselben Arbeitgeber besteht, erhalten im Monat November 2004 eine Einmalzahlung in Höhe von 50 €.
- (3) Für den Höchstsatz der Einmalzahlung nach Absatz 1 und für die Einmalzahlung nach Absatz 2 gilt § 34 Abs. 1 Unterabs. 1 Satz 1 ABD Teil A, 1. entsprechend. Für die Einmalzahlung nach Absatz 2 sind die Verhältnisse am 1. November 2004 maßgebend.
- (4) Die Einmalzahlung ist bei der Bemessung sonstiger Leistungen nicht zu berücksichtigen.

§ 4 Grundvergütungen, Gesamtvergütungen

- (1) Die Grundvergütungen für die Angestellten der Vergütungsgruppen X bis I sind festgelegt für die Zeit
 - a) vom 01. Januar bis 31. Dezember 2003 für die Angestellten der Vergütungsgruppen X bis IV a bzw. vom 01. April bis 31. Dezember 2003 für die Angestellten der Vergütungsgruppen III bis I in der Anlage 1 a,
 - b) vom 01. Januar bis 30. April 2004 in der Anlage 1 b,
 - c) ab 01. Mai 2004 in der Anlage 1 c.
- (2) Die Gesamtvergütungen für die Angestellten der Vergütungsgruppen X bis VI a/b, die das 18. Lebensjahr noch nicht vollendet haben, ergeben sich für die Zeit
 - a) vom 01. Januar bis 31. Dezember 2003 aus der Anlage 2 a,
 - b) vom 01. Januar bis 30. April 2004 aus der Anlage 2 b,
 - c) ab 01. Mai 2004 aus der Anlage 2 c.
- (3) Die Grundvergütungen für die Angestellten der Vergütungsgruppen X bis I nach Vollendung des 21. bzw. des 23. Lebensjahres in Kindertagesstätten und für Angestellte im Sinne des Übernahmebeschlusses vom 01. Juni 1998, Nr. 1 b) sind festgelegt für die Zeit
 - a) vom 01. Januar bis 31. Dezember 2003 für die Angestellten der Vergütungsgruppen X bis IV a bzw. vom 01. April bis 31. Dezember 2003 für die Angestellten der Vergütungsgruppen III bis I in der Anlage 3 a,
 - b) vom 01. Januar bis 30. April 2004 in der Anlage 3 b,
 - c) ab 01. Mai 2004 in der Anlage 3 c.
- (4) Die Gesamtvergütungen für die Angestellten der Vergütungsgruppen X bis VI b in Kindertagesstätten, die das 18. Lebensjahr noch nicht vollendet haben, ergeben sich für die Zeit
 - a) vom 01. Januar bis 31. Dezember 2003 aus der Anlage 4 a,
 - b) vom 01. Januar bis 30. April 2004 aus der Anlage 4 b,
 - c) ab 01. Mai 2004 aus der Anlage 4 c.

§ 5 Ortszuschlag

- (1) Die Beträge des Ortszuschlages sind festgelegt für die Zeit
 - a) vom 01. Januar bis 31. Dezember 2003 für die Angestellten der Vergütungsgruppen X bis IV a bzw. vom 01. April bis 31. Dezember 2003 für die Angestellten der Vergütungsgruppen III bis I in der Anlage 5 a,

- b) vom 01. Januar bis 30. April 2004 in der Anlage 5 b,
 c) ab 01. Mai 2004 in der Anlage 5 c.

(2) Der Ortszuschlag erhöht sich für Angestellte

mit Vergütung nach den Vergütungsgruppen	für das erste zu berücksichtigende Kind um	für jedes weitere zu berücksichtigende Kind um
X, IX b	5,11 €	25,56 €,
IX a	5,11 €	20,45 €,
VIII	5,11 €	15,34 €.

Dies gilt nicht für Kinder, für die das Kindergeld aufgrund über- oder zwischenstaatlicher Rechtsvorschriften abweichend von § 66 EStG bzw. § 6 BGG bemessen wird; für die Anwendung des Unterabsatzes 1 sind diese Kinder bei der Feststellung der Zahl der zu berücksichtigenden Kinder nicht mitzuzählen.

Erhält der Angestellte Vergütung aus einer höheren Vergütungsgruppe und wird dadurch der Erhöhungsbetrag geringer oder fällt er weg, wird der Unterschiedsbetrag zwischen der jeweiligen Summe aus der Grundvergütung, dem Ortszuschlag, der allgemeinen Zulage, gegebenenfalls dem Erhöhungsbetrag und einer Vergütungsgruppenzulage sowie den entsprechenden Bezügen, die am Tage vorher zugestanden haben, als Teil des Ortszuschlages zusätzlich gezahlt.

§ 6

Stundenvergütungen

Die Stundenvergütungen (§ 35 Abs. 3 Unterabs. 1 ABD Teil A, 1.) betragen:

- a) Vom 01. Januar bis 31. Dezember 2003 für die Angestellten der Vergütungsgruppen X bis IV a bzw. vom 01. April bis 31. Dezember 2003 für die Angestellten der Vergütungsgruppen III bis I

In Vergütungsgruppe	€	In Vergütungsgruppe	€
X	9,42	IV b	15,21
IX b	9,92	IV a	16,51
IX a	10,11	III	17,95
VIII	10,50	II b	18,87
VII	11,18	II a	19,88
VI a/b	11,91	I b	21,71
V c	12,83	I a	23,59
V a/b	14,05	I	25,74

b) vom 01. Januar bis 30. April 2004

In Vergütungs- gruppe	€	In Vergütungs- gruppe	€
X	9,51	IV b	15,36
IX b	10,02	IV a	16,68
IX a	10,21	III	18,13
VIII	10,60	II b	19,06
VII	11,29	II a	20,08
VI a/b	12,03	I b	21,92
V c	12,96	I a	23,83
V a/b	14,19	I	26,00

c) ab 01. Mai 2004

In Vergütungs- gruppe	€	In Vergütungs- gruppe	€
X	9,61	IV b	15,51
IX b	10,12	IV a	16,85
IX a	10,31	III	18,31
VIII	10,71	II b	19,25
VII	11,40	II a	20,28
VI a/b	12,15	I b	22,14
V c	13,09	I a	24,07
V a/b	14,33	I	26,26

§ 7 Ausnahmen vom Geltungsbereich

Diese Regelung wird nicht angewendet auf Angestellte, die spätestens mit Ablauf des 09. Januar 2003 aus ihrem Verschulden oder auf eigenen Wunsch aus dem Arbeitsverhältnis ausgeschieden sind. Dies gilt auf Antrag nicht für Angestellte, die in unmittelbarem Anschluss an das auf eigenen Wunsch beendete Arbeitsverhältnis wieder in den kirchlichen oder öffentlichen Dienst eingetreten sind.

Kirchlicher oder öffentlicher Dienst im Sinne des Unterabsatzes 1 Satz 2 ist eine Beschäftigung

- a) beim Bund, bei einem Land, bei einer Gemeinde oder bei einem Gemeindeverband oder bei einem sonstigen Mitglied eines Arbeitgeberverbandes, der der Vereinigung der kommunalen Arbeitgeberverbände (VKA) oder der Tarifgemeinschaft deutscher Länder angehört,
- b) bei einer Körperschaft, Anstalt oder Stiftung des öffentlichen Rechts, die das ABD oder ein Arbeitsvertragswerk wesentlich gleichen Inhalts anwendet.

§ 8 In-Kraft-Treten

Diese Regelung tritt mit Wirkung vom 01. November 2002 in Kraft. Abweichend hiervon treten die §§ 3 bis 6 mit Wirkung vom 01. Januar 2003 in Kraft.

Anlage 1 a zur Vergütungsregelung Nr. 35

Tabelle der Grundvergütungen

für die Angestellten der Vergütungsgruppen I bis X nach Vollendung des 21. bzw. 23. Lebensjahres

Gültig ab 01.01. bzw. 01.04.2003*

Verg.Gr.	Grundvergütung der Lebensaltersstufe nach vollendtem Lebensjahr																		
	21.	23.	25.	27.	29.	31.	33.	35.	37.	39.	41.	43.	45.	47.	49.				
I	2.952,34	3.112,38	3.432,52	3.272,46	3.432,52	3.592,59	3.752,68	3.912,71	4.072,80	4.232,86	4.392,93	4.553,01	4.713,06	4.873,11					
Ia	2.721,27	2.845,67	3.094,39	2.970,01	3.094,39	3.218,78	3.343,18	3.467,59	3.591,94	3.716,32	3.840,71	3.965,12	4.089,47	4.208,74					
Ib	2.419,23	2.538,81	2.658,39	2.777,96	2.897,53	3.017,11	3.136,70	3.256,26	3.375,85	3.495,41	3.614,99	3.734,56	3.853,85						
Ila	2.144,39	2.254,22	2.364,09	2.473,89	2.583,72	2.693,57	2.803,38	2.913,24	3.023,05	3.132,93	3.242,75	3.352,52							
Ilb	1.999,45	2.099,55	2.199,66	2.299,79	2.399,93	2.500,04	2.600,17	2.700,30	2.800,41	2.900,55	3.000,66	3.044,40							
III	1.905,81	1.999,45	2.093,06	2.186,68	2.280,33	2.373,95	2.467,58	2.561,20	2.654,82	2.748,47	2.842,11	2.935,75	3.024,80						
IVa	1.727,58	1.813,27	1.898,94	1.984,59	2.070,28	2.155,94	2.241,62	2.327,29	2.412,97	2.498,64	2.584,32	2.670,01	2.754,49						
IVb	1.579,60	1.647,59	1.715,53	1.783,50	1.851,42	1.919,40	1.987,35	2.055,32	2.123,28	2.191,23	2.259,21	2.327,16	2.396,19						
Va	1.396,74	1.450,58	1.504,40	1.562,57	1.622,29	1.682,05	1.741,81	1.801,55	1.861,31	1.921,06	1.980,83	2.040,58	2.096,09						
Vb	1.396,74	1.450,58	1.504,40	1.562,57	1.622,29	1.682,05	1.741,81	1.801,55	1.861,31	1.921,06	1.980,83	2.040,58	2.044,71						
Vc	1.320,30	1.368,83	1.417,41	1.466,36	1.519,33	1.572,43	1.628,96	1.685,54	1.742,07	1.798,62	1.854,43								
Vla	1.250,30	1.287,81	1.325,29	1.362,80	1.400,27	1.438,88	1.478,26	1.517,63	1.557,70	1.601,40	1.645,09	1.688,80	1.732,49	1.776,20	1.813,67				
Vlb	1.250,30	1.287,81	1.325,29	1.362,80	1.400,27	1.438,88	1.478,26	1.517,63	1.557,70	1.601,40	1.645,09	1.688,80	1.732,49	1.776,20	1.813,67				
Vll	1.158,32	1.188,76	1.219,23	1.249,67	1.280,13	1.310,58	1.341,02	1.371,50	1.401,94	1.433,22	1.465,22	1.498,29							
Vlll	1.071,55	1.099,39	1.127,26	1.155,10	1.182,96	1.210,80	1.238,68	1.266,52	1.294,38	1.315,07									
IXa	1.036,48	1.064,19	1.091,88	1.119,58	1.147,26	1.174,95	1.202,63	1.230,33	1.257,93										
IXb	997,64	1.022,92	1.048,18	1.073,44	1.098,71	1.123,99	1.149,27	1.174,53	1.196,89										
X	926,37	951,63	976,93	1.002,18	1.027,46	1.052,72	1.078,00	1.103,28	1.128,52										

* Angestellte der Vergütungsgruppen III bis I erhalten die Erhöhung ab 01. April 2003

Anlage 1 b zur Vergütungsregelung Nr. 35

Gültig ab 01.01.2004

Verg.Gr.	Grundvergütung der Lebensaltersstufe nach vollendetem Lebensjahr														
	21.	23.	25.	27.	29.	31.	33.	35.	37.	39.	41.	43.	45.	47.	49.
I	2.981,86	3.143,50	3.305,18	3.466,85	3.628,52	3.790,21	3.951,84	4.113,53	4.275,19	4.436,86	4.598,54	4.760,19	4.921,84		
Ia	2.748,48	2.874,13	2.999,71	3.125,33	3.250,97	3.376,61	3.502,27	3.627,86	3.753,48	3.879,12	4.004,77	4.130,36	4.255,93		
Ib	2.443,42	2.564,20	2.684,97	2.805,74	2.926,51	3.047,28	3.168,07	3.288,82	3.409,61	3.530,36	3.651,14	3.771,91	3.892,39		
Ila	2.165,83	2.276,76	2.387,73	2.498,63	2.609,56	2.720,51	2.831,41	2.942,37	3.053,28	3.164,26	3.275,18	3.386,05			
Ilb	2.019,44	2.120,55	2.221,66	2.322,79	2.423,93	2.525,04	2.626,17	2.727,30	2.828,41	2.929,56	3.030,67	3.074,84			
III	1.924,87	2.019,44	2.113,99	2.208,55	2.303,13	2.397,69	2.492,26	2.586,81	2.681,37	2.775,95	2.870,53	2.965,11	3.055,05		
IvA	1.744,86	1.831,40	1.917,93	2.004,44	2.090,98	2.177,50	2.264,04	2.350,56	2.437,10	2.523,63	2.610,16	2.696,71	2.782,03		
IvB	1.595,40	1.664,07	1.732,69	1.801,34	1.869,93	1.938,59	2.007,22	2.075,87	2.144,51	2.213,14	2.281,80	2.350,43	2.359,55		
Va	1.410,71	1.465,09	1.519,44	1.578,20	1.638,51	1.698,87	1.759,23	1.819,57	1.879,92	1.940,27	2.000,64	2.060,99	2.117,05		
Vb	1.410,71	1.465,09	1.519,44	1.578,20	1.638,51	1.698,87	1.759,23	1.819,57	1.879,92	1.940,27	2.000,64	2.060,99	2.065,16		
Vc	1.333,50	1.382,52	1.431,58	1.483,04	1.534,52	1.588,15	1.645,25	1.702,40	1.759,49	1.816,61	1.872,97				
Vd	1.262,80	1.300,69	1.338,54	1.376,43	1.414,27	1.453,27	1.493,04	1.532,81	1.573,28	1.617,41	1.661,54	1.705,69	1.749,81	1.793,96	1.831,81
Vlb	1.262,80	1.300,69	1.338,54	1.376,43	1.414,27	1.453,27	1.493,04	1.532,81	1.573,28	1.617,41	1.661,54	1.696,07			
VII	1.169,90	1.200,65	1.231,42	1.262,17	1.292,93	1.323,69	1.354,43	1.385,22	1.415,96	1.447,55	1.479,87	1.503,17			
VIII	1.082,27	1.110,38	1.138,53	1.166,65	1.194,79	1.222,91	1.251,07	1.279,19	1.307,32	1.328,22					
IXa	1.045,84	1.074,83	1.102,80	1.130,78	1.158,73	1.186,70	1.214,66	1.242,63	1.270,51						
IXb	1.007,62	1.033,15	1.058,66	1.084,17	1.109,70	1.135,23	1.160,76	1.186,28	1.207,85						
X	995,63	991,15	986,70	1.012,20	1.037,73	1.063,25	1.088,78	1.114,31	1.139,81						

Anlage 1 c zur Vergütungsregelung Nr. 35

Gültig ab 01.05.2004

Verg.Gr.		Grundvergütung der Lebensaltersstufe nach vollendeten Lebensjahr															
		21.	23.	25.	27.	29.	31.	33.	35.	37.	39.	41.	43.	45.	47.	49.	
Lebensjahr																	
(monatlich in Euro)																	
I	3.011,68	3.174,94	3.338,23	3.501,52	3.664,81	3.828,11	3.991,36	4.154,67	4.317,94	4.481,23	4.644,53	4.807,79	4.971,06				
Ia	2.775,96	2.902,87	3.029,71	3.156,58	3.283,48	3.410,38	3.537,29	3.664,14	3.791,01	3.917,91	4.044,82	4.171,66	4.298,34				
Ib	2.467,85	2.589,84	2.711,82	2.833,80	2.955,78	3.077,75	3.199,75	3.321,71	3.443,71	3.565,66	3.687,65	3.809,63	3.931,31				
Ila	2.187,49	2.299,53	2.411,61	2.523,62	2.635,66	2.747,72	2.859,72	2.971,79	3.083,81	3.195,90	3.307,93	3.419,91					
Ilb	2.039,63	2.141,76	2.243,88	2.346,02	2.448,17	2.550,29	2.652,43	2.754,57	2.856,69	2.958,86	3.060,98	3.163,09	3.265,19				
III	1.944,12	2.039,63	2.135,13	2.230,64	2.326,16	2.421,67	2.517,18	2.612,68	2.708,18	2.803,71	2.899,24	2.994,76	3.085,60				
IVa	1.762,31	1.849,71	1.937,11	2.024,48	2.111,89	2.199,28	2.286,68	2.374,07	2.461,47	2.548,87	2.636,26	2.723,68	2.809,85				
IVb	1.611,35	1.680,71	1.750,02	1.819,35	1.888,63	1.957,98	2.027,29	2.096,63	2.165,96	2.235,27	2.304,62	2.373,93	2.443,15				
Va	1.424,82	1.479,74	1.534,63	1.589,98	1.654,90	1.715,86	1.776,82	1.837,77	1.898,72	1.959,67	2.020,65	2.081,60	2.138,22				
Vb	1.424,82	1.479,74	1.534,63	1.589,98	1.654,90	1.715,86	1.776,82	1.837,77	1.898,72	1.959,67	2.020,65	2.081,60	2.138,22				
Vc	1.346,84	1.396,35	1.445,90	1.497,87	1.549,87	1.604,03	1.661,70	1.719,42	1.777,08	1.834,78	1.891,70	1.948,60	2.005,81				
Vla	1.275,43	1.313,70	1.351,93	1.390,19	1.428,41	1.467,80	1.507,97	1.548,14	1.589,01	1.633,58	1.678,16	1.722,75	1.767,31	1.811,90	1.850,13		
Vlb	1.275,43	1.313,70	1.351,93	1.390,19	1.428,41	1.467,80	1.507,97	1.548,14	1.589,01	1.633,58	1.678,16	1.713,03	1.757,90				
VII	1.181,60	1.212,66	1.243,73	1.274,79	1.305,86	1.336,93	1.367,97	1.399,07	1.430,12	1.462,03	1.494,67	1.527,90	1.561,13				
VIII	1.093,09	1.121,48	1.149,92	1.178,32	1.206,74	1.235,14	1.263,58	1.291,98	1.320,39	1.341,50	1.362,61	1.383,72	1.404,83				
IXa	1.057,31	1.065,58	1.113,83	1.142,09	1.170,32	1.198,57	1.226,81	1.255,06	1.283,22	1.311,37	1.339,52	1.367,67	1.395,82				
IXb	1.017,70	1.043,48	1.069,25	1.095,01	1.120,80	1.146,58	1.172,37	1.198,14	1.219,93	1.241,72	1.263,51	1.285,30	1.307,09				
X	944,99	970,76	996,57	1.022,32	1.048,11	1.073,88	1.099,67	1.125,45	1.151,21	1.176,97	1.202,74	1.228,51	1.254,28				

Anlagen 2 a bis 2 c zur Vergütungsregelung Nr. 35

Tabelle der Gesamtvergütungen
für die Angestellten der Vergütungsgruppen IV a/b bis X unter 18 Jahren

Gültig ab 01.01.2003

Gesamtvergütungen in den Vergütungsgruppen

VI a/b	VII	VIII	IX a	IX b	X
1.457,05	1.378,87	1.305,12	1.275,31	1.242,29	1.181,71

Gültig ab 01.01.2004

Gesamtvergütungen in den Vergütungsgruppen

VI a/b	VII	VIII	IX a	IX b	X
1.471,62	1.392,66	1.318,17	1.288,06	1.254,72	1.193,53

Gültig ab 01.05.2004

Gesamtvergütungen in den Vergütungsgruppen

VI a/b	VII	VIII	IX a	IX b	X
1.486,34	1.406,59	1.331,36	1.300,94	1.267,27	1.205,47

Anlage 3 a zur Vergütungsregelung Nr. 35

Tabelle der Grundvergütungen

für die Angestellten der Vergütungsgruppen I bis X nach Vollendung des 21. bzw. 23. Lebensjahres
in Kindertagesstätten und für Angestellte i. S. d. Übernahmebeschlusses vom 01.06.1998, Nr. 1 b

Gültig ab 01.01. bzw. 01.04.2003*

Verg.-Gr.	Grundvergütungssätze in Stufe											
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
I	2.872,27	3.180,34	3.488,39	3.650,00	3.811,60	3.973,15	4.134,75	4.296,35	4.457,91	4.619,51	4.781,10	4.929,05
Ia	2.611,02	2.876,82	3.142,59	3.290,58	3.438,58	3.586,56	3.734,59	3.882,55	4.030,58	4.178,54	4.326,53	4.392,97
Ib	2.373,94	2.601,96	2.830,01	2.974,97	3.119,96	3.264,93	3.409,88	3.554,86	3.699,82	3.844,81	3.905,21	
II	2.188,00	2.352,79	2.547,59	2.668,39	2.789,21	2.910,05	3.030,86	3.151,68	3.272,46	3.393,27	3.470,33	
III	1.961,67	2.129,29	2.296,91	2.407,18	2.517,40	2.627,65	2.737,86	2.848,11	2.958,37	3.068,61	3.085,22	
IVa	1.783,48	1.926,91	2.070,39	2.167,05	2.263,71	2.360,34	2.456,98	2.553,66	2.650,29	2.742,42		
IVb	1.621,67	1.742,69	1.863,51	1.948,08	2.032,63	2.117,20	2.201,77	2.286,35	2.370,93	2.437,36		
Vb	1.478,37	1.576,59	1.679,28	1.754,78	1.827,27	1.899,77	1.972,24	2.044,71	2.117,20	2.165,52		
Vc	1.363,05	1.439,32	1.516,22	1.584,14	1.653,60	1.723,06	1.792,53	1.861,99	1.923,90			
VII	1.258,07	1.321,56	1.385,07	1.429,80	1.476,02	1.522,30	1.570,56	1.621,87	1.673,25	1.710,98		
VIII	1.163,47	1.216,62	1.269,75	1.307,32	1.344,89	1.382,46	1.420,26	1.459,19	1.499,19	1.523,68		
VIII	1.076,67	1.120,74	1.164,80	1.193,31	1.219,22	1.245,12	1.271,03	1.296,96	1.322,85	1.348,78	1.375,39	
IXa	1.036,48	1.069,73	1.102,96	1.128,78	1.154,60	1.180,45	1.206,29	1.232,13	1.257,93			
IX	997,64	1.033,91	1.070,20	1.097,43	1.122,03	1.146,65	1.171,27	1.195,89				
X	926,37	956,18	985,99	1.013,21	1.037,81	1.062,42	1.087,04	1.111,67	1.128,52			

* Die Angestellten der Vergütungsgruppen III bis I erhalten die Erhöhung ab dem 1. April 2003.

Anlage 3 b zur Vergütungsregelung Nr. 35

Gültig ab 01.01.2004

Verg.-Gr.	Grundvergütungssätze in Stufe											
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
I	2.900,99	3.212,14	3.523,27	3.686,50	3.849,72	4.012,88	4.176,10	4.339,31	4.502,49	4.665,71	4.828,91	4.976,34
Ia	2.637,13	2.905,59	3.174,02	3.323,49	3.472,87	3.622,43	3.771,94	3.921,38	4.070,89	4.220,33	4.369,80	4.436,90
Ib	2.397,68	2.627,98	2.858,31	3.004,72	3.151,16	3.297,58	3.443,98	3.590,41	3.736,82	3.883,26	3.944,26	
II	2.179,58	2.376,32	2.573,07	2.695,07	2.817,10	2.939,15	3.061,17	3.183,20	3.305,18	3.427,20	3.505,03	
III	1.981,29	2.150,58	2.319,88	2.431,25	2.542,57	2.653,93	2.765,24	2.876,59	2.987,95	3.099,30	3.116,07	
IVa	1.801,31	1.946,18	2.091,09	2.188,72	2.286,35	2.383,94	2.481,55	2.579,20	2.676,79	2.769,84		
IVb	1.638,09	1.760,12	1.882,15	1.967,96	2.052,96	2.138,37	2.223,79	2.309,21	2.394,64	2.461,73		
Vb	1.493,15	1.592,36	1.696,07	1.772,33	1.845,54	1.918,77	1.991,96	2.065,16	2.138,37	2.187,18		
Vc	1.376,68	1.453,71	1.533,40	1.599,98	1.670,14	1.740,29	1.810,46	1.880,61	1.943,14			
Vib	1.270,65	1.334,78	1.398,92	1.444,10	1.490,78	1.537,52	1.586,27	1.638,09	1.689,98	1.728,09		
VIII	1.175,10	1.228,79	1.282,45	1.320,39	1.358,34	1.396,28	1.434,46	1.474,30	1.514,18	1.538,92		
VIII	1.087,44	1.131,95	1.176,45	1.205,24	1.231,41	1.257,57	1.283,74	1.309,93	1.336,08	1.362,27	1.387,12	
IXa	1.046,84	1.080,43	1.113,99	1.140,07	1.166,15	1.192,25	1.218,35	1.244,45	1.270,51			
IX	1.007,62	1.044,25	1.080,90	1.108,40	1.133,25	1.158,12	1.182,98	1.207,85				
X	935,63	965,74	995,85	1.023,34	1.048,19	1.073,04	1.097,91	1.122,79	1.139,81			

Anlage 3 c zur Vergütungsregelung Nr. 35

Gültig ab 01.05.2004

Verg.-Gr.	Grundvergütungssätze in Stufe												
		1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
I	2.930,00	3.244,26	3.568,50	3.723,37	3.888,22	4.053,01	4.217,86	4.382,70	4.547,51	4.712,37	4.877,20	5.028,12	
Ia	2.663,50	2.934,65	3.205,76	3.366,72	3.507,70	3.658,65	3.809,66	3.960,59	4.111,60	4.262,53	4.413,50	4.481,27	
Ib	2.421,66	2.654,26	2.886,89	3.034,77	3.182,67	3.330,56	3.478,42	3.626,31	3.774,19	3.922,09	3.983,70		
II	2.201,38	2.400,08	2.598,80	2.722,02	2.845,27	2.968,54	3.091,78	3.215,03	3.338,23	3.461,47	3.540,08		
III	2.001,10	2.172,09	2.343,08	2.455,56	2.568,00	2.680,47	2.792,89	2.905,36	3.017,83	3.130,29	3.147,23		
IVa	1.819,32	1.965,64	2.112,00	2.210,61	2.309,21	2.407,78	2.506,37	2.604,99	2.703,56	2.797,54			
IVb	1.654,47	1.777,72	1.900,97	1.987,24	2.073,49	2.159,75	2.246,03	2.332,30	2.418,59	2.486,35			
Vb	1.508,08	1.608,28	1.713,03	1.790,05	1.864,00	1.937,96	2.011,88	2.085,81	2.159,75	2.209,05			
Vc	1.390,45	1.468,25	1.548,73	1.615,98	1.686,84	1.757,69	1.828,56	1.899,42	1.962,57				
Vlb	1.283,36	1.348,13	1.412,91	1.458,54	1.505,69	1.552,90	1.602,13	1.654,47	1.706,88	1.745,37			
Vll	1.186,85	1.241,08	1.295,27	1.333,59	1.371,92	1.410,24	1.448,80	1.489,04	1.529,32	1.554,31			
Vlll	1.098,31	1.143,27	1.188,21	1.217,29	1.243,72	1.270,15	1.296,58	1.323,03	1.349,44	1.375,89	1.400,89		
IXa	1.057,31	1.091,23	1.125,13	1.151,47	1.177,81	1.204,17	1.230,53	1.256,89	1.283,22				
IX	1.017,70	1.054,69	1.091,71	1.119,48	1.144,58	1.169,70	1.194,81	1.219,93					
X	944,99	975,40	1.005,81	1.033,57	1.058,67	1.083,77	1.108,89	1.134,02	1.151,21				

Anlage 4 a bis 4 c zur Vergütungsregelung Nr. 35

Tabelle der Gesamtvergütungen
für die Angestellten der Vergütungsgruppen VI b bis X unter 18 Jahren
in Kindertagesstätten

gültig ab 01.01.2003

Gesamtvergütung in Vergütungsgruppe V/b	VII	VIII	IXa	IX	X
1.463,66	1.383,25	1.309,47	1.275,31	1.242,29	1.181,71

gültig ab 01.01.2004

Gesamtvergütung in Vergütungsgruppe V/b	VII	VIII	IXa	IX	X
1.478,29	1.397,08	1.322,57	1.288,06	1.254,72	1.193,53

gültig ab 01.05.2004

Gesamtvergütung in Vergütungsgruppe V/b	VII	VIII	IXa	IX	X
1.493,08	1.411,05	1.335,79	1.300,94	1.267,27	1.205,47

Anlage 5a zur Vergütungsregelung Nr. 35

Ortszuschlagstabelle

Gültig ab 01.01. bzw. 01.04.2003 *

(monatlich in Euro)

Tarifklasse	zur Tarifklasse gehörende Vergütungsgruppen	Stufe 1	Stufe 2	Stufe 3, 1 Kind
Ib	I bis II b	554,14	658,94	747,72
Ic	III bis Varb	492,47	597,27	686,05
II	Vc bis X	463,88	563,70	652,48

Bei mehr als einem Kind erhöht sich der Ortszuschlag für jedes weitere zu berücksichtigende Kind um 88,78 Euro

Gemäß § 5 Abs. 2 der Vergütungsregelung Nr. 35 erhöht sich der Ortszuschlag für Angestellte

mit Vergütung nach den Vergütungsgruppen	für das erste zu berücksichtigende Kind um	für jedes weitere zu berücksichtigende Kind um
X, IX b	5,11	25,56
IX a	5,11	20,45
VIII	5,11	15,34

Dies gilt nicht für Kinder, für die das Kindergeld aufgrund über- oder zwischenstaatlicher Rechtsvorschriften abweichend von § 66 ESiG bzw. § 6 BKGG bemessen wird; für die Anwendung des § 5 Abs. 2 Unterabs. 1 der Vergütungsregelung Nr. 35 sind diese Kinder bei der Feststellung der Zahl der zu berücksichtigenden Kinder nicht mitzuzählen.

* Die Angestellten der Vergütungsgruppen III bis I erhalten die Erhöhung ab 1. April 2003.

Anlage 5b zur Vergütungsregelung Nr. 35

Gültig ab 01.01.2004

(monatlich in Euro)

Tarifklasse	zur Tarifklasse gehörende Vergütungsgruppen	Stufe 1	Stufe 2	Stufe 3, 1 Kind
Ib	I bis II b	559,68	665,52	755,19
I c	III bis Va/b	497,39	603,23	692,90
II	Vc bis X	468,52	569,34	659,01

Bei mehr als einem Kind erhöht sich der Ortszuschlag für jedes weitere zu berücksichtigende Kind um 89,67 Euro

Gemäß § 5 Abs. 2 der Vergütungsregelung Nr. 35 erhöht sich der Ortszuschlag für Angestellte

mit Vergütung nach den Ver- gütungsgruppen	für das erste zu berücksichtigende Kind um	für jedes weitere zu berücksichtigende Kind um
X, IX b	5,11	25,56
IX a	5,11	20,45
VIII	5,11	15,34

Dies gilt nicht für Kinder, für die das Kindergeld aufgrund über- oder zwischenstaatlicher Rechtsvorschriften abweichend von § 66 EStG bzw. § 6 BKGG bemessen wird; für die Anwendung des § 5 Abs. 2 Unterabs. 1 der Vergütungsregelung Nr. 35 sind diese Kinder bei der Feststellung der Zahl der zu berücksichtigenden Kinder nicht mitzuzählen.

Anlage 5c zur Vergütungsregelung Nr. 35

Gültig ab 01.05.2004

(monatlich in Euro)

Tarifklasse	zur Tarifklasse gehörende Vergütungsgruppen	Stufe 1	Stufe 2	Stufe 3, 1 Kind
Ib	I bis II b	565,28	672,18	762,75
I c	III bis Va/b	502,36	609,26	699,83
II	Vc bis X	473,21	575,03	665,60

Bei mehr als einem Kind erhöht sich der Ortszuschlag für jedes weitere zu berücksichtigende Kind um 90,57 Euro

Gemäß § 5 Abs. 2 der Vergütungsregelung Nr. 35 erhöht sich der Ortszuschlag für Angestellte

mit Vergütung nach den Ver- gütungsgruppen	für das erste zu berücksichtigende Kind um	für jedes weitere zu berücksichtigende Kind um
X, IX b	5,11	25,56
IX a	5,11	20,45
VIII	5,11	15,34

Dies gilt nicht für Kinder, für die das Kindergeld aufgrund über- oder zwischenstaatlicher Rechtsvorschriften abweichend von § 66 ESiG bzw. § 6 BKGG bemessen wird; für die Anwendung des § 5 Abs. 2 Unterabs. 1 der Vergütungsregelung Nr. 35 sind diese Kinder bei der Feststellung der Zahl der zu berücksichtigenden Kinder nicht mitzuzählen.

In Umsetzung des § 22 ABD Teil B, 1. und der dazugehörenden Protokollnotiz gilt in den bayer. (Erz-)Diözesen folgende

Monatslohnregelung Nr. 5 zum ABD Teil B, 1.

§ 1 Geltungsbereich

Diese Regelung gilt für die Arbeiter im kirchlichen Dienst, deren Arbeitsverhältnisse im ABD Teil B geregelt sind.

§ 2 Fortgeltung der Monatslohnregelung Nr. 4

Für die Monate November und Dezember 2002 gilt die Monatslohnregelung Nr. 4 zum ABD Teil B, 1.

§ 3 Einmalzahlungen

- (1) Die Arbeiter, die im Monat Februar 2003 Anspruch auf Bezüge aus einem Arbeitsverhältnis haben, das am 02. Januar 2003 bereits bestanden hat, erhalten im Monat März 2003 eine Einmalzahlung. Die Einmalzahlung beträgt 7,5 % des Monatstabellenlohnes (§ 21 Abs. 3 ABD Teil B, 1.) ggf. einschließlich des Sozialzuschlages (§ 41 ABD Teil B, 1.), höchstens jedoch 185 €. Bei der Bemessung der Einmalzahlung ist der Lohn des Monats Dezember 2002 zu Grunde zu legen. Hat der Arbeiter im Monat Dezember 2002 keinen Anspruch oder nur für Teile des Monats Anspruch auf Lohn gehabt, ist der Lohn zu Grunde zu legen, den er erhalten hätte, wenn er für den gesamten Monat Dezember 2002 Anspruch auf Lohn gehabt hätte.
- (2) Die Arbeiter, die im Monat November 2004 Anspruch auf Bezüge aus einem Arbeitsverhältnis haben, das im gesamten Monat November 2004 zu demselben Arbeitgeber besteht, erhalten im Monat November 2004 eine Einmalzahlung in Höhe von 50 €.
- (3) Für den Höchstsatz der Einmalzahlung nach Absatz 1 und für die Einmalzahlung nach Absatz 2 gilt § 30 Abs. 2 Unterabs. 1 Satz 1 ABD Teil B, 1. entsprechend. Für die Einmalzahlung nach Absatz 2 sind die Verhältnisse am 1. November 2004 maßgebend.
- (4) Die Einmalzahlung ist bei der Bemessung sonstiger Leistungen nicht zu berücksichtigen.

§ 4 Lohntabelle

Die Monatstabellenlöhne (§ 21 Abs. 3 ABD Teil B, 1.) sind

- a) vom 1. Januar 2003 bis 31. Dezember 2003 in der Anlage 1,
- b) vom 1. Januar 2004 bis 30. April 2004 in der Anlage 2 und
- c) vom 1. Mai 2004 an in der Anlage 3

festgelegt.

§ 5 Sozialzuschlag

(1) Der Sozialzuschlag nach § 41 ABD Teil B, 1. beträgt für die Zeit

- a) vom 01. Januar 2003 bis 31. Dezember 2003 88,78 €,
- b) vom 01. Januar 2004 bis 30. April 2004 89,67 € und
- c) vom 01. Mai 2004 an 90,57 €

monatlich.

(2) Der Sozialzuschlag erhöht sich

für Arbeiter mit Entlohnung nach	für das erste zu berücksichtigende Kind um	für jedes weitere zu berücksichtigende Kind um
den Lohngruppen 1, 1 a und 2	5,11 €	25,56 €,
den Lohngruppen 2 a, 3 und 3 a	5,11 €	20,45 €,
der Lohngruppe 4	5,11 €	15,34 €.

Dies gilt nicht für Kinder, für die das Kindergeld auf Grund überstaatlicher oder zwischenstaatlicher Rechtsvorschriften abweichend von § 66 EStG bzw. § 6 BKGg bemessen wird; für die Anwendung des Satzes 1 sind diese Kinder bei der Feststellung der Zahl der zu berücksichtigenden Kinder nicht mitzuzählen.

Der Arbeiter, der in den Fällen des § 9 Abs. 2 ABD Teil B, 1. sowie des § 2 Abs. 6 und des § 3 der Regelung über das Lohngruppenverzeichnis für den vollen Kalendermonat

- a) den Monatstabellenlohn einer höheren Lohngruppe erhält oder
- b) durch die Summe des Monatstabellenlohnes und einer dieser Zulagen den Betrag des Monatstabellenlohnes einer höheren Lohngruppe in seiner Lohnstufe erreicht,

wird für die Anwendung des Satzes 1 der höheren Lohngruppe zugeordnet.

Erhält der Arbeiter den Monatstabellenlohn aus einer höheren Lohngruppe und wird dadurch der Erhöhungsbetrag geringer oder fällt er weg, wird – wenn sich dadurch die Bezüge insgesamt verringern – der Unterschiedsbetrag zwischen der jeweiligen Summe aus dem Monatstabellenlohn, dem Sozialzuschlag und gegebenenfalls dem Erhöhungsbetrag aus der höheren Lohngruppe sowie den entsprechenden Bezügen, die am Tage vorher zugestanden haben, als Teil des Sozialzuschlages zusätzlich gezahlt; dies gilt entsprechend in den Fällen des Satzes 3.

§ 6

Ausnahmen vom Geltungsbereich

Diese Regelung wird nicht angewendet auf Arbeiter, die spätestens mit Ablauf des 09. Januar 2003 aus ihrem Verschulden oder auf eigenen Wunsch aus dem Arbeitsverhältnis ausgeschieden sind. Dies gilt auf Antrag nicht für Arbeiter, die in unmittelbarem Anschluss an das auf eigenen Wunsch beendete Arbeitsverhältnis wieder in den kirchlichen oder öffentlichen Dienst eingetreten sind.

Kirchlicher oder öffentlicher Dienst im Sinne des Unterabsatzes 1 Satz 2 ist eine Beschäftigung

- a) beim Bund, bei einem Land, bei einer Gemeinde oder bei einem Gemeindeverband oder bei einem sonstigen Mitglied eines Arbeitgeberverbandes, der der Vereinigung der kommunalen Arbeitgeberverbände oder der Tarifgemeinschaft deutscher Länder angehört,
- b) bei einer Körperschaft, Anstalt oder Stiftung des öffentlichen Rechts, die das ABD oder ein Arbeitsvertragswerk wesentlich gleichen Inhalts anwendet.

§ 7

In-Kraft-Treten

Diese Regelung tritt mit Wirkung vom 01. November 2002 in Kraft. Abweichend hiervon treten §§ 3 bis 5 am 01. Januar 2003 in Kraft.

Anlage 1 zur Monatslohnregelung Nr. 5 zum ABD Teil B, 1.

Monatstabellenlöhne

Gültig ab 01.01.2003 (monatlich in Euro)

Lohngruppe	Monatstabellenlöhne in Stufe							
----	1	2	3	4	5	6	7	8
9	2.224,47	2.260,05	2.296,20	2.332,94	2.370,28	2.408,18	2.446,71	2.485,87
8a	2.176,56	2.211,39	2.246,77	2.282,71	2.319,24	2.356,35	2.394,05	2.432,36
8	2.128,67	2.162,72	2.197,33	2.232,47	2.268,20	2.304,50	2.341,37	2.378,83
7a	2.082,85	2.116,17	2.150,03	2.184,42	2.219,37	2.254,87	2.290,95	2.327,61
7	2.037,00	2.069,60	2.102,69	2.136,34	2.170,52	2.205,26	2.240,53	2.276,39
6a	1.993,14	2.025,03	2.057,43	2.090,34	2.123,80	2.157,77	2.192,29	2.227,37
6	1.949,29	1.980,47	2.012,15	2.044,35	2.077,05	2.110,29	2.144,05	2.178,38
5a	1.907,31	1.937,83	1.968,83	2.000,34	2.032,34	2.064,87	2.097,89	2.131,47
5	1.865,34	1.895,18	1.925,51	1.956,32	1.987,61	2.019,43	2.051,74	2.084,56
4a	1.825,19	1.854,38	1.884,05	1.914,19	1.944,82	1.975,93	2.007,54	2.039,69
4	1.785,02	1.813,58	1.842,59	1.872,08	1.902,03	1.932,46	1.963,37	1.994,79
3a	1.746,59	1.774,52	1.802,93	1.831,76	1.861,08	1.890,85	1.921,12	1.951,84
3	1.708,15	1.735,48	1.763,25	1.791,46	1.820,14	1.849,24	1.878,84	1.908,88
2a	1.671,38	1.698,11	1.725,29	1.752,88	1.780,92	1.809,43	1.838,38	1.867,80
2	1.634,59	1.660,73	1.687,32	1.714,32	1.741,74	1.769,62	1.797,99	1.826,69
1a	1.599,40	1.624,99	1.651,00	1.677,40	1.704,25	1.731,51	1.759,21	1.787,36
1	1.564,21	1.589,23	1.614,65	1.640,49	1.666,73	1.693,41	1.720,50	1.748,03

Anlage 2 zur Monatslohnregelung Nr. 5 zum ABD Teil B, 1.

Gültig ab 01.01.2004 (monatlich in Euro)

Lohngruppe	Monatstabellentlöhne in Stufe	2	3	4	5	6	7	8
----	1							
9	2.246,71	2.282,65	2.319,16	2.356,27	2.393,98	2.432,26	2.471,18	2.510,73
8a	2.198,33	2.233,50	2.269,24	2.305,54	2.342,43	2.379,91	2.417,99	2.456,68
8	2.149,96	2.184,35	2.219,30	2.254,79	2.290,88	2.327,55	2.364,78	2.402,62
7a	2.103,68	2.137,33	2.171,53	2.206,26	2.241,56	2.277,42	2.313,86	2.350,89
7	2.057,37	2.090,30	2.123,72	2.157,70	2.192,23	2.227,31	2.262,94	2.299,15
6a	2.013,07	2.045,28	2.078,00	2.111,24	2.145,04	2.179,35	2.214,21	2.249,64
6	1.968,78	2.000,27	2.032,27	2.064,79	2.097,82	2.131,39	2.165,49	2.200,16
5a	1.926,38	1.957,21	1.988,52	2.020,34	2.052,66	2.085,52	2.118,87	2.152,78
5	1.883,99	1.914,13	1.944,77	1.975,88	2.007,49	2.039,62	2.072,26	2.105,41
4a	1.843,44	1.872,92	1.902,89	1.933,33	1.964,27	1.995,69	2.027,62	2.060,09
4	1.802,87	1.831,72	1.861,02	1.890,80	1.921,05	1.951,78	1.983,00	2.014,74
3a	1.764,06	1.792,27	1.820,96	1.850,08	1.879,69	1.909,76	1.940,33	1.971,36
3	1.725,23	1.752,83	1.780,88	1.809,37	1.838,34	1.867,73	1.897,63	1.927,97
2a	1.688,09	1.715,09	1.742,54	1.770,41	1.798,73	1.827,52	1.856,76	1.886,48
2	1.650,94	1.677,34	1.704,19	1.731,46	1.759,16	1.787,32	1.815,97	1.844,96
1a	1.615,39	1.641,24	1.667,51	1.694,17	1.721,29	1.748,83	1.776,80	1.805,23
1	1.579,85	1.605,12	1.630,80	1.656,89	1.683,40	1.710,34	1.737,71	1.765,51

Anlage 3 zur Monatslohnregelung Nr. 5 zum ABD Teil B, 1.

Gültig ab 01.05.2004 (monatlich in Euro)

Lohngruppe	1	2	3	4	5	6	7	8

9	2.269,18	2.305,48	2.342,35	2.379,83	2.417,92	2.456,58	2.495,89	2.535,84
8a	2.220,31	2.255,84	2.291,93	2.328,60	2.365,85	2.403,71	2.442,17	2.481,25
8	2.171,46	2.206,19	2.241,49	2.277,34	2.313,79	2.350,83	2.388,43	2.426,65
7a	2.124,72	2.158,70	2.193,25	2.228,32	2.263,98	2.300,19	2.337,00	2.374,40
7	2.077,94	2.111,20	2.144,96	2.179,28	2.214,15	2.249,58	2.285,57	2.322,14
6a	2.033,20	2.065,73	2.098,78	2.132,35	2.166,49	2.201,14	2.236,35	2.272,14
6	1.988,47	2.020,27	2.052,59	2.085,44	2.118,80	2.152,70	2.187,14	2.222,16
5a	1.945,64	1.976,78	2.008,41	2.040,54	2.073,19	2.106,38	2.140,06	2.174,31
5	1.902,83	1.933,27	1.964,22	1.995,64	2.027,56	2.060,02	2.092,98	2.126,46
4a	1.861,87	1.891,65	1.921,92	1.952,66	1.983,91	2.015,65	2.047,90	2.080,69
4	1.820,90	1.850,04	1.879,63	1.909,71	1.940,26	1.971,30	2.002,83	2.034,89
3a	1.781,70	1.810,19	1.839,17	1.868,58	1.898,49	1.928,86	1.959,73	1.991,07
3	1.742,48	1.770,36	1.798,69	1.827,46	1.856,72	1.886,41	1.916,61	1.947,25
2a	1.704,97	1.732,24	1.759,97	1.788,11	1.816,72	1.845,80	1.875,33	1.905,34
2	1.667,45	1.694,11	1.721,23	1.748,77	1.776,75	1.805,19	1.834,13	1.863,41
1a	1.631,54	1.657,65	1.684,19	1.711,11	1.738,50	1.766,32	1.794,57	1.823,28
1	1.595,65	1.621,17	1.647,11	1.673,46	1.700,23	1.727,44	1.755,09	1.783,17

In Umsetzung des § 26 Abs. 4 ABD Teil A, 1./§ 22 ABD Teil B, 1. wird die Regelung über eine Zuwendung für Mitarbeiter wie folgt geändert:

§ 1

Die Anmerkung Nr. 1 zu § 2 der Regelung über eine Zuwendung für Mitarbeiter wird wie folgt geändert:

- a) In Unterabsatz 1 werden die Worte „und am 13. Juni 2000“ durch die Worte „am 13. Juni 2000 und am 09. Januar 2003“ und die Worte „vom 01. August 2000 bis 31. August 2001 87,86 v. H. und vom 01. September 2001 an 85,80 v. H.“ durch die Worte „vom 01. Januar bzw. für die Angestellten der Vergütungsgruppen III bis I vom 01. April bis 31. Dezember 2003 83,79 v. H., vom 01. Januar bis 30. April 2004 82,96 v. H. und vom 01. Mai 2004 an 82,14 v. H.“, ersetzt.
- b) In Unterabsatz 2 wird das Datum „01. November 2002“ durch das Datum „01. Februar 2005“ ersetzt.

§ 2

In-Kraft-Treten

Diese Änderungen treten rückwirkend zum 01. Januar 2003 in Kraft.

Änderungen und Ergänzungen zum Arbeitsvertragsrecht der bayerischen (Erz-)Diözesen – ABD –

**Beschlüsse der Bayer. Regional-KODA
vom 10./11.12.2002 und vom 06./07.05.2003**

- **Regelung über eine ergänzende Leistung für Mitarbeiter (sog. Bal-
lungsraumzulage) zum 01.01.2003**
- **Regelungen im Bereich der Nutzung von Arbeitsplatzcomputern
zum 01.07.2003**

Anlage zum

Amtsblatt für die Diözese Augsburg; Amtsblatt für die Erzdiözese Bamberg; Pastoralblatt des
Bistums Eichstätt; Amtsblatt für das Erzbistum München und Freising; Amtsblatt für das Bistum
Passau; Amtsblatt für die Diözese Regensburg; Würzburger Diözesanblatt

In den bayer. (Erz-)Diözesen gilt folgende

Regelung über eine ergänzende Leistung für Mitarbeiter (sog. Ballungsraumzulage)

§ 1 Geltungsbereich

(1) Diese Regelung gilt für Angestellte, Arbeiter und Auszubildende im Dienst der bayer. (Erz-)Diözesen in Einrichtungen im Stadt- und Umlandbereich München.

(2) Stadt- und Umlandbereich München i. S. d. Absatzes 1 ist das das in Anhang 2 der Anlage zur Verordnung über das Landesentwicklungsprogramm Bayern (LEP) in der jeweils geltenden Fassung entsprechend definierte Gebiet.

Anmerkung zu Abs. 1

Einrichtung im Sinne dieser Regelung ist die ständige Einrichtung (z.B. Ordinariat, Kirchenstiftung) des Mitarbeiters; hierbei ist bei Zweigstellen, Außenstellen, ausgelagerten Teilen von Einrichtungen und dergleichen, der Ort maßgebend, an dem der Mitarbeiter tatsächlich beschäftigt wird. Satz 1 gilt entsprechend für Auszubildende.

§ 2 Voraussetzungen und Höhe der ergänzenden Leistung

(1) Angestellte und Arbeiter erhalten eine ergänzende Leistung von 75 Euro monatlich. Nichtvollbeschäftigte Mitarbeiter erhalten von der ergänzenden Leistung nach Satz 1 den Teil, der dem Maß der mit ihnen vereinbarten durchschnittlichen Arbeitszeit entspricht.

(2) Auszubildende erhalten eine ergänzende Leistung von 37,50 Euro monatlich.

(3) Die sich nach den Absätzen 1 und 2 ergebende ergänzende Leistung wird höchstens in der Höhe gewährt, in der

- a) bei Angestellten
die Grundvergütung (ohne vorweggewährter Lebensaltersstufen/Stufen) einschließlich Vergütungsgruppenzulage, persönlicher Zulage nach § 24 ABD Teil A, 1., Ortszuschlag der Stufe 1 und allgemeiner Zulage nach § 2 der Regelung über Zulagen an Angestellte in der jeweils geltenden Fassung,
- b) bei Arbeitern
der Monatstabellenlohn (ohne vorweggewährter Lohnstufen),

-
- c) bei Auszubildenden
die Ausbildungsvergütung

hinter dem Grenzbetrag für die ergänzende Leistung zurückbleibt. Dieser Grenzbetrag beträgt für

- a) Angestellte und Arbeiter
für die Zeit
- | | |
|--|----------------|
| aa) vom 01. Januar 2003 bis
31. Dezember 2003 | 2.673,87 Euro, |
| bb) vom 01. Januar 2004 bis
30. April 2004 | 2.700,61 Euro, |
| cc) vom 01. Mai 2004 an | 2.727,62 Euro, |
- b) Auszubildende
für die Zeit
- | | |
|--|--------------|
| aa) vom 01. Januar 2003 bis
31. Dezember 2003 | 912,26 Euro, |
| bb) vom 01. Januar 2004 bis
30. April 2004 | 921,38 Euro, |
| cc) vom 01. Mai 2004 an | 930,59 Euro, |

monatlich. Der Grenzbetrag nach Satz 2 von nichtvollbeschäftigten Angestellten und Arbeitern vermindert sich entsprechend der Regelung in § 2 Abs. 1 Satz 2.

Anmerkung zu Absatz 3 Satz 1

Die Vorschrift gilt nicht für Angestellte der Vergütungsgruppe Vb ABD Teil A ab Lebensaltersstufe nach vollendetem 43. Lebensjahr, die keinen Anspruch auf eine Vergütungsgruppenzulage haben.

§ 3 Ergänzende Leistung für Kinder

(1) Angestellte und Arbeiter erhalten für jedes Kind, für das ihnen Kindergeld nach dem Einkommensteuergesetz oder dem Bundeskindergeldgesetz tatsächlich gezahlt wird, eine ergänzende Leistung für Kinder von 20 Euro monatlich.

Die ergänzende Leistung für Kinder wird insgesamt höchstens in der Höhe gewährt, in der die Bezüge nach § 2 Abs. 3 Satz 1 Buchst. a und b hinter dem Grenzbetrag für die ergänzende Leistung für Kinder (Kindergrenzbetrag) zurückbleiben. Dieser Kindergrenzbetrag beträgt für die Zeit

- a) vom 01. Januar 2003 bis
31. Dezember 2003
- | | |
|--|----------------|
| | 3.748,66 Euro, |
|--|----------------|

-
- | | | |
|----|---|----------------|
| b) | vom 01. Januar 2004 bis
30. April 2004 | 3.786,15 Euro, |
| c) | vom 01. Mai 2004 an | 3.824,01 Euro |

monatlich. § 2 Abs. 3 Satz 3 gilt für den Kindergrenzbetrag entsprechend.

(2) Auszubildende erhalten für jedes Kind, für das ihnen Kindergeld nach dem Einkommensteuergesetz oder dem Bundeskindergeldgesetz tatsächlich gezahlt wird, eine ergänzende Leistung für Kinder von 20 Euro monatlich. Die ergänzende Leistung für Kinder wird höchstens in der Höhe gewährt, in der die Ausbildungsvergütung einschließlich ergänzender Leistung nach § 2 Abs. 2 hinter dem jeweiligen Grenzbetrag für Auszubildende nach § 2 Abs. 3 Satz 2 Buchst. b zurückbleibt.

§ 4

Allgemeine Bestimmungen

(1) Eine ergänzende Leistung nach den §§ 2 und 3 steht nur zu, wenn sie insgesamt 10 Euro monatlich überschreitet; hierbei bleiben Berechnungen wegen Teilzeitbeschäftigung und für Teilmonate unberücksichtigt.

(2) Die ergänzende Leistung nach den §§ 2 und 3 wird nur für Zeiträume gezahlt, für die Bezüge (Lohn, Vergütung, Ausbildungsvergütung, Krankenbezüge, Urlaubslohn bzw. Urlaubsvergütung) zustehen. Die Bestimmungen des ABD über die Berechnung der Bezüge für Teilzeiträume gelten entsprechend.

(3) Die ergänzende Leistung nach den §§ 2 und 3 ist bei der Bemessung der Zuwendung nicht zu berücksichtigen.

Anmerkung zu Absatz 2

Für Zeiten, für die Krankengeldzuschuss zusteht, wird die ergänzende Leistung bei der Berechnung des Krankengeldzuschusses als Bestandteil des Urlaubslohnes bzw. der Urlaubsvergütung berücksichtigt.

§ 5

Übergangsbestimmungen

(1) Die am 31. Dezember 2002 nach § 5 a Abs. 2 Unterabs. 1 der Regelung über eine ergänzende Leistung für Mitarbeiter vom 01. Januar 2002 zustehende ergänzende Leistung wird für die Dauer ununterbrochener Arbeits- oder Ausbildungsverhältnisse beim gleichen Arbeitgeber bis 31. Dezember 2003 weitergewährt. Abweichend von Satz 1 wird die ergänzende Leistung für Kinder bis zum 31. Dezember 2004 weitergewährt. § 4 Abs. 2 mit Anmerkung hierzu und Absatz 3 gelten für diese ergänzende Leistung entsprechend.

(2) Unberührt von Absatz 1 bleibt der Anspruch auf die ergänzende Leistung nach den §§ 1 bis 4 dieser Regelung. Eine nach diesen Bestimmungen tatsächlich gewährte ergänzende Leistung wird auf ergänzende Leistungen nach Absatz 1 angerechnet.

Anmerkung zu Abs. 1

Ein ununterbrochenes Arbeits- oder Ausbildungsverhältnis liegt auch dann vor, wenn zwischen den Rechtsverhältnissen nur Sonn- oder gesetzliche Feiertage oder allgemein arbeitsfreie Werkstage liegen.

§ 6
In-Kraft-Treten

- (1) Diese Regelung tritt am 01. Januar 2003 in Kraft.
- (2) Diese Regelung tritt mit Ablauf des 31. Dezember 2004 außer Kraft.

Regelungen im Bereich der Nutzung von Arbeitsplatzcomputern

- I. § 7 Abs. 1 der Regelung über die Arbeitsbedingungen von Mitarbeitern an Bildschirmgeräten wird wie folgt neu gefasst:

§ 7 Verhaltens- und Leistungskontrollen

(1) Eine individuelle Verhaltenskontrolle der Mitarbeiter auf einem Bildschirm-Arbeitsplatz oder einem Arbeitsplatz mit Bildschirmunterstützung mittels der an diesem Arbeitsplatz eingesetzten Geräte und Programme findet nur in dem Umfang wie für einen Mitarbeiter an einem nicht automatisierten Arbeitsplatz des selben Arbeitgebers statt. Satz 1 gilt nicht,

- a) wenn Tatsachen bekannt werden, die den Verdacht einer Verletzung der Dienst- und Arbeitspflichten begründen und eine Aufklärung in anderer Weise nicht erreicht werden kann,
- b) bei einer Kontrolle nach der „Regelung zur Kontrolle der Nutzungsbeschränkung von Internet-Diensten“.

- II. Das ABD wird um folgende „Regelung zur Kontrolle der Nutzungsbeschränkung von Internet-Diensten“ ergänzt:

Regelung zur Kontrolle der Nutzungsbeschränkung von Internet-Diensten

§ 1 Geltungsbereich

Diese Regelung findet Anwendung für alle Mitarbeiter, die Internet-Dienste nutzen.

§ 2 Nutzungsbeschränkung

Die Internet-Dienste dürfen grundsätzlich nur dienstlich genutzt werden. Unzulässig ist jede Nutzung, die objektiv geeignet ist, den Interessen der Katholischen Kirche oder deren Ansehen in der Öffentlichkeit zu schaden oder die gegen geltende Gesetze und/oder Verordnungen verstößt, z. B. das Abrufen oder Anbieten/Versenden

- von Inhalten, die offensichtlich gegen datenschutzrechtliche, persönlichkeitsrechtliche, urheberrechtliche oder strafrechtliche Bestimmungen verstoßen und/oder

-
- von beleidigenden, verleumderischen, verfassungsfeindlichen, rassistischen, sexistischen oder pornografischen Äußerungen oder Abbildungen.

§ 3 Verpflichtung zum Datenschutz

Der Dienstgeber hat die EDV-Administratoren und die mit der Aufzeichnung und Auswertung von Protokolldaten Beauftragten in besonderer Weise zu Vertraulichkeit und zur Einhaltung der Bestimmungen des kirchlichen Datenschutzes (KDO) zu verpflichten.¹ Ebenso ist zu verfahren mit Beauftragten, die EDV-technische Störungen beheben.

¹ Die EDV-Administratoren und die Beauftragten sind in geeigneter Weise bekannt zu geben.

§ 4 Protokollierung

Daten jeder Internet-Dienste-Nutzung werden automatisch aufgezeichnet. Die Protokolle des laufenden und der zurückliegenden fünf Monate werden gespeichert. Soweit sie nicht als Beweismittel für aufgetretene Störungen oder Unregelmäßigkeiten benötigt werden, sind sie anschließend zu löschen. Im Protokollsystem ist jeder Benutzer zu führen.

§ 5 Auswertung der Protokolldaten

Eine Auswertung von Protokolldaten ist in folgenden Fällen zulässig:

- zur Behebung EDV-technischer Störungen und zur Gewährleistung der Sicherheit,
- im Rahmen von Stichproben,
- bei einem begründeten Verdacht auf einen Verstoß gegen die Nutzungsbeschränkung.

1. Zur Behebung EDV-technischer Störungen und zur Gewährleistung der Sicherheit ist den EDV-Administratoren oder den dafür Beauftragten im notwendigen Umfang die Auswertung der Protokolldaten und die Einsicht in die Daten gestattet. Sofern sich bei der Behebung einer EDV-technischen Störung, die infolge der Nutzung von Internet-Diensten aufgetreten ist, ein begründeter Verdacht auf einen Verstoß durch eine konkrete Person gegen die Nutzungsbeschränkung ergibt, erfolgt unter Berücksichtigung des Grundsatzes der Verhältnismäßigkeit eine Mitteilung an den jeweiligen Dienstgeber und ggf. die Stiftungsaufsichtsbehörde.

2. Der Dienstgeber ist berechtigt, bis zu vier Mal im Jahr Stichproben der Protokolle der Internet-Dienste-Nutzung aus dem laufenden oder dem Vormonat zu veranlassen. Diese Stichproben sind auf einen maximalen Mitar-

beiterkreis bezogen durchzuführen. Das Protokoll wird in anonymisierter Form an den Dienstgeber weitergegeben. Der Dienstgeber prüft das Protokoll der Internet-Dienste-Nutzung im Hinblick auf die Einhaltung der Nutzungsbeschränkung. Sofern sich bei einer Stichprobe ein Hinweis auf einen Verstoß gegen die Nutzungsbeschränkung ergibt, kann der Dienstgeber – erforderlichenfalls nach Einschaltung der Stiftungsaufsichtsbehörde – die Reidentifizierung durchführen lassen.

3. Bei einem begründeten Verdacht auf einen Verstoß gegen die Nutzungsbeschränkung durch einen Mitarbeiter ist der Dienstgeber berechtigt, die Protokolle der Internet-Dienste-Nutzung, soweit notwendig, auszuwerten. Voraussetzung ist, dass der Mitarbeiter vorher gehört und der lokale PC überprüft wurde und der Grundsatz der Verhältnismäßigkeit gewahrt wird.

§ 6 Allgemeine Verfahrensweise

Nachfolgende Punkte sind einzuhalten:

- a) Der Mitarbeiter ist unverzüglich über den Verdacht zu unterrichten, der sich aus der Kontrolle der Einhaltung der Nutzungsbeschränkung ergeben hat, unter Angabe der Protokolldaten der Internet-Dienste-Nutzung.
- b) Dem Mitarbeiter ist unverzüglich Gelegenheit zur Stellungnahme zu geben. Der Mitarbeiter ist berechtigt, eine Person seines Vertrauens hinzuzuziehen.
- c) Der Dienstgeber kann – gegebenenfalls nach Einschaltung der Stiftungsaufsichtsbehörde – Maßnahmen gegen den Mitarbeiter einleiten, wenn sich aufgrund der Auswertung der aufgezeichneten Protokolldaten ein begründeter Verdacht auf missbräuchliche Nutzung erhärtet hat.
- d) Der Mitarbeiter ist über Ende und Ergebnis der Maßnahme zu unterrichten.

III. Diese Regelungen treten zum 01.07.2003 in Kraft.

Änderungen und Ergänzungen zum Arbeitsvertragsrecht der bayerischen (Erz-)Diözesen – ABD –

Beschlüsse der Lehrerkommission der Bayer. Regional-KODA vom 17.06.2003

- Änderung der Nr. 9 Abs. 2 der SR 2 I Teile A bis C**
zum 01.10.2003
- SR 2 I Teil A**
hier: Anpassung der Nr. 6 Abs. 6 Satz 2 an die neue BayRKO
zum 01.10.2003
- Altersermäßigung für Lehrkräfte in Altersteilzeit**
zum 01.09.2003

Anlage zum

Amtsblatt für die Diözese Augsburg; Amtsblatt für die Erzdiözese Bamberg; Pastoralblatt des Bistums Eichstätt; Amtsblatt für das Erzbistum München und Freising; Amtsblatt für das Bistum Passau; Amtsblatt für die Diözese Regensburg; Würzburger Diözesanblatt

Änderung der Nr. 9 Abs. 2 der SR 2 I Teile A bis C

1. In Nr. 9 Abs. 2 der SR 2 I Teile A bis C werden die Worte „oder 31. August“ gestrichen.
2. Diese Regelung tritt zum 01.10.2003 in Kraft.

SR 2 I Teil A

hier: Anpassung der Nr. 6 Abs. 6 Satz 2 an die neue BayRKO

1. In Nr. 6 Abs. 6 Satz 2 der SR 2 I Teil A wird das Paragrafenzitat „§ 5 c Abs. 4 Nr. 2 und 3“ durch das Paragrafenzitat „§ 3 Abs. 1 Nr. 3“ ersetzt.
2. Diese Regelung tritt zum 01.10.2003 in Kraft.

Altersermäßigung für Lehrkräfte in Altersteilzeit

1. Nr. 3 Abs. 5 der SR 2 I Teile A bis C wird um folgenden Satz 2 ergänzt:
Abweichend von Satz 1 erhalten Lehrkräfte in Altersteilzeit die ihrer tatsächlichen Beschäftigung entsprechende Altersermäßigung.
2. Diese Regelung tritt zum 01.09.2003 in Kraft.

Änderungen und Ergänzungen zum Arbeitsvertragsrecht der bayerischen (Erz-)Diözesen – ABD –

Beschlüsse der Bayer. Regional-KODA vom 15./16.07.2003

- S. Wirtschaftspersonal in Anstalten und Heimen gem. SR 2 b,
ABD Teil A, 3.3.
hier: Ergänzung um eine Protokollnotiz
 - Änderung der Allgemeinen Vergütungsordnung/Tätigkeitsmerkmale
und der Dienst- und Vergütungsordnungen
zum 01.09.2003
 - Dienstordnung für Religionslehrer i. K. an Volks- und Förderschulen
in den bayer. (Erz-)Diözesen
hier: Altersermäßigung für Lehrer in Altersteilzeit
zum 01.09.2003
 - Betriebliche Altersversorgung (Versorgungsordnung A)
hier: Anpassung und Änderung auf Grund der Änderungstarifverträge
Nr. 1 und Nr. 2 zum ATV-K
verschiedene Inkraftsetzungsdaten
- Notwendige Änderungen in Umsetzung des Änderungstarifvertrages
Nr. 2 zum ATV-K
- § 44 ABD Teil A, 1./§ 40 ABD Teil B, 1., Umzugskostenvergütung,
Trennungentschädigung (Trennungsgeld)
zum 01.09.2003
 - § 62 ABD Teil A, 1./§ 65 Abs. 1 ABD Teil B, 1., Voraussetzungen
für die Zahlung des Übergangsgeldes
zum 01.09.2003
 - Regelung der Altersteilzeitarbeit
hier: Aufhebung der Protokollnotiz zu § 9 Abs. 2 Buchst. a
zum 01.09.2003

Anlage zum

Amtsblatt für die Diözese Augsburg; Amtsblatt für die Erzdiözese Bamberg; Pastoralblatt des
Bistums Eichstätt; Amtsblatt für das Erzbistum München und Freising; Amtsblatt für das Bistum
Passau; Amtsblatt für die Diözese Regensburg; Würzburger Diözesanblatt

S. Wirtschaftspersonal in Anstalten und Heimen gem. SR 2 b, ABD Teil A, 3.3.

hier: Ergänzung um eine Protokollnotiz

ABD Teil A, 3.3. – S. Wirtschaftspersonal in Anstalten und Heimen gem. SR 2 b wird um folgende Protokollnotiz ergänzt:

Protokollnotiz:

In Häusern, in denen die Besucher (z. B. Teilnehmer an Exerzitien und Wallfahrten, Jugend- und Bildungsveranstaltungen etc.) gepflegt werden, ist das Wirtschaftspersonal entsprechend der „Vergütungsregelung Wirtschaftspersonal in Anstalten und Heimen gem. SR 2 b“ zu vergüten, soweit nicht ABD Teil B Anwendung findet.

Änderung der Allgemeinen Vergütungsordnung/Tätigkeitsmerkmale und der Dienst- und Vergütungsordnungen

1. In der Allgemeinen Vergütungsordnung/Tätigkeitsmerkmale (ABD Teil A, 3.) und in den Dienst- und Vergütungsordnungen (ABD Teil A, 4.) werden folgende Änderungen vorgenommen:
 - a) Die nachstehenden Fallgruppen werden aus den Allgemeinen Tätigkeitsmerkmalen (ABD Teil A, 3.2.) gestrichen:
 - VergGr. X Fg. 110;
 - VergGr. VIII Fg. 160;
 - VergGr. VII Fg. 110, 160;
 - VergGr. VIb Fg. 160;
 - VergGr. Vc Fg. 110, 120, 130, 131, 141, 151;
 - VergGr. Vb Fg. 110, 120, 130, 131, 140, 141, 150, 151;
 - VergGr. IVb Fg. 110, 120, 130, 131, 140, 141, 150, 151;
 - VergGr. IVa Fg. 110, 120, 130, 140, 141;
 - VergGr. III Fg. 100, 110;
 - VergGr. IIb Fg. 110;
 - VergGr. IIa Fg. 100;
 - VergGr. Ib Fg. 100.
 - b) In ABD Teil A, 4.1 b (Vergütung für Pastoralassistenten und Pastoralreferenten) werden die Worte „siehe ABD Teil A, 3.2.“ durch „vgl. diözesane Regelungen“ ersetzt.
2. Diese Änderungen treten zum 1. September 2003 in Kraft.

Dienstordnung für Religionslehrer i. K. an Volks- und Förderschulen in den bayer. (Erz-)Diözesen

hier: Altersermäßigung für Lehrer in Altersteilzeit

1. In § 9 Hochziffer 3 der Dienstordnung für Religionslehrer i. K. wird die Ziffer 4 gestrichen.
2. Diese Änderung tritt zum 01.09.2003 in Kraft.

Betriebliche Altersversorgung

(Ordnung über die betriebliche Altersversorgung der bei der Bayerischen Versorgungskammer – Zusatzversorgungskasse der bayerischen Gemeinden versicherten Mitarbeiter im kirchlichen Dienst – Versorgungsordnung A –)

hier: Anpassung und Änderung auf Grund der Änderungstarifverträge Nr. 1 und Nr. 2 zum Altersvorsorge-TV-Kommunal – (ATV-K) vom 31. Januar 2003 bzw. vom 12. März 2003

In Umsetzung von Abschnitt IV der Präambel zur Versorgungsordnung A wird die Versorgungsordnung A auf Grund der Änderungstarifverträge Nr. 1 und 2 zum Altersvorsorge-TV-Kommunal – (ATV-K) vom 31. Januar bzw. 12. März 2003 wie folgt angepasst bzw. geändert¹⁾:

- I. Die Regelungen des Änderungstarifvertrages Nr. 1 zum ATV-K werden nicht Bestandteil der Versorgungsordnung A.
- II. Änderungen in der Versorgungsordnung A
 1. § 2 Abs. 2 wird wie folgt geändert:
 - a) In Satz 1 werden die Worte „die für ein auf nicht mehr als fünf Jahre befristetes Arbeitsverhältnis eingestellt werden“ durch die Worte „die für ein befristetes Arbeitsverhältnis eingestellt werden, in dem sie wegen der Dauer der Befristung die Wartezeit nach § 6 Abs. 1 nicht erfüllen können,“ ersetzt und nach dem Wort „Antrag“ die Worte „vom Dienstgeber“ eingefügt.
 - b) In Satz 3 wird die Bezeichnung „§ 26“ durch die Bezeichnung „§ 26 Abs. 3 Satz 1“ ersetzt.
 2. § 9 Abs. 1 wird wie folgt geändert:
 - a) Dem Satz 1 wird die Satzbezeichnung „1“ vorangestellt und die Worte „ohne Arbeitsentgelt“ werden gestrichen.
 - b) Es werden folgende Sätze 2 und 3 angefügt:

„²Es werden je Kind höchstens 36 Kalendermonate berücksichtigt; Zeiten nach § 6 Abs. 1 MuSchG werden den Zeiten nach Satz 1

¹⁾ Die Anpassungen in den Ziffern 1 b, 2 bis 5, 8 bis 12, 13 a und 13 c ergeben sich unmittelbar auf Grund der Änderungen in dem für die bei der Zusatzversorgungskasse der bayerischen Gemeinden versicherten Arbeitnehmer der dem Kommunalen Arbeitgeberverband angehörenden Mitglieder geltenden Tarifvertrag; die Änderungen in den Ziffern 1 a, 6, 7, 13 b und 14 bis 17 bedurften des und erfolgten auf Grund Beschlusses der Bayer. Regional-KODA.

gleichgestellt. ³Bestehen mehrere zusatzversorgungspflichtige Arbeitsverhältnisse im Sinne des Satzes 1 bestimmt die/der Pflichtversicherte, für welches Arbeitsverhältnis die Versorgungspunkte nach Satz 1 berücksichtigt werden.“

3. In § 10 Abs. 1 Satz 2 werden die Worte „(prozentualer Bemessungssatz)“ durch die Worte „(der nach Ablauf des Sterbevierteljahres maßgebende Rentenartfaktor nach § 67 Nrn. 5 und 6 und § 255 Abs. 1 SGB VI)“ ersetzt.

4. § 11 Abs. 2 wird wie folgt geändert:

a) Nach Satz 5 wird folgender Satz 6 als Unterabsatz eingefügt:

„⁶Bei Neuberechnung der Betriebsrente sind Versorgungspunkte nach § 9 Abs. 2, die auf Grund des früheren Versicherungsfalls berücksichtigt wurden, nur noch insoweit anzurechnen, als sie die zusätzlichen Versorgungspunkte – ohne Bonuspunkte nach § 19 – aus einer Pflichtversicherung übersteigen oder soweit in dem nach § 9 Abs. 2 maßgebenden Zeitraum keine Pflichtversicherung mehr bestanden hat.“

b) Der bisherige Satz 6 wird Satz 7.

5. § 12 wird wie folgt geändert:

a) Dem Absatz 1 wird folgender Satz 3 als Unterabsatz angefügt:

„³Wird die Altersrente der gesetzlichen Rentenversicherung nach Eintritt des Versicherungsfalles (§ 5) als Teilrente gezahlt, wird die Betriebsrente nur in Höhe eines entsprechenden Anteils gezahlt.“

b) In Absatz 5 werden nach den Worten „Rente wegen voller Erwerbsminderung“ die Worte „bzw. wegen Alters als Vollrente“ eingefügt.

6. § 15 Abs. 2 Satz 2 erhält folgende Fassung:

„²Wird Altersteilzeit nach dem 31. Dezember 2002 vereinbart, ist – unter Berücksichtigung des Satzes 1 – zusatzversorgungspflichtiges Entgelt während des Altersteilzeitarbeitsverhältnisses das 1,8fache der zur Hälfte zustehenden Bezüge nach § 4 Regelung der Altersteilzeitarbeit zuzüglich derjenigen Bezüge, die in voller Höhe zustehen.“

7. In § 19 Abs. 1 wird folgender Satz 7 angefügt:

„⁷Mitarbeiter, deren Arbeitsverhältnis in Folge von Witterungseinflüssen oder wegen anderer Naturereignisse auf der Grundlage einer Regelung der Bayer. Regional-KODA geendet hat und die bei Wiederaufnahme der Arbeit Anspruch auf Wiedereinstellung haben,

sowie Saisonbeschäftigte, die bei Beginn der nächsten Saison voraussichtlich wieder eingestellt werden, gelten als Pflichtversicherte im Sinne des Satzes 2.“

8. Dem § 22 Abs. 2 Satz 1 wird die Satzbezeichnung „1“ vorangestellt und folgender Satz 2 angefügt:

„²Darüber hinaus kann die Abfindung der Betriebsrente ermöglicht werden, wenn die Kosten der Übermittlung der Betriebsrenten unverhältnismäßig hoch sind.“

9. In § 26 Abs. 3 Satz 1 werden die Worte „als Höherversicherung“ gestrichen.

10. Dem § 30 wird folgender Absatz 5 angefügt:

„(5) Die Absätze 1 bis 4 gelten für Rentenberechtigte entsprechend, deren Rente aus der Zusatzversicherung am 1. Januar 2002 beginnt.“

11. In § 31 Abs. 3 werden die Worte „und 4“ durch die Worte „bis 5“ ersetzt.

12. In § 32 Abs. 1 Satz 2 werden nach den Worten „nach Satz 1 werden“ die Worte „ohne Berücksichtigung der Altersfaktoren“ eingefügt sowie folgender Satz 3 angefügt:

„³Eine Verzinsung findet vorbehaltlich des § 19 Abs. 1 nicht statt.“

13. § 33 wird wie folgt geändert:

- a) Absatz 2 wird wie folgt geändert:

aa) In Satz 4 werden nach den Worten „am 31. Dezember 2001“ die Worte „das 52. Lebensjahr vollendet haben und“ eingefügt.

- bb) Es wird folgender Satz 5 angefügt:

„⁵Werden in den Fällen des Satzes 4 die Voraussetzungen für die Mindestgesamtversorgung zwischen dem Zeitpunkt der Hochrechnung nach Satz 4 und der Vollendung des 63. Lebensjahres erfüllt, erfolgt die Berechnung der Anwartschaft abweichend von Satz 4 bezogen auf den Zeitpunkt, zu dem die Voraussetzungen der Mindestgesamtversorgung erfüllt wären.“

- b) Absatz 3 erhält folgende Fassung:

„(3) Für Mitarbeiter im Tarifgebiet West, die vor dem 14. November 2001 Altersteilzeit oder einen Vorruhestand vereinbart haben, gilt Absatz 2 mit folgenden Maßgaben:

-
- a) An die Stelle des 63. Lebensjahres tritt das vereinbarte Ende des Altersteilzeitarbeitsverhältnisses bzw. in den Fällen des Vorruhestandes das Alter, zu dem nach der Vorruhestandsvereinbarung die Rente beginnen würde.
- b) Der anzurechnende Bezug nach Absatz 4 wird in den Fällen, in denen die Mindestgesamtversorgung nach dem bis zum 31. Dezember 2000 geltenden Zusatzversicherungsrecht maßgeblich gewesen wäre, um die Abschläge vermindert, die sich zu dem Zeitpunkt, auf den die Startgutschrift hochgerechnet wird, voraussichtlich ergeben werden; diese Abschläge sind der Zusatzversicherungseinrichtung vom Mitarbeiter in geeigneter Weise nachzuweisen. Die Startgutschrift ist in den Fällen des Satzes 1 um den Betrag der sich im Zeitpunkt der Hochrechnung nach Satz 1 voraussichtlich ergebenden Abschläge gemäß § 7 Absatz 3 zu erhöhen.“
- c) Es wird folgender Absatz 3 a eingefügt:
- „(3a) ¹Pflichtversicherte, bei denen der Versicherungsfall der vollen Erwerbsminderung vor dem 1. Januar 2007 eingetreten ist, deren Startgutschrift nach Absatz 1 berechnet wurde und die am 31. Dezember 2001
- a) das 47. Lebensjahr vollendet sowie
- b) mindestens 120 Umlagemonate zurückgelegt hatten, erhalten in Abweichung von dem üblichen Verfahren eine zusätzliche Startgutschrift in Höhe des Betrages, um den die Startgutschrift nach Absatz 2 die Startgutschrift nach Absatz 1 übersteigt; bei Berechnung der Startgutschrift nach Absatz 2 sind die Maßgaben der Sätze 2 und 3 zu beachten. ²Die Berechnung erfolgt bezogen auf die Vollendung des 63. Lebensjahres. ³Als anzurechnender Bezug wird die tatsächliche, entsprechend Absatz 5 auf das vollendete 63. Lebensjahr hochgerechnete gesetzliche Rente zugrunde gelegt. ⁴Die sich nach den Sätzen 1 bis 3 ergebende zusätzliche Startgutschrift gilt bei Anwendung des § 19 als soziale Komponente im Sinne des § 9.

14. frei

15. § 38 wird wie folgt gefasst:

§ 38
Sonderregelung zu § 26 Absatz 5

¹Abweichend von § 26 Abs. 5 gilt für Mitarbeiter, für die für Dezember 2001 schon und für Januar 2002 noch eine zusätzliche Umlage nach § 7 Abs. 4 VersTV-G bezahlt wurde, Folgendes:

Soweit das monatliche zusatzversorgungspflichtige Entgelt die Summe aus Endgrundvergütung und Familienzuschlag einer/eines kinderlos verheirateten Angestellten der Vergütungsgruppe I BAT (VKA) – jährlich einmal einschließlich der Zuwendung, wenn die/der Mitarbeiterin/Mitarbeiter eine zusatzversorgungspflichtige Zuwendung erhält – übersteigt, ist in diesem Arbeitsverhältnis zusätzlich eine Umlage in Höhe von 9 v.H. des übersteigenden Betrages vom Dienstgeber zu zahlen. ²Die sich daraus ergebenden Versorgungspunkte sind zu verdreifachen.

16. frei

17. In Anlage 3 Satz 2 wird nach dem Wort „Rentenversicherung“ das Wort „(West)“ eingefügt.

III. In-Kraft-Treten

(1) Diese Änderungen treten mit Wirkung vom 1. Januar 2001 in Kraft. Abweichend von Satz 1 treten II. Nr. 1 am 01. Januar 2003 und II. Nr. 5 Buchst. a am 1. Juli 2003 in Kraft.

(2) Soweit eine Befreiung von der Pflichtversicherung nach § 2 Abs. 2 vor dem 31. März 2003 vorgenommen wurde, hat es in den Fällen, in denen die Wartezeit wegen der Dauer der Befristung erfüllt werden kann, damit sein Bewenden.

IV. In der Bayer. Regional-KODA besteht Einigkeit, entsprechend der nachfolgend abgedruckten Niederschriftserklärung zu verfahren:

Gemeinsame Niederschriftserklärung der Tarifvertragsparteien des öffentlichen Dienstes (in Zusammenhang mit dem Änderungstarifvertrag Nr. 2 zum ATV-K vom 12. März 2003)

Entsprechend Nr. 2 der Niederschrift über den Abschluss der Tarifverhandlungen zur Zukunft der Zusatzversorgung vom 1. März 2002 erklären die Tarifvertragsparteien Folgendes:

1. Im Zusammenhang mit den Änderungen zu § 33 sind weitere Fallkonstellationen umfassend erörtert worden. Die Tarifvertragsparteien sind sich einig, dass kein weiterer Änderungsbedarf besteht.

-
2. Für die Waldarbeiter wird eine dem § 19 Abs. 1 Satz 7 ATV/ATV-K entsprechende Regelung im ATV-W angestrebt.
 3. Die Abfindung nach § 22 Abs. 2 ATV/ATV-K ist während des Bezugs einer Erwerbsminderungsrente nur auf Antrag der/des Rentenberechtigten zulässig.
 4. Soweit eine Nachversicherung sog. unterhältig Teilzeitbeschäftigter bisher nicht erfolgt ist, soll diese nunmehr zeitnah nachgeholt werden.
 5. Die Zusatzversorgungseinrichtungen haben nach § 26 Abs. 3 Satz 1 ATV/ATV-K eine freiwillige Versicherung in Anlehnung an das Punktemodell anzubieten.
 6. Bei Berechnung der Startgutschriften erfolgt eine ausschließlich stichtagsbezogene Berücksichtigung des Familienstandes zum 31. 12. 2001, auf deren Basis eine Differenzierung nach Steuerklasse III/0 bzw. I/O erfolgt; ein späterer Wechsel der berücksichtigten Steuerklasse ist ausgeschlossen.
 7. In den Fällen des § 33 Abs. 1 ATV/ATV-K erfolgt bei Berechnung des anzurechnenden Bezuges eine Rechtskreistrennung (Ost/West) bei der Frage der zu berücksichtigenden Beitragsbemessungsgrenze. Dies gilt auch für die Berechnung des fiktiven Nettoarbeitsentgelts (§ 41 Abs. 2 c VBL-Satzung a.F.).
 8. Die noch erreichbare Betriebsrente nach § 33 Abs. 2 Satz 2 ATV/ATV-K ist unter Berücksichtigung der sich nach § 38 ATV-K, § 39 Abs. 1 bzw. 2 ATV ggf. noch ergebenden Betriebsrente zu berechnen.
 9. Auch in den Fällen des Vorruhestandes erfolgt die Hochrechnung der Anwartschaft entsprechend § 33 Abs. 3 ATV/ATV-K nicht auf das vollendete 63. Lebensjahr, sondern auf den voraussichtlichen Rentenbeginn.
 10. Die Tarifvertragsparteien gehen weiterhin davon aus, dass die im Altersvorsorgeplan 2001 bzw. ATV/ATV-K gefundenen Regelungen zur Ermittlung der Startgutschrift inklusive der Übergangsregelungen zur Anwendung des § 44 a VBL-Satzung a.F. (ausschließlich im § 33 Abs. 2, 3 und 3 a) rechtmäßig sind.

**§ 44 ABD Teil A, 1./§ 40 ABD Teil B, 1.,
Umzugskostenvergütung,
Trennungentschädigung (Trennungsgeld)**

**hier: notwendige Änderung in Umsetzung des
Änderungstarifvertrages Nr. 2 zum ATV-K (März 2003)**

1. In § 44 Unterabs. 2 Nr. 5 Satz 2 wird das Wort „Versorgungsrente“ durch das Wort „Betriebsrente“ ersetzt.
2. Diese Änderung tritt zum 01.09.2003 in Kraft.

**§ 62 ABD Teil A, 1./§ 65 Abs. 1 ABD Teil B, 1.,
Voraussetzungen für die Zahlung des
Übergangsgeldes**

**hier: notwendige Änderung in Umsetzung des
Änderungstarifvertrages Nr. 2 zum ATV-K (März 2003)**

1. In § 62 Abs. 2 Buchst. h werden die Worte „Versorgungsrente oder vergleichbare Leistung gewährt wird oder die Anwartschaft auf eine dieser Leistungen gesichert ist“ durch die Worte „Betriebsrente oder vergleichbare Leistung gewährt wird“ ersetzt.
2. Diese Änderung tritt zum 01.09.2003 in Kraft.

Regelung der Altersteilzeitarbeit

hier: Aufhebung der Protokollnotiz zu § 9 Abs. 2 Buchst. a

1. Die Protokollnotiz zu § 9 Abs. 2 Buchst. a der Regelung der Altersteilzeitarbeit wird aufgehoben.
2. Diese Änderung tritt zum 01.09.2003 in Kraft.

Änderungen und Ergänzungen zum Arbeitsvertragsrecht der bayerischen (Erz-)Diözesen – ABD –

Beschlüsse der Bayer. Regional-KODA vom 07./08.10.2003

- Regelung über eine Zuwendung für Mitarbeiter
hier: Änderung der Anmerkung Nr. 1 zu § 2 zum 01.10.2003

- Regelung über eine Zuwendung für Auszubildende
hier: Änderung der Anmerkung Nr. 1 zu § 2 zum 01.10.2003

- Regelung über eine Zuwendung für Praktikanten
hier: Änderung der Anmerkung Nr. 1 zu § 2 zum 01.10.2003

Anlage zum

Amtsblatt für die Diözese Augsburg; Amtsblatt für die Erzdiözese Bamberg; Pastoralblatt des Bistums Eichstätt; Amtsblatt für das Erzbistum München und Freising; Amtsblatt für das Bistum Passau; Amtsblatt für die Diözese Regensburg; Würzburger Diözesanblatt

1. Die Anmerkung Nr. 1 zu § 2 der Regelung über eine Zuwendung für Mitarbeiter wird wie folgt neu gefasst:

1. Wegen der am 11. März 1994, am 20. Juni 1996, am 02. April 1998, am 27. Februar 1999, am 13. Juni 2000 und am 09. Januar 2003 vereinbarten Festschreibung der Zuwendung beträgt, abweichend von Absatz 1 Unterabsatz 1 Satz 1, der Bemessungssatz für die Zuwendung vom 01. Januar bzw. für die Angestellten der Vergütungsgruppen III bis I vom 01. April bis 31. Dezember 2003 83,79 v.H., vom 01. Januar bis 30. April 2004 82,96 v.H. und vom 01. Mai 2004 an 82,14 v.H.

Abweichend von vorstehender Regelung beträgt der Bemessungssatz für die Zuwendung

- a) vom 01. Januar bis 31. Dezember 2003 für Angestellte und Arbeiter, deren Beschäftigungsverhältnis vor dem 01. Juli 2003 begründet worden ist, 83,79 v.H. Dies gilt auch für Angestellte und Arbeiter, die in der Zeit vom 01. Juli bis 31. Dezember 2003 befristet oder unbefristet weiterbeschäftigt worden sind, soweit eine Unterbrechung nicht vorliegt. Satz 2 des Buchstaben a) gilt nicht für Angestellte und Arbeiter, die nach Beendigung eines Ausbildungsverhältnisses im Sinne des Berufsbildungsgesetzes übernommen worden sind,
- b) vom 01. Januar bis 31. Dezember 2003 für Angestellte der Vergütungsgruppen X bis IVa sowie für Arbeiter 70 v.H. und für die Angestellten der Vergütungsgruppen III bis I 65 v.H., sofern die Beschäftigungsverhältnisse nach dem 30. Juni 2003 begründet worden sind,
- c) ab dem 01. Januar 2004 bis zum In-Kraft-Treten einer für die bei dem Freistaat Bayern beschäftigten Arbeitnehmer geltenden tarifvertraglichen Regelung über eine Zuwendung einheitlich für alle Angestellten der Vergütungsgruppen X bis IVa sowie einheitlich für alle Arbeiter 70 v.H. und einheitlich für alle Angestellten der Vergütungsgruppen III bis I 65 v.H.

2. Diese Änderung tritt zum 01. Oktober 2003 in Kraft.

1. Die Anmerkung Nr. 1 zu § 2 der Regelung über eine Zuwendung für Auszubildende wird wie folgt neu gefasst:

1. Wegen der am 11. März 1994, am 20. Juni 1996, am 02. April 1998, am 27. Februar 1999, am 13. Juni 2000 und am 09. Januar 2003 vereinbarten Festschreibung der Zuwendung beträgt, abweichend von Absatz 1 Unterabsatz 1 Satz 1, der Bemessungssatz für die Zuwendung vom 01. Januar bis 31. Dezember 2003 84,87 v.H., vom 01. Januar bis 30. April 2004 84,03 v.H. und vom 01. Mai 2004 an 83,20 v.H.

Abweichend von vorstehender Regelung beträgt der Bemessungssatz für die Zuwendung

- a) vom 01. Januar bis 31. Dezember 2003 für Auszubildende, deren Ausbildungsverhältnis vor dem 01. Juli 2003 begründet worden ist, 84,87 v.H.,
- b) vom 01. Januar bis 31. Dezember 2003 für Auszubildende 70 v.H., sofern das Ausbildungsverhältnis nach dem 30. Juni 2003 begründet worden ist,
- c) ab dem 01. Januar 2004 bis zum In-Kraft-Treten einer für die bei dem Freistaat Bayern beschäftigten Auszubildenden geltenden tarifvertraglichen Regelung über eine Zuwendung einheitlich für alle Praktikanten 70 v.H.

2. Diese Änderung tritt zum 01. Oktober 2003 in Kraft.

1. Die Anmerkung Nr. 1 zu § 2 der Regelung über eine Zuwendung für Praktikanten wird wie folgt neu gefasst:

1. Wegen der am 11. März 1994, am 20. Juni 1996, am 02. April 1998, am 27. Februar 1999, am 13. Juni 2000 und am 09. Januar 2003 vereinbarten Festschreibung der Zuwendung beträgt, abweichend von Absatz 1 Unterabsatz 1 Satz 1, der Bemessungssatz für die Zuwendung vom 01. Januar bis 31. Dezember 2003 83,79 v.H., vom 01. Januar bis 30. April 2004 82,96 v.H. und vom 01. Mai 2004 an 82,14 v.H.

Abweichend von vorstehender Regelung beträgt der Bemessungssatz für die Zuwendung

- a) vom 01. Januar bis 31. Dezember 2003 für Praktikanten, deren Praktikantenverhältnis vor dem 01. Juli 2003 begründet worden ist, 83,79 v.H.,
- b) vom 01. Januar bis 31. Dezember 2003 für Praktikanten 70 v.H., sofern das Praktikantenverhältnis nach dem 30. Juni 2003 begründet worden ist,
- c) ab dem 01. Januar 2004 bis zum In-Kraft-Treten einer für die bei dem Freistaat Bayern beschäftigten Praktikanten geltenden tarifvertraglichen Regelung über eine Zuwendung einheitlich für alle Praktikanten 70 v.H.

2. Diese Änderung tritt zum 01. Oktober 2003 in Kraft.

Änderungen und Ergänzungen zum Arbeitsvertragsrecht der bayerischen (Erz-)Diözesen – ABD –

Beschlüsse der Bayerischen Regional-KODA vom
07./08.10.2003 und vom 09./10.12.2003

- § 1 ABD Teil A, 1. / § 1 ABD Teil B, 1. Allgemeiner Geltungsbereich
hier: Anpassung an § 3 BayRKO zum 01.10.2003
zum 01.10.2003

- Regelung über eine Zuwendung für Mitarbeiter
hier: Absenkung der Weihnachtszuwendung;
(betr.: familienbezogene Komponente im Ortszuschlag)
zum 01.01.2004

Anlage zum

Amtsblatt für die Diözese Augsburg; Amtsblatt für die Erzdiözese Bamberg; Pastoralblatt des Bistums Eichstätt; Amtsblatt für das Erzbistum München und Freising; Amtsblatt für das Bistum Passau; Amtsblatt für die Diözese Regensburg; Würzburger Diözesanblatt

§ 1 ABD Teil A, 1. /

§ 1 ABD Teil B, 1. Allgemeiner Geltungsbereich

hier: Anpassung an § 3 BayRKO zum 01.10.2003

1. § 1 Abs. 1 ABD Teil A, 1. wird um folgende Ziffer 6 ergänzt:

- ... 6. den Instituten des geweihten Lebens päpstlichen Rechts und den Gesellschaften des apostolischen Lebens päpstlichen Rechts, soweit diese verbindlich entschieden haben, dass die vom (Erz-)Bischof in Kraft gesetzten Beschlüsse der BayRK bzw. der Lehrerkommission (§ 12 BayRKO) auch für ihre Einrichtungen in den bayer. (Erz-)Diözesen gleichfalls als in Kraft gesetzt gelten,

2. Diese Regelung tritt zum 01.10.2003 in Kraft.

Regelung über eine Zuwendung für Mitarbeiter

**hier: Absenkung der Weihnachtszuwendung;
(betr.: familienbezogene Komponente im Ortszuschlag)**

1. In § 2 Abs. 3 Satz 1 der Regelung über eine Zuwendung für Mitarbeiter werden die Worte „25,56 EURO“ durch die Worte „50,00 EURO“ ersetzt.
2. In § 2 Abs. 3 Satz 1 der Regelung über eine Zuwendung für Auszubildende werden die Worte „50,00 DM/25,56 EURO“ durch die Worte „50,00 EURO“ ersetzt.
3. In § 2 Abs. 3 Satz 1 der Regelung über eine Zuwendung für Praktikanten werden die Worte „25,56 EURO“ durch die Worte „50,00 EURO“ ersetzt.
4. Diese Regelungen treten zum 01.01.2004 in Kraft.

Änderungen und Ergänzungen zum Arbeitsvertragsrecht der bayerischen (Erz-)Diözesen – ABD –

Beschlüsse der Lehrerkommission in der Bayerischen Regional-KODA vom 09.10.2003 und vom 11.12.2003

- SR 2 I Teil A
hier: Anpassung der Nr. 6 Abs. 6 Satz 2 an die neue BayRKO
zum 01.10.2003

- Regelung zur Mehrarbeit
hier: Änderung der SR 2 I Teile A bis C Nr. 3 Abs. 3
Schuljahr 2003/2004

- Regelungen zur Weihnachtswendung, zum Urlaubsgeld, zur vermögenswirksamen Leistung und zur sog. Ballungsraumzulage
zum 01.07.2003

Anlage zum

Amtsblatt für die Diözese Augsburg; Amtsblatt für die Erzdiözese Bamberg; Pastoralblatt des Bistums Eichstätt; Amtsblatt für das Erzbistum München und Freising; Amtsblatt für das Bistum Passau; Amtsblatt für die Diözese Regensburg; Würzburger Diözesanblatt

SR 2 I Teil A

hier: Anpassung der Nr. 6 Abs. 6 Satz 2 an die neue BayRKO

1. Nr. 6 Abs. 6 Satz 2 der SR 2 I Teil A erhält folgende Fassung:
... Institute des geweihten Lebens oder Gesellschaften des apostolischen Lebens entscheiden über die Übernahme dieser Beiträge.
2. Diese Regelung tritt zum 01.10.2003 in Kraft. Gleichzeitig tritt der Beschluss vom 17.07.2003, veröffentlicht in der Anlage 48 zu den Amtsblättern der bayer. (Erz-)Diözesen (betrifft SR 2 I Teil A, Anpassung der Nr. 6 Abs. 6 Satz 2 an die neue BayRKO) außer Kraft.

Regelung zur Mehrarbeit

hier: Änderung der SR 2 I Teile A bis C Nr. 3 Abs. 3

1. Nr. 3 Abs. 3 der SR 2 I Teil A wird um folgende Protokollnotiz ergänzt:

Protokollnotiz zu Abs. 3 Satz 1:

1. Vollbeschäftigte Lehrkräfte erhalten bei für das ganze Schuljahr angeordneter regelmäßiger Mehrarbeit von wöchentlich bis zu zwei Unterrichtsstunden in einem Mangelfach des Pflichtunterrichts eine im entsprechenden Umfang erhöhte Vergütung. Mangelfächer sind an Gymnasien: M+Beifach, D/E, Sp+Beifach, Ku, Mu, L+Beifach, K+Beifach, Ev+Beifach, E/Sp, E/lt, an Realschulen D+Beifach (E/K/Ku/Mu), E+Beifach (F/Wi/Ek/Ku/Mu), M+Beifach (Ph/C/K/Ek/Mu), WR+Ek. Über weitere Fächer als Mangelfächer entscheidet der Schulträger im Einzelfall unter Anlegung eines strengen Maßstabs.
 2. Diese Regelung gilt für das Schuljahr 2003/04.
2. Nr. 3 Abs. 3 der SR 2 I Teile B und C wird um folgende Protokollnotiz ergänzt:

Protokollnotiz zu Abs. 3 Satz 1:

1. Vollbeschäftigte Lehrkräfte erhalten bei für das ganze Schuljahr angeordneter regelmäßiger Mehrarbeit von wöchentlich bis zu zwei Unterrichtsstunden in einem Fach des Pflichtunterrichts eine im entsprechenden Umfang erhöhte Vergütung.
2. Diese Regelung gilt für das Schuljahr 2003/04.

Regelungen zur Weihnachtszuwendung, zum Urlaubsgeld, zur vermögenswirksamen Leistung und zur sog. Ballungsraumzulage

1. Nr. 6 Abs. 3 der SR 2 I Teile A und B wird wie folgt gefasst:

„Die Regelungen über eine Zuwendung für Mitarbeiter, über ein Urlaubsgeld für Mitarbeiter, über eine vermögenswirksame Leistung an Mitarbeiter und eine ergänzende Leistung für Mitarbeiter (sog. Ballungsraumzulage) gelten in der im ABD Teil C am 30.06.2003 gültigen Fassung.

Für die Höhe der in Satz 1 genannten Leistungen finden die Vorschriften für Beamte des Katholischen Schulwerks in Bayern entsprechend Anwendung.“

2. Nr. 6 Abs. 4 der SR 2 I Teile A und B wird wie folgt gefasst:

„Änderungen der Vergütung bzw. Leistungen gem. Absatz 2 und Änderungen in der Höhe der Leistungen gem. Absatz 3 werden zum jeweiligen Zeitpunkt Bestandteil der SR 2 I.“

3. Nr. 6 Abs. 3 der SR 2 I Teil C wird wie folgt gefasst:

„Die Regelungen über eine Zuwendung für Mitarbeiter, über ein Urlaubsgeld für Mitarbeiter, über eine vermögenswirksame Leistung an Mitarbeiter und eine ergänzende Leistung für Mitarbeiter (sog. Ballungsraumzulage) gelten in der im ABD Teil C am 30.06.2003 gültigen Fassung.

Für die Höhe der in Satz 1 genannten Leistungen finden die Vorschriften für vergleichbare Beamte des Freistaates Bayern² entsprechend Anwendung.“

4. Nr. 6 Abs. 4 der SR 2 I Teil C wird wie folgt gefasst:

„Änderungen der Vergütung bzw. Leistungen gem. Absatz 2 und Änderungen in der Höhe der Leistungen gem. Absatz 3 werden zum jeweiligen Zeitpunkt Bestandteil der SR 2 I.“

5. Diese Regelung tritt rückwirkend zum 01.07.2003 in Kraft.

² Abweichend von der SR 2 I Teil A wird hier auf die Beamten des Freistaates Bayern verwiesen, da laut Verfassung des Kath. Schulwerkes in Bayern Volksschulen in kirchlicher Trägerschaft derzeit keine Mitgliedsschulen sind.

Mediengruppe Universal, Kirschstraße 16, 80999 München
Auflage 14 200

Änderungen und Ergänzungen zum Arbeitsvertragsrecht der bayerischen (Erz-)Diözesen – ABD –

Beschlüsse der Bayerischen Regional-KODA vom 03./04.02.2004
und vom 25.03.2004

- § 29 ABD Teil A, 1., Ortszuschlag / § 41 ABD Teil B, 1., Sozialzuschlag
hier: Konkurrenzregelung im Bereich geschiedener Ehegatten
zum 01.04.2004

- § 40 a ABD Teil A, 1./§ 46 a ABD Teil B, 1., Kirchliche Beihilfeversicherung bei Krankheitsfällen
hier: Änderung des Wortes „Beihilfeversicherung“ in das Wort
„Höherversicherung“
zum 01.01.2004

- § 72 ABD Teil A, 1. / § 73 ABD Teil B, 1., Übergangsregelung für die kirchliche Beihilfeversicherung bei Krankheitsfällen
hier: Änderung des Wortes „Beihilfeversicherung“ in das Wort
„Höherversicherung“
zum 01.01.2004

Anlage zum

Amtsblatt für die Diözese Augsburg; Amtsblatt für die Erzdiözese Bamberg; Pastoralblatt des Bistums Eichstätt; Amtsblatt für das Erzbistum München und Freising; Amtsblatt für das Bistum Passau; Amtsblatt für die Diözese Regensburg; Würzburger Diözesanblatt

§ 29 ABD Teil A, 1., Ortszuschlag/ § 41 ABD Teil B, 1., Sozialzuschlag

hier: Konkurrenzregelung im Bereich geschiedener Ehegatten

1. § 29 Abs. 6 ABD Teil A, 1. erhält folgende Fassung:

Steht neben dem Angestellten einer anderen Person, die im öffentlichen Dienst steht oder auf Grund einer Tätigkeit im öffentlichen Dienst nach beamtenrechtlichen Grundsätzen oder nach einer Ruhelohnordnung versorgungsberechtigt ist, oder die im Dienst eines Arbeitgebers, der das ABD oder eine dem ABD zum Ortszuschlag vergleichbare Regelung anwendet, der Familienzuschlag der Stufe 2 oder einer der folgenden Stufen oder der Ortszuschlag nach Stufe 3 oder einer der folgenden Stufen zu, wird der auf das Kind entfallende Unterschiedsbetrag zwischen den Stufen des Ortszuschlages dem Angestellten nur in der Höhe gewährt, die dem Anteil der Arbeitszeit des Angestellten am Gesamtbeschäftigungsumfang des Angestellten und der anderen Person entspricht. Dieser Anteil wird in dem Umfang gekürzt, um den der Gesamtbeschäftigungsumfang die regelmäßige durchschnittliche wöchentliche Arbeitszeit eines Vollbeschäftigten übersteigt. § 34 Abs. 1 Unterabs. 1 Satz 1 findet auf den dem Angestellten zustehenden Anteil am Unterschiedsbetrag keine Anwendung.

Dem Ortszuschlag nach Stufe 3 oder einer der folgenden Stufen stehen der Sozialzuschlag nach den Tarifverträgen für Arbeiter des öffentlichen Dienstes, eine sonstige entsprechende Leistung oder das Mutterschaftsgeld gleich. Auf das Kind entfällt derjenige Unterschiedsbetrag, der sich aus der für die Anwendung des EStG oder des BKGG maßgebenden Reihenfolge der Kinder ergibt.

2. Diese Regelung tritt zum 01.04.2004 in Kraft.

§ 40 a ABD Teil A, 1. / § 46 a ABD Teil B, 1.,
Kirchliche Beihilfeversicherung bei
Krankheitsfällen

hier: Änderung des Wortes „Beihilfeversicherung“ in das Wort
„Höherversicherung“

1. In § 40 a ABD Teil A, 1. / § 46 a ABD Teil B, 1. wird das Wort „Beihilfeversicherung“ jeweils durch das Wort „Höherversicherung“ ersetzt.
2. Diese Regelung tritt rückwirkend zum 01.01.2004 in Kraft.

§ 72 ABD Teil A, 1. / § 73 ABD Teil B, 1., Übergangsregelung für die kirchliche Beihilfeversicherung bei Krankheitsfällen

hier: Änderung des Wortes „Beihilfeversicherung“ in das Wort
„Höherversicherung“

1. In § 72 ABD Teil A, 1./§ 73 ABD Teil B, 1. wird das Wort „Beihilfeversicherung“ jeweils durch das Wort „Höherversicherung“ ersetzt.
2. Diese Regelung tritt rückwirkend zum 01.01.2004 in Kraft.

Änderungen und Ergänzungen zum Arbeitsvertragsrecht der bayerischen (Erz-)Diözesen – ABD –

Beschlüsse der Bayerischen Regional-KODA vom 04./05.05.2004

- **Regelung über ein Urlaubsgeld für Mitarbeiter**
hier: Anmerkung zu § 2

zum 15.06.2004

- **Übernahme von Regelungen des neugestalteten Tarifrechts des öffentlichen Dienstes**

zum 15.06.2004

§ 2 der Regelung über ein Urlaubsgeld für Mitarbeiter (ABD Teil C, 7.) erhält folgende Anmerkung:

1. Abweichend von § 2 Abs. 1 Satz 1 beträgt für das Jahr 2004 für den am 01. Juli vollbeschäftigten Angestellten das Urlaubsgeld 100,00 EURO, wenn dem Angestellten am 01. Juli Grundvergütung nach einer der Vergütungsgruppen V b bis III zusteht, bzw. 0,00 EURO, wenn dem Angestellten am 01. Juli Grundvergütung nach einer der Vergütungsgruppen II b bis I zusteht. Angestellte der Vergütungsgruppen V b bis I a erhalten zur Ergänzung des gekürzten Urlaubsgeldes bzw. als Ersatz für das weggefallene Urlaubsgeld je Kind, das in der Vergütung im Ortszuschlag berücksichtigt ist, den Betrag von 25,00 EURO.

2. Die Regelung über ein Urlaubsgeld für Mitarbeiter mit der unter Ziffer 1 getroffenen Abweichung findet auch auf Mitarbeiter Anwendung, deren Arbeitsverhältnis nach dem 31.07.2003 begründet wurde.

3. Diese Änderung tritt zum 15. Juni 2004 in Kraft.

Beschluss der Bayerischen Regional-KODA zur Übernahme von Regelungen des neugestalteten Tarifrechts des öffentlichen Dienstes

1. Die für die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes (auf der Grundlage der Prozessvereinbarung der Tarifvertragsparteien des öffentlichen Dienstes vom 09.01.2003) voraussichtlich zum 01.02.2005 erstmalig in Kraft tretenden arbeitsvertragsrechtlichen Regelungen des TVöD¹ werden zum gleichen Zeitpunkt wie im TVöD Bestandteil des ABD, soweit die Bayerische Regional-KODA keine abweichenden Beschlüsse fasst.

¹ Sparte Verwaltung, ggf. für MitarbeiterInnen in Kindertagesstätten (pädagogische Fach- und Zweikräfte) die im TVöD vorgesehene Sparte

2. Die zur Einführung des TVöD tarifvertraglich vereinbarten Übergangsregelungen gelten für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Geltungsbereich des ABD ebenfalls, soweit die Bayerische Regional-KODA von ihrer Regelungskompetenz keinen Gebrauch macht.

3. Vom BAT/BL, BAT/VkA, MTArb und von den diese ergänzenden Tarifverträgen (Stand 31.01.2005) abweichende oder diese ergänzende Regelungen im ABD werden zusammengestellt und bleiben bis zu einer Änderung durch die Bayerische Regional-KODA in Kraft. Soweit durch im TVöD geregelte Tatbestände, insbesondere in der Vergütung, eine Anpassung erfolgen muss, erfolgt die Anpassung innerhalb von sechs Monaten nach Veröffentlichung des TVöD, soweit die Bayerische Regional-KODA nicht im Einzelfall eine andere Frist festlegt.

Es sind aufzulisten

- a) alle kirchenspezifischen Regelungen
- b) alle sonstigen im ABD vom BAT abweichenden oder ihn ergänzenden Regelungen.

Diese Auflistung hat möglichst bis zum 31.12.2004 zu erfolgen. Die Entscheidung, ob und mit welchem Inhalt diese Regelungen fortgeführt werden, hat unter der Wahrung des Grundsatzes der Kostenneutralität möglichst bis zum 31.12.2005 zu erfolgen.

4 a. Veränderungen der Vergütung und der Einmalzahlungen (Zuwendung, Urlaubsgeld, etc.) im Bereich des TVöD werden – entsprechend den bisherigen Bestimmungen des § 26 Abs. 3 und 4 ABD Teil A, 1. bzw. § 22 ABD Teil B, 1. einschließlich der dazugehörigen Protokollnotizen – zum jeweiligen Zeitpunkt Bestandteil des ABD, soweit die Bayerische Regional-KODA nichts anderes beschließt.

Der Anspruch auf die veränderte Vergütung bzw. Einmalzahlungen wird zum Vergütungszahltag des dritten Monats fällig, der auf die Veröffentlichung der Änderungen im TVöD im Bayerischen Staatsanzeiger folgt.

4 b. Sonstige Änderungen des TVöD bedürfen zu ihrer Übernahme in das ABD der Beschlussfassung durch die Bayerische Regional-KODA, soweit nicht etwas anderes geregelt ist.

5 a. Für den Fall, dass zum Zeitpunkt des In-Kraft-Tretens des TVöD der für die Beschäftigten des Freistaates Bayern geltende BAT/BL (in der Fassung vom 31.01.2005) nicht in den TVöD überführt worden ist, führt die Bayerische Regional-KODA baldmöglichst eine Entscheidung darüber herbei, welcher Tarifvertrag im öffentlichen Dienst als Grundlage für das ABD im Sinne des Grundlagen- und Übernahmebeschlusses von 1995 gilt. Hierbei wird auch entschieden, ob und in welcher Weise bzw. in welcher Angelegenheit aus rechtlichen oder anderen Gründen sich die Bayerische Regional-KODA an die Freisinger Bischofskonferenz wendet.

5 b. Im Falle von Ziffer 5 a Satz 1 werden die Vergütungsregelungen für Angestellte sowie die Monatslohnregelungen für Arbeiter zum jeweiligen Zeitpunkt und entsprechend dem effektiven Verhältnis der Tarifentwicklung im TVöD angepasst. Für die MitarbeiterInnen in Kindertagesstätten (pädagogische Fach- und Zweitkräfte) sind die Vergütungsregelungen der Sparte des TVöD zu Grunde zu legen, der sie zugeordnet sind. Die Fälligkeit des Anspruchs richtet sich nach Ziffer 4 a Satz 2.

6. Für den Fall, dass der TVöD nicht zum 01.02.2005 in Kraft tritt, wird das In-Kraft-Treten auf den Termin gesetzt, an dem der TVöD tatsächlich in Kraft tritt.

7. Die Bayerische Regional-KODA ist sich darin einig, dass die Übernahme des TVöD unter den in Ziffern 2, 3, 4 a und 4 b genannten Voraussetzungen in das ABD im Einklang mit den Beschlüssen anlässlich der Einführung des ABD im Jahr 1995 steht.

Dieser Beschluss tritt zum 15. Juni 2004 in Kraft.

Änderungen und Ergänzungen zum Arbeitsvertragsrecht der bayerischen (Erz-)Diözesen – ABD –

**Beschlüsse der Lehrerkommission in der Bayerischen Regional-
KODA vom 06.05.2004 und vom 15.07.2004**

- **Regelung zur Mehrarbeit**
hier: Ergänzung der Protokollnotiz zu Nr. 3 Abs. 3 SR 2 I Teile A bis C
Schuljahr 2004/2005

- **Arbeitszeitkonto**
hier: Ergänzung der Nr. 3 der SR 2 I Teile A bis C
zum 01.07.2004

- **Beihilfen bei Krankheits-, Pflege-, Geburts- und Todesfällen, Unter-
stützungen**
hier: Ergänzung der Protokollnotiz zu Nr. 7 SR 2 I Teil A
zum 01.09.2004

Anlage zum

Amtsblatt für die Diözese Augsburg; Amtsblatt für die Erzdiözese Bamberg; Pastoralblatt des
Bistums Eichstätt; Amtsblatt für das Erzbistum München und Freising; Amtsblatt für das Bistum
Passau; Amtsblatt für die Diözese Regensburg; Würzburger Diözesanblatt

Regelung zur Mehrarbeit

**hier: Ergänzung der Protokollnotiz der SR 2 I
Teile A bis C Nr. 3 Abs. 3**

Die Protokollnotiz Nr. 3 Abs. 3 wird um folgende Ziffer 3 ergänzt:

3. Diese Regelung wird unter den vom Bayerischen Staatsministerium für Unterricht und Kultus gesetzten Bedingungen für das Schuljahr 2004/2005 verlängert.

Arbeitszeitkonto

hier: Ergänzung der Nr. 3 der SR 2 I Teile A bis C

1. Die Nr. 3 der SR 2 I Teile A, B und C werden um folgenden Protokollauszug der 22. Vollversammlung der Lehrerkommission der Bayerischen Regional-KODA am 06.05.2004 wie folgt ergänzt:

Anmerkung:

Es bestehen keine Einwände gegen die Anwendung der staatlichen Regelungen bei der Mehr- oder Minderarbeit. Eine entsprechende Fixierung mit den betroffenen Lehrern im Rahmen der staatlichen Vorgaben wird nahegelegt. Der Abbau der Mehrarbeitsstunden erfolgt im Sinne der Arbeitszeitkontenregelung des ABD Teil C, 11.

2. Diese Änderung tritt zum 01.07.2004 in Kraft.

Beihilfen bei Krankheits-, Pflege-, Geburts- und Todesfällen, Unterstützungen

hier: Ergänzung der Protokollnotiz zu Nr. 7 SR 2 I Teil A

1. Die Protokollnotiz wird um folgende Ziffer 2 ergänzt:
2 Gesetzlich krankenversicherte Lehrkräfte, denen die Versorgungszusage gem. Nr. 6 Abs. 5 erteilt worden ist, erhalten Beihilfe nach dem Tarif 814 auch in der Elternzeit und im Sonderurlaub aus familienpolitischen Gründen sowie im Falle der Beendigung des Arbeitsverhältnisses wegen Bezuges einer Rente wegen verminderter Erwerbsfähigkeit oder wegen Alters.
2. Diese Regelung tritt zum 01.09.2004 in Kraft.

Änderungen und Ergänzungen zum Arbeitsvertragsrecht der bayerischen (Erz-)Diözesen – ABD –

I. Beschlüsse der Zentral-KODA vom 01.07.2004

- Beschluss zur Entgeltumwandlung
zum 01.10.2004
- Ordnung für den Arbeitszeitschutz im liturgischen Bereich
zum 01.01.2006

Im Geltungsbereich der Bayerischen Regional-KODA-Ordnung regelt die KAZO (ABD Teil C, 1.) unter Punkt B. den Arbeitszeitschutz für Mitarbeiter im liturgischen Bereich. Gem. § 7 der von der Zentral-KODA beschlossenen „Ordnung für den Arbeitszeitschutz im liturgischen Bereich“ gilt die KAZO (ABD Teil C, 1.) unverändert fort.

II. Beschlüsse der Bayerischen Regional-KODA vom 13./14.07.2004

- Ergänzende Regelung zu den Beschlüssen der Zentral-KODA zur Entgeltumwandlung nach dem „Gesetz zur Verbesserung der betrieblichen Altersversorgung“ (BetrAVG)
zum 01.09.2004
- Betriebliche Altersversorgung (Entgeltumwandlung)
hier: Aufnahme künftiger Ansprüche auf vermögenswirksame Leistungen in umwandelbare Arbeitgeberentgeltbestandteile
zum 01.09.2004
- Vergütungsordnung für Mitarbeiter in der kirchlichen Verbands- und Bildungsarbeit für Erwachsene vom 01.07.1994
zum 01.09.2004
- Vergütungsordnung für bestellte Jugendpfleger und gleichgestellte Mitarbeiter in der kirchlichen Jugendarbeit mit vergleichbaren Tätigkeitsmerkmalen vom 01.01.1994
zum 01.09.2004

Anlage zum

Amtsblatt für die Diözese Augsburg; Amtsblatt für die Erzdiözese Bamberg; Pastoralblatt des Bistums Eichstätt; Amtsblatt für das Erzbistum München und Freising; Amtsblatt für das Bistum Passau; Amtsblatt für die Diözese Regensburg; Würzburger Diözesanblatt

-
- § 25 ABD A, 1. Ausnahmen von Abschnitt VI, Eingruppierung
zum 01.09.2004
 - ABD Teil A, 3.3., G. 1. Angestellte im Sozial- und Erziehungsdienst
zum 01.09.2004
 - Vergütungsregelung für Religionslehrer, die unter die Sonderregelung zur Dienstordnung für Religionslehrer i. K. fallen vom 01.09.1998
zum 01.09.2004
 - Übernahme der Regelungen des Tarifabschlusses des öffentlichen Dienstes vom 31.01.2003
hier: Änderung des Zahltages für die Vergütung
zum 01.09.2004
 - Umsetzung des Gesetzes zur Änderung des Bundeserziehungsgeldgesetzes (01.12.2000) sowie des Gesetzes zur Änderung des Begriffs „Erziehungsurlaub“ (30.11.2000)
zum 01.09.2004
 - Regelung über ein Urlaubsgeld für Mitarbeiter
zum 01.07.2004
 - Anpassung an den EURO
zum 01.09.2004
 - Ordnung über die betriebliche Altersversorgung, der bei der SELBST-HILFE, Pensionskasse der Caritas VVaG versicherten Mitarbeiter im kirchlichen Dienst, Versorgungsordnung B, ABD Teil C, 3 b
zum 01.09.2004

Beschluss betrifft nur Diözese Augsburg

- Diözesane Ordnung für die Fortbildung, Weiterbildung, Zusatzausbildung der pädagogischen Fach- und Zweitkräfte in den katholischen Tagesstätten für Kinder in der Diözese Augsburg
zum 01.09.2004

III. Änderungen in Umsetzung von Beschlüssen der Bayerischen Regional-KODA

- Ausfüllung des § 9 Abs. 2 Dienstordnung für Religionslehrer i. K.
hier: Regelung der Stundenermäßigung bei Teilzeit wegen Alters oder wegen Schwerbehinderung
zum 01.09.2004
- Änderung der Hochziffer des § 2 Abs. 1 (betr.: Vollbeschäftigung) der Sonderregelung für Religionslehrer, die nicht unter die Dienstordnung für Religionslehrer im Kirchendienst fallen, vom 01.09.1998
zum 01.09.2004

I. Beschlüsse der Zentral-KODA

Die Zentral-KODA hat gem. § 3 Abs. 1 Ziff. 1 ZKO folgende Beschlüsse gefasst, denen die Bayerische Regional-KODA gem. § 12 a Abs. 1 und 2 BayRKO zugestimmt hat.

Entgeltumwandlung

Beschluss der Zentral-KODA vom 01.07.2004

Entgeltumwandlung

Die geltende Regelung zur Entgeltumwandlung (Beschluss vom 15.04.2002 in der Fassung vom 06.11.2002) wird wie folgt geändert:

In Nr. 6 wird die Jahreszahl „2004“ durch „2008“ ersetzt.

Ordnung für den Arbeitszeitschutz im liturgischen Bereich

Beschluss der Zentral-KODA gem. § 3 Abs. 1 Ziffer 1
Zentral-KODA Ordnung vom 01.07.2004

§ 1 Geltungsbereich

- (1) Diese Ordnung gilt für Tätigkeiten von Mitarbeitern im liturgischen Bereich, auf die gem. § 18 Abs. 1 Nr. 4 ArbZG das Arbeitszeitgesetz nicht anzuwenden ist. In den liturgischen Bereich fallen nur solche Aufgaben, die für die Vorbereitung, Durchführung und Nachbereitung von Gottesdiensten und/oder aus damit im Zusammenhang stehenden Gründen notwendig sind.
- (2) Weitere berufliche Tätigkeiten sind bei der Ermittlung der höchstzulässigen Arbeitszeit zu berücksichtigen.
- (3) Für die Ruhezeit von Mitarbeitern, denen in demselben oder einem anderen Arbeitsverhältnis auch Tätigkeiten außerhalb des liturgischen Bereichs übertragen sind, ist diese Ordnung anzuwenden, wenn die nach Ablauf der Ruhezeit zu verrichtende Tätigkeit in den Geltungsbereich dieser Ordnung fällt.

§ 2 Begriffsbestimmungen

Hinsichtlich der in dieser Ordnung verwendeten Begriffe wird § 2 des Arbeitszeitgesetzes vom 06.06.1994 (BGBl. I S. 1170) für entsprechend anwendbar erklärt.

§ 3 Arbeitszeit

- (1) Die Arbeitszeit ist dienstplanmäßig auf höchstens 6 Tage in der Woche zu verteilen.
- (2) Die tägliche Arbeitszeit darf 8 Stunden nicht überschreiten. Sie kann auf bis zu 10 Stunden nur verlängert werden, wenn innerhalb von 26 Wochen im Durchschnitt 8 Stunden täglich nicht überschritten werden.
- (3) Die tägliche Arbeitszeit kann an Ostern und Weihnachten an bis zu 3 aufeinanderfolgenden Tagen sowie an bis zu 8 besonderen Gemeindefesttagen auf bis zu 12 Stunden verlängert werden, wenn die über 8 Stunden hinausgehende Arbeitszeit innerhalb von 4 Wochen ausgeglichen wird.
- (4) Zusammen mit Beschäftigungsverhältnissen außerhalb des liturgischen Bereichs soll die wöchentliche Arbeitszeit 48 Stunden nicht überschreiten. Bei Abschluss eines Arbeitsvertrages hat der Dienstgeber zu überprüfen, ob und gegebenenfalls mit welchem zeitlichen Umfang weitere Arbeitsverhältnisse bestehen.

§ 4 Ruhepausen

Die Arbeit ist durch im Voraus feststehende Ruhepausen von mindestens 30 Minuten bei einer Arbeitszeit von mehr als 6 bis zu 9 Stunden und von mindestens 45 Minuten bei einer Arbeitszeit von mehr als 9 Stunden insgesamt zu unterbrechen. Die Pausen nach Satz 1 können in Zeitabschnitte von jeweils mindestens 15 Minuten aufgeteilt werden. Länger als 6 Stunden hintereinander dürfen Mitarbeiter nicht ohne Ruhepause beschäftigt werden.

§ 5 Ruhezeit

- (1) Mitarbeiter müssen nach Beendigung der täglichen Arbeitszeit eine ununterbrochene Ruhezeit von mindestens 11 Stunden haben.
- (2) Soweit die zeitliche Lage der Gottesdienste oder andere Tätigkeiten im Sinne des § 1 Abs. 1 Satz 2 dies erfordern, kann die Mindestdauer der

Ruhezeit bis zu 5-mal innerhalb von 4 Wochen auf bis zu 9 Stunden verkürzt werden, wenn die Kürzung der Ruhezeit innerhalb von 4 Wochen durch Verlängerung anderer Ruhezeiten auf jeweils mindestens 12 Stunden ausgeglichen wird. Diese Verkürzung darf nicht öfter als 2-mal aufeinander erfolgen.

- (3) Die Ruhezeit kann an Ostern und Weihnachten an bis zu 2 aufeinanderfolgenden Tagen sowie vor oder nach der täglichen Arbeitszeit an einem besonderen Gemeindefeiertag (z. B. Patronatsfest) auf bis zu 7 Stunden verkürzt werden, wenn die Verkürzung innerhalb von 2 Wochen durch Verlängerung anderer Ruhezeiten ausgeglichen wird.

§ 6 Arbeit an Sonn- und Feiertagen

- (1) An Sonn- und Feiertagen dürfen Mitarbeiter nur zu Tätigkeiten im Sinne des § 1 Abs. 1 Satz 2 herangezogen werden.
- (2) Werden Mitarbeiter an einem auf einen Werktag fallenden gesetzlichen Feiertag oder an einem Werktag, an dem aufgrund einer besonderen kirchlichen Feiertagsregelung oder betrieblichen Regelung nicht gearbeitet wird, dienstplanmäßig beschäftigt, wird die geleistete Arbeit dadurch ausgeglichen, dass die Mitarbeiter
- a) innerhalb der nächsten 4 Wochen einen zusätzlichen arbeitsfreien Tag erhalten
 - oder
 - b) einmal im Jahr für je 2 Wochenfeiertage einen arbeitsfreien Samstag mit dem darauffolgenden Sonntag erhalten.

§ 7 In-Kraft-Treten

Diese Ordnung tritt am 01.01.2006 in Kraft. Arbeitszeitschutzregelungen, die von in Art. 7 GrO genannten Kommissionen beschlossen und spätestens bis zum 01.01.2006 in Kraft gesetzt sind, bleiben einschließlich etwaiger künftiger Änderungen unberührt.

II. Beschlüsse der Bayer. Regional-KODA

Ergänzende Regelung zu den Beschlüssen der Zentral-KODA zur Entgeltumwandlung nach dem „Gesetz zur Verbesserung der betrieblichen Alters- versorgung“ (BetrAVG)

1. In Satz 1 Unterabsatz 2 der Ziffer 1 b zu Nr. 1 werden die Worte „eine andere Pensionskasse“ durch die Worte „andere Pensions- oder Unterstützungskassen“ ersetzt.
2. Diese Änderung tritt zum 01.09.2004 in Kraft.

Betriebliche Altersversorgung (Entgeltumwandlung) hier: Aufnahme künftiger Ansprüche auf vermögenswirksame Leistungen in umwandel- bare Arbeitgeberentgeltbestandteile

1. Bei Ziffer 2 a zu Nr. 1 der Ergänzenden Regelungen zu den Beschlüssen der Zentral-KODA zur Entgeltumwandlung nach dem „Gesetz zur Verbesserung der betrieblichen Altersversorgung“ (BetrAVG) werden die Worte „sowie vermögenswirksame Leistungen im Sinne des Vermögensbildungsgesetzes“ gestrichen.
2. Der Ziffer 2 a zu Nr. 1 wird folgender Satz 2 angefügt:
Vermögenswirksame Leistungen, für die der Arbeitnehmer die Förderung mit den in § 82 Abs. 4 EStG genannten Alternativen beabsichtigt, können nicht umgewandelt werden.
3. Diese Änderungen treten zum 01.09.2004 in Kraft.

Vergütungsordnung für Mitarbeiter in der kirchlichen Verbands- und Bildungsarbeit für Erwachsene vom 01.07.1994

1. Die Überschrift erhält folgende Fassung:
„Vergütungsordnung für Mitarbeiter in der Verbands- und/oder Bildungsarbeit für Erwachsene vom 01.07.1994“
2. § 2 erhält folgende Fassung:
 - a) § 2 Abs. 3
„Mitarbeiter mit mindestens zweijähriger Vollzeitausbildung (Fachakademie für Sozialpädagogik oder vergleichbare Ausbildung) und Mitarbeiter mit sonstiger kirchlich anerkannter Ausbildung werden in Vergütungsgruppe ABD Vc, nach zwei Jahren in Vergütungsgruppe ABD Vb und nach weiteren fünf Jahren Bewährung in Vergütungsgruppe ABD IVb eingruppiert. Nach fünfjähriger Tätigkeit in Vergütungsgruppe ABD IVb werden die Mitarbeiter in Vergütungsgruppe ABD IVa eingruppiert.“
 - b) § 2 Abs. 1 und 4 werden gestrichen.
 - c) Aus § 2 Abs. 2 wird § 2 Abs. 1 und aus § 2 Abs. 3 wird § 2 Abs. 2.
3. § 2 wird um folgende Protokollnotiz ergänzt:
Protokollnotiz zu § 2:
„Mitarbeiter im Bereich der Verbands- und/oder Bildungsarbeit, die Tätigkeiten ausüben, die den Tätigkeitsmerkmalen der Vergütungsgruppe III und höher der Allgemeinen Vergütungsordnung (ABD Teil A, 3.) entsprechen, fallen nicht unter die Vergütungsordnung für Mitarbeiter in der Verbands- und/oder Bildungsarbeit.“
4. Diese Änderungen treten zum 01.09.2004 in Kraft.

Vergütungsordnung für bestellte Jugendpfleger und gleichgestellte Mitarbeiter in der kirchlichen Jugendarbeit mit vergleichbaren Tätigkeitsmerkmalen vom 01.01.1994

1. Die Überschrift erhält folgende Fassung:
„Vergütungsordnung für Mitarbeiter in der Verbands- und/oder Bildungsarbeit für Jugendliche vom 01.01.1994“

2. § 1 erhält folgende Fassung:

a) Überschrift

„§ 1 Mitarbeiter in der Verbands- und/oder Bildungsarbeit für Jugendliche“

b) Absatz 1

„Mitarbeiter in der Verbands- und/oder Bildungsarbeit für Jugendliche sind Mitarbeiter, die in der Jugendarbeit pädagogisch und mit dem Auftrag tätig sind, Verbands- und Bildungsarbeit im gesamten kirchlichen Bereich (z. B. Pfarrei, Dekanat, Diözese, Verband, Bildungseinrichtung) anzuregen, vorzubereiten und auch selbst durchzuführen.“

c) Absatz 3

„Bei der Gesamttätigkeit muss die Verbands- und/oder Bildungsarbeit überwiegen.“

3. § 2 erhält folgende Fassung:

a) § 2 Abs. 3

„Mitarbeiter mit mindestens zweijähriger Vollzeitausbildung (Fachakademie für Sozialpädagogik oder vergleichbare Ausbildung) und Mitarbeiter mit sonstiger kirchlich anerkannter Ausbildung werden in Vergütungsgruppe ABD Vc, nach zwei Jahren in Vergütungsgruppe ABD Vb und nach weiteren fünf Jahren Bewährung in Vergütungsgruppe ABD IVb eingruppiert. Nach fünfjähriger Tätigkeit in der Vergütungsgruppe ABD IVb erhalten die Mitarbeiter eine monatliche Vergütungsgruppenzulage in Höhe von derzeit 7,5 v.H. der Grundvergütung der ersten Lebensalterstufe der Vergütungsgruppe IV b ABD.“

b) § 2 Abs. 1 und 4 werden gestrichen.

c) Aus § 2 Abs. 2 wird § 2 Abs. 1 und aus § 2 Abs. 3 wird § 2 Abs. 2.

4. Die Protokollnotiz erhält folgende Fassung:

„1. Mitarbeiter, die nicht unter den Geltungsbereich der neuen Vergütungsordnung für Mitarbeiter in der Verbands- und/oder Bildungsarbeit für Jugendliche fallen, verbleiben in der Vergütungsgruppe, in der sie vor In-Kraft-Treten der neuen Regelung eingruppiert waren. Bewährungs- und/oder Tätigkeitszeiten, die vor In-Kraft-Treten der Neuregelung zurückgelegt oder erfüllt worden sind, werden auf Bewährungs- und Tätigkeitszeiten nach ABD Teil A, 3.3.-G.1 Angestellte im Sozial- und Erziehungsdienst angerechnet.

2. Mitarbeiter im Bereich der Verbands- und/oder Bildungsarbeit, die Tätigkeiten ausüben, die den Tätigkeitsmerkmalen der Vergütungsgruppe IV a und höher der Allgemeinen Vergütungsordnung (ABD Teil A, 3.) entsprechen, fallen nicht unter die Vergütungsordnung für Mitarbeiter in der Verbands- und/oder Bildungsarbeit.

3. Die ‚Sonderregelung für die Eingruppierung der Hauptamtlichen-Wahlämter des BDKJ-Diözesanvorstandes und des CAJ-Diözesanverbandes‘ vom 01.08.1991 der Erzdiözese Bamberg bleibt durch die Vergütungsordnung für Mitarbeiter in der Verbands- und/oder Bildungsarbeit für Jugendliche unberührt.“

5. Diese Änderungen treten zum 01.09.2004 in Kraft.

§ 25 ABD Teil A, 1. Ausnahmen von Abschnitt VI, Eingruppierung

1. § 25 ABD Teil A, 1. erhält folgende Fassung:

§ 25 Ausnahmen von Abschnitt VI, Eingruppierung

...

– ...

– ...

– ...

– ...

– ...

– ...

– ...

– ...

– ...

– ...

– ...

– ...

– ...

– ...

– ...

– ...

– ...

– ...

– ...

– ...

– ...

– ...

– ...

– ...

– ...

– ...

– ...

– ...

– ...

– ...

– ...

– ...

– Mitarbeiter in der Verbands- und/oder Bildungsarbeit für Jugendliche

2. Diese Änderung tritt zum 01.09.2004 in Kraft.

ABD Teil A, 3.3., G.1 Angestellte im Sozial- und Erziehungsdienst

1. In der Anmerkung Nr. 5 wird eingefügt:

f) Leiter von Heimen oder Häusern der kirchlichen offenen Jugendarbeit.

2. In der Anmerkung Nr. 8 wird der Buchstabe c) geändert und erhält folgende Fassung:

c) Tätigkeiten in kirchlichen Jugendzentren/Häusern der offenen Tür, Tätigkeiten in der kirchlichen offenen Jugendarbeit.

3. Diese Änderungen treten zum 01.09.2004 in Kraft.

**Vergütungsregelung für Religionslehrer,
die unter die Sonderregelung zur Dienstordnung
für Religionslehrer i. K. fallen vom 01.09.1998**

1. Im § 1 Abs. 2 wird die Zahl „17“ gestrichen und durch die Zahl „15“ ersetzt.
2. Im § 1 Abs. 4 wird die Zahl „11“ gestrichen und durch die Zahl „6“ ersetzt.
3. Diese Änderungen treten zum 01.09.2004 in Kraft

**Übernahme der Regelungen des Tarifabschlusses
des öffentlichen Dienstes vom 31.01.2003
hier: Änderung des Zahltages für die Vergütung**

- A. Änderung des
Arbeitsvertragsrechts der bayer. (Erz-)Diözesen (ABD) Teil A, 1.**
1. **§ 36 Abs. 1 Unterabsatz 1 Satz 1 ABD Teil A, 1. wird wie folgt geändert:**
In § 36 Abs. 1 Unterabsatz 1 Satz 1 ABD Teil A, 1. werden die Worte „am 15.“ durch die Worte „spätestens am letzten Tag“ ersetzt.
 2. **Die Protokollnotiz zu § 36 Abs. 1 Unterabsatz 1 Satz 1 ABD Teil A, 1. wird wie folgt geändert:**
 - a. Satz 1 der Protokollnotiz zu § 36 Abs. 1 Unterabsatz 1 Satz 1 ABD Teil A, 1. wird gestrichen.
 - b. In Satz 2 der Protokollnotiz zu § 36 Abs. 1 Unterabsatz 1 Satz 1 ABD Teil A, 1. werden die Worte „vom 15.“ gestrichen und nach dem Wort „auf“ das Wort „spätestens“ eingefügt.
- B. Änderung des
Arbeitsvertragsrechts der bayerischen (Erz-)Diözesen (ABD) Teil B, 1.**
1. **§ 31 Abs. 2 Unterabsatz 1 Satz 1 ABD Teil B, 1. wird wie folgt geändert:**
In § 31 Abs. 2 Unterabsatz 1 Satz 1 ABD Teil B, 1. werden die Worte „am 15.“ durch die Worte „spätestens am letzten Tag“ ersetzt.
 2. **Die Protokollnotiz zu § 31 Abs. 2 Unterabsatz 1 Satz 1 ABD Teil B, 1. wird wie folgt geändert:**

-
- a. Satz 1 der Protokollnotiz zu § 31 Abs. 2 Unterabsatz 1 Satz 1 ABD Teil B, 1. wird gestrichen.
 - b. In Satz 2 der Protokollnotiz zu § 31 Abs. 2 Unterabsatz 1 Satz 1 ABD Teil B, 1. werden die Worte „vom 15.“ gestrichen und nach dem Wort „auf“ das Wort „spätestens“ eingefügt.

C. Änderung des

Arbeitsvertragsrechts der bayerischen (Erz-)Diözesen (ABD) Teil D, 1.1

1. § 8 Abs. 2 Satz 1 ABD Teil D, 1.1 wird wie folgt geändert:

In § 8 Abs. 2 Satz 1 ABD Teil D, 1.1 werden die Worte „am 15.“ durch die Worte „spätestens am letzten Tag“ ersetzt.

2. Die Protokollnotiz zu § 8 Abs. 2 Satz 1 ABD Teil D, 1.1 wird wie folgt geändert:

- a. Satz 1 der Protokollnotiz zu § 8 Abs. 2 Satz 1 ABD Teil D, 1.1 wird gestrichen.
- b. In Satz 2 der Protokollnotiz zu § 8 Abs. 2 Satz 1 ABD Teil D, 1.1 werden die Worte „vom 15.“ gestrichen und nach dem Wort „auf“ das Wort „spätestens“ eingefügt.

D. In-Kraft-Treten

Diese Änderungen treten zum 01.09.2004 in Kraft.

Umsetzung des Gesetzes zur Änderung des Bundeserziehungsgeldgesetzes (01.12.2000) sowie des Gesetzes zur Änderung des Begriffs „Erziehungsurlaub“ (30.11.2000)

1. Im ABD wird das Wort „Erziehungsurlaub“ durch das Wort „Elternzeit“ und die Worte „Erziehungsurlaub/Elternzeit“ durch das Wort „Elternzeit“ ersetzt
2. Diese Änderungen treten zum 01.09.2004 in Kraft

Regelung über ein Urlaubsgeld für Mitarbeiter

1. § 4 der Regelung über ein Urlaubsgeld für Mitarbeiter (ABD Teil C, 7.) erhält folgende Anmerkung:
Abweichend von § 4 Absatz 1 Satz 1 kann das Urlaubsgeld im Jahr 2004 bis zum 31. Juli 2004 ausbezahlt werden.
2. Diese Änderung tritt rückwirkend zum 01.07.2004 in Kraft

Anpassung an den EURO

1. Das ABD Teil A, 3.3. – G.2 wird wie folgt geändert:
 1. In Vergütungsgruppe V c Ziffer 6 Hochziffer 1 wird das Wort „Pfennigs“ durch das Wort „Cents“ ersetzt.
 2. In Vergütungsgruppe V c Ziffer 7 Hochziffer 2 wird das Wort „Pfennigs“ durch das Wort „Cents“ ersetzt.
 3. In Vergütungsgruppe V c Ziffer 10 Hochziffer 3 wird das Wort „Pfennigs“ durch das Wort „Cents“ ersetzt.
2. Diese Änderungen treten zum 01.09.2004 in Kraft

Ordnung über die betriebliche Altersversorgung der bei der SELBSTHILFE, Pensionskasse der Caritas VVaG versicherten Mitarbeiter im kirchlichen Dienst, Versorgungsordnung B, ABD Teil C, 3 b

1. In § 2 Abs. 2 c) werden die Worte „der nicht der gesetzlichen Rentenversicherungspflicht unterliegt“ gestrichen.
2. Diese Änderung tritt zum 01.09.2004 in Kraft.

Beschluss betrifft nur Diözese Augsburg

Diözesane Ordnung für die Fortbildung, Weiterbildung, Zusatzausbildung der pädagogischen Fach- und Zweitkräfte in den katholischen Tagesstätten für Kinder in der Diözese Augsburg

(veröffentlicht im Amtsblatt der Diözese Augsburg)

III. Änderungen in Umsetzung von Beschlüssen der Bayerischen Regional-KODA

Ausfüllung des § 9 Abs. 2 Dienstordnung für Religionslehrer i. K.

hier: Regelung der Stundenermäßigung bei Teilzeit wegen Alters oder wegen wegen Schwerbehinderung

In den bayerischen (Erz-)Diözesen gilt in Umsetzung des Beschlusses der Bayerischen Regional-KODA vom 13./14. Februar 1996 zu § 9 Abs. 2 Dienstordnung für Religionslehrer i. K. folgende Tabelle der Stundenermäßigung bei Teilzeit

wegen Alters

ab vollendetem 58. Lebensjahr	ab vollendetem 60. Lebensjahr	ab vollendetem 62. Lebensjahr
25 = 0,90 = 1	25 = 1,80 = 2	25 = 2,70 = 3
24 = 0,86 = 1	24 = 1,73 = 2	24 = 2,59 = 3
23 = 0,83 = 1	23 = 1,66 = 2	23 = 2,49 = 2
22 = 0,79 = 1	22 = 1,59 = 2	22 = 2,38 = 2
21 = 0,76 = 1	21 = 1,51 = 2	21 = 2,27 = 2
20 = 0,72 = 1	20 = 1,44 = 1	20 = 2,16 = 2
19 = 0,68 = 1	19 = 1,37 = 1	19 = 2,05 = 2
18 = 0,65 = 1	18 = 1,30 = 1	18 = 1,95 = 2
17 = 0,61 = 1	17 = 1,23 = 1	17 = 1,84 = 2
16 = 0,58 = 1	16 = 1,15 = 1	16 = 1,73 = 2
15 = 0,53 = 1	15 = 1,08 = 1	15 = 1,62 = 2
14 = 0,50 = 0	14 = 1,00 = 1	14 = 1,51 = 2
13 = 0,47	13 = 0,94 = 1	13 = 1,41 = 1
12 = 0,43	12 = 0,87 = 1	12 = 1,30 = 1
11 = 0,40	11 = 0,79 = 1	11 = 1,19 = 1
10 = 0,36	10 = 0,72 = 1	10 = 1,08 = 1
09 = 0,32	09 = 0,58 = 1	09 = 0,97 = 1
08 = 0,29	08 = 0,56 = 1	08 = 0,86 = 1
07 = 0,25	07 = 0,50 = 0	07 = 0,76 = 1
06 = 0,22	06 = 0,43	06 = 0,65 = 1
05 = 0,18	05 = 0,36	05 = 0,54 = 1
04 = 0,14	04 = 0,29	04 = 0,43 = 0
03 = 0,11	03 = 0,22	03 = 0,32
02 = 0,07	02 = 0,14	02 = 0,22
01 = 0,04	01 = 0,07	01 = 0,11

wegen Schwerbehinderung

bei mindestens 50 v. H.	bei mindestens 70 v. H.	bei mindestens 90 v. H.
25 = 1,76 = 2	25 = 2,63 = 3	25 = 3,51 = 4
24 = 1,68 = 2	24 = 2,53 = 3	24 = 3,37 = 3
23 = 1,61 = 2	23 = 2,42 = 2	23 = 3,23 = 3
22 = 1,54 = 2	22 = 2,32 = 2	22 = 3,09 = 3
21 = 1,47 = 1	21 = 2,21 = 2	21 = 2,95 = 3
20 = 1,40 = 1	20 = 2,11 = 2	20 = 2,81 = 3
19 = 1,33 = 1	19 = 2,00 = 2	19 = 2,67 = 3
18 = 1,26 = 1	18 = 1,90 = 2	18 = 2,53 = 3
17 = 1,19 = 1	17 = 1,79 = 2	17 = 2,39 = 2
16 = 1,12 = 1	16 = 1,68 = 2	16 = 2,25 = 2
15 = 1,05 = 1	15 = 1,58 = 2	15 = 2,11 = 2
14 = 0,98 = 1	14 = 1,47 = 1	14 = 1,97 = 2
13 = 0,91 = 1	13 = 1,37 = 1	13 = 1,83 = 2
12 = 0,84 = 1	12 = 1,26 = 1	12 = 1,68 = 2
11 = 0,77 = 1	11 = 1,16 = 1	11 = 1,54 = 2
10 = 0,70 = 1	10 = 1,05 = 1	10 = 1,40 = 1
09 = 0,63 = 1	09 = 0,95 = 1	09 = 1,26 = 1
08 = 0,56 = 1	08 = 0,84 = 1	08 = 1,12 = 1
07 = 0,49 = 0	07 = 0,74 = 1	07 = 0,98 = 1
06 = 0,42	06 = 0,63 = 1	06 = 0,84 = 1
05 = 0,35	05 = 0,53 = 1	05 = 0,70 = 1
04 = 0,28	04 = 0,42 = 0	04 = 0,56 = 1
03 = 0,21	03 = 0,32	03 = 0,42 = 0
02 = 0,14	02 = 0,21	02 = 0,28
01 = 0,07	01 = 0,11	01 = 0,14

Änderung der Hochziffer des § 2 Abs. 1 (betr.: Vollbeschäftigung) der Sonderregelung für Religionslehrer, die nicht unter die Dienstordnung für Religionslehrer im Kirchendienst fallen, vom 01.09.1998

In den bayerischen (Erz-)Diözesen gilt in Umsetzung des Beschlusses der Bayerischen Regional-KODA vom 21.07.1998 zur „Sonderregelung für Religionslehrer, die nicht unter die Dienstordnung für Religionslehrer im Kirchendienst fallen, vom 01.09.1998“ derzeit folgende Regelung zur Vollbeschäftigung. Es steht den Schulreferaten der (Erz-)Diözesen frei, welche der beiden nachfolgenden Varianten sie anwenden.

§ 2

(1) Für die Vollbeschäftigung gelten die jeweiligen staatlichen Unterrichtsverpflichtungen.¹

...
...
...

¹ Als Fälligkeitstermine für die Vollbeschäftigung gelten die Fristen des § 9 Abs. 2 Ziff. 3 der Hochziffer 3 der „Dienstordnung für Religionslehrer im Kirchendienst (RL i. K.) an Volksschulen und Förderschulen in den bayerischen (Erz-)Diözesen vom 01.09.1996“.

Für Schwerbehinderte im Sinne des § 2 SGB IX gelten die im ABD, Stand November 2003, festgelegten Unterrichtsverpflichtungen für Vollbeschäftigte unverändert.

Variante 1

Vollbeschäftigt sind derzeit Religionslehrer, die

1. an beruflichen Schulen
 - a) als FH-Absolventen bis zum 55. Lebensjahr regelmäßig 28 Wochenstunden und ab dem 56. Lebensjahr regelmäßig 27 Wochenstunden erteilen,
 - b) als Diplomtheologen bis zum 55. Lebensjahr regelmäßig 25 Wochenstunden und ab dem 56. Lebensjahr regelmäßig 24 Wochenstunden erteilen;
2. an Realschulen
bis zum 55. Lebensjahr regelmäßig 25 Wochenstunden und ab dem 56. Lebensjahr regelmäßig 24 Wochenstunden erteilen;
3. an Gymnasien
bis zum 55. Lebensjahr regelmäßig 24 Wochenstunden und ab dem 56. Lebensjahr regelmäßig 23 Wochenstunden erteilen;
4. an Fachoberschulen
 - a) als FH-Absolventen bis zum 55. Lebensjahr regelmäßig 28 Wochenstunden und ab dem 56. Lebensjahr regelmäßig 27 Wochenstunden erteilen,
 - b) als Diplomtheologen bis zum 55. Lebensjahr regelmäßig 24 Wochenstunden und ab dem 56. Lebensjahr regelmäßig 23 Wochenstunden erteilen;

-
5. an Waldorfschulen und an ihnen gleichgestellten Schulen
 - a) in der Jahrgangsstufe I regelmäßig 25 Wochenstunden erteilen,
 - b) in der Jahrgangsstufe II bis zum 55. Lebensjahr regelmäßig 26 Wochenstunden und ab dem 56. Lebensjahr regelmäßig 25 Wochenstunden erteilen,
 - c) in der Jahrgangsstufe III bis zum 55. Lebensjahr regelmäßig 26 Wochenstunden und ab dem 56. Lebensjahr regelmäßig 25 Wochenstunden erteilen.

Variante 2

Vollbeschäftigt sind derzeit Religionslehrer, die

1. an beruflichen Schulen
 - a) als FH-Absolventen bis zum 50. Lebensjahr regelmäßig 28 Wochenstunden, bis zur Vollendung des 60. Lebensjahres regelmäßig 27,5 Wochenstunden und ab Beginn des 61. Lebensjahres regelmäßig 27 Wochenstunden erteilen,
 - b) als Diplomtheologen bis zum 50. Lebensjahr regelmäßig 25 Wochenstunden, bis zur Vollendung des 60. Lebensjahres regelmäßig 24,5 Wochenstunden und ab Beginn des 61. Lebensjahres regelmäßig 24 Wochenstunden erteilen;
2. an Realschulen
bis zum 50. Lebensjahr regelmäßig 25 Wochenstunden, bis zur Vollendung des 60. Lebensjahres regelmäßig 24,5 Wochenstunden und ab Beginn des 61. Lebensjahres regelmäßig 24 Wochenstunden erteilen;
3. an Gymnasien
bis zum 50. Lebensjahr regelmäßig 24 Wochenstunden, bis zur Vollendung des 60. Lebensjahres regelmäßig 23,5 Wochenstunden und ab Beginn des 61. Lebensjahres regelmäßig 23 Wochenstunden erteilen;
4. an Fachoberschulen
 - a) als FH-Absolventen bis zum 50. Lebensjahr regelmäßig 28 Wochenstunden, bis zur Vollendung des 60. Lebensjahres regelmäßig 27,5 Wochenstunden und ab Beginn des 61. Lebensjahres regelmäßig 27 Wochenstunden erteilen,
 - b) als Diplomtheologen bis zum 50. Lebensjahr regelmäßig 24 Wochenstunden, bis zur Vollendung des 60. Lebensjahres regelmäßig 23,5 Wochenstunden und ab Beginn des 61. Lebensjahres regelmäßig 23 Wochenstunden erteilen;
5. an Waldorfschulen und an ihnen gleichgestellten Schulen
 - a) in der Jahrgangsstufe I regelmäßig 25 Wochenstunden erteilen,
 - b) in der Jahrgangsstufe II bis zum 50. Lebensjahr regelmäßig 26 Wochenstunden, bis zur Vollendung des 60. Lebensjahres regelmäßig 25,5 Wochenstunden und ab Beginn des 61. Lebensjahres regelmäßig 25 Wochenstunden erteilen,
 - c) in der Jahrgangsstufe III bis zum 50. Lebensjahr regelmäßig 26 Wochenstunden, bis zur Vollendung des 60. Lebensjahres regelmäßig 25,5 Wochenstunden und ab Beginn des 61. Lebensjahres regelmäßig 25 Wochenstunden erteilen.

Die Abgeltung von halben Stunden bzw. von Stundenbruchteilen soll vorrangig über ein Arbeitszeitkonto gem. § 6 b AZKR erfolgen.

Änderungen und Ergänzungen zum Arbeitsvertragsrecht der bayerischen (Erz-)Diözesen – ABD –

Beschlüsse der Bayerischen Regional-KODA vom 08.12.2004

- **Arbeitsvertragsrechtliche Regelungen für Angestellte und Arbeiter,
die die Altersgrenze erreicht haben**
hier: Ausweitung des allgemeinen Geltungsbereiches
zum 01.01.2005
- **Entgeltumwandlung**
hier: Verlängerung der bestehenden Ergänzenden Regelungen
der Bayerischen Regional-KODA zu den Beschlüssen der Zentral-
KODA zur Entgeltumwandlung
zum 01.01.2005
- **Reisekostenordnung ABD Teil C, 14.**
hier: Änderung der §§ 4, 8, 11 und 13
zum 01.01.2005

Anlage zum

Amtsblatt für die Diözese Augsburg; Amtsblatt für die Erzdiözese Bamberg; Pastoralblatt des Bistums Eichstätt; Amtsblatt für das Erzbistum München und Freising; Amtsblatt für das Bistum Passau; Amtsblatt für die Diözese Regensburg; Würzburger Diözesanblatt

Arbeitsvertragsrechtliche Regelungen für Angestellte und Arbeiter, die die Altersgrenze erreicht haben

hier: Ausweitung des allgemeinen Geltungsbereiches

1. § 60 ABD Teil A,1. wird wie folgt geändert:
Die Überschrift erhält die folgende Fassung:

„§ 60 Beendigung des Arbeitsverhältnisses wegen Erreichens der Altersgrenze, vorzeitigem Bezug einer Altersrente, einer Rente wegen voller Erwerbsminderung oder einer Versorgung, Weiterbeschäftigung“

2. § 1 ABD Teil H und § 60 Abs. 2 ABD Teil A,1. werden um folgenden Satz 2 ergänzt:

„Das Gleiche gilt für Mitarbeiter, die eine vorgezogene Altersrente in voller Höhe bzw. eine Rente wegen voller Erwerbsminderung in voller Höhe oder die bereits vor Erreichung der Altersgrenze Versorgungsbezüge erhalten.¹⁾“

1) Abschläge bei vorzeitigem Bezug einer Rente oder der Versorgung bzw. die Höhe des Versorgungssatzes bleiben bei der Beurteilung der Frage, ob eine volle Rente bzw. Versorgung vorliegt, unberücksichtigt.

3. § 2 ABD Teil H wird unter Beibehaltung der Protokollnotiz wie folgt neu gefasst:

„Nach Vollendung des 65. Lebensjahres wird der Arbeitsvertrag befristet geschlossen, längstens bis zur Vollendung des 68. Lebensjahres.“

4. § 4 Abs. 1 ABD Teil H erhält folgende Protokollnotiz:

Protokollnotiz:

Unter Entgelt werden alle Bezügebestandteile verstanden.

5. Diese Änderungen treten mit Wirkung vom 01.01.2005 in Kraft.

Entgeltumwandlung

hier: Verlängerung der bestehenden Ergänzenden Regelungen der Bayerischen Regional-KODA zu den Beschlüssen der Zentral-KODA zur Entgeltumwandlung

1. Im Teil B der Ordnung über die betriebliche Altersversorgung durch Entgeltumwandlung der Mitarbeiter im kirchlichen Dienst – Versorgungsordnung C – wird die Ziffer I unter Beibehaltung der Überschrift „Ergänzende Regelungen zu den Beschlüssen der Zentral-KODA zur Entgeltumwandlung nach dem ‚Gesetz zur Verbesserung der betrieblichen Altersversorgung (BetrAVG)‘“ gestrichen.
2. Die Geltungsdauer der „Ergänzenden Regelungen zu den Beschlüssen der Zentral-KODA zur Entgeltumwandlung nach dem ‚Gesetz zur Verbesserung der betrieblichen Altersversorgung (BetrAVG)‘“ wird bis zum 31. Dezember 2008 verlängert.
3. Diese Änderung tritt zum 01.01.2005 in Kraft.

Reisekostenordnung ABD Teil C, 14.

hier: Änderung der §§ 4, 8, 11 und 13

1. In § 4 Ziffer 7 werden die Worte „bis zu sechs“ durch die Worte „unter acht“ ersetzt.
2. § 8 Abs. 1 erhält folgende Fassung:
„Der Tagegeldanspruch beträgt bei Dienstreisen die je Kalendertag mindestens 8 Stunden und weniger als 14 Stunden dauern 6 €, mindestens 14 Stunden und weniger als 24 Stunden dauern 12 €, genau 24 Stunden dauern 24 €.“
3. § 8 Abs. 2 wird gestrichen. Die nachfolgenden Absätze erhalten die jeweils nächstniedrigere Rangziffer.
4. § 11 Abs. 1 Satz 1 erhält folgende Fassung:
„Erhält der Mitarbeiter seiner Tätigkeit wegen unentgeltlich Verpflegung, so ist vom Tagegeld (§ 8) und der Vergütung nach § 10 ein Eigenanteil des Mitarbeiters je Frühstück von 2,50 €, je Mittagessen oder Abendessen von 5 €, höchstens jedoch ein Betrag bis zur Höhe des jeweiligen Tagegeldes oder der Vergütung nach § 10 einzubehalten.“
5. Nach § 11 Abs. 1 Satz 1 wird folgender Satz 2 eingefügt:
„Beträgt die Abwesenheit am Kalendertag genau 24 Stunden wird der Tagegeldanspruch (§ 8) um 1,50 € je Frühstück und 5 € je Mittagessen oder Abendessen gekürzt.“
6. § 11 Abs. 1 Satz 2 wird zu § 11 Abs. 1 Satz 3 und erhält folgende Fassung:
„Die Regelungen der Sätze 1 und 2 sind auch anzuwenden, wenn von dritter Seite Verpflegung bereitgestellt wird und das Entgelt für sie in den erstattbaren Fahr- oder Nebenkosten enthalten ist.“
7. In der Überschrift zu § 13 werden die Worte „bis zu sechs“ durch die Worte „unter acht“ ersetzt.
8. In § 13 Satz 1 werden die Worte „bis zu sechs“ durch die Worte „unter acht“ ersetzt.
9. Diese Änderungen treten zum 01.01.2005 in Kraft.

Änderungen und Ergänzungen zum Arbeitsvertragsrecht der bayerischen (Erz-)Diözesen – ABD –

Beschlüsse der Bayerischen Regional-KODA vom 15./16.02.2005

- Dienstordnung für Religionslehrer im Kirchendienst (RL i. K.) an Volksschulen und Förderschulen in den bayerischen (Erz-)Diözesen vom 01.09.1996
hier: Änderung des Umfangs der Tätigkeit zum 01.09.2005

- Sonderregelung für Angestellte als Hausmeister
SR 2 r Teil A, 2.
hier: Änderung der regelmäßigen Arbeitszeit des Hausmeisters zum 01.06.2005

**Dienstordnung für Religionslehrer
im Kirchendienst (RL i. K.)
an Volksschulen und Förderschulen
in den bayerischen (Erz-)Diözesen
vom 01.09.1996**

hier: Änderung des Umfangs der Tätigkeit

1. In § 8 Abs. 1 wird die Zahl „25“ gestrichen und durch die Zahl „26“ ersetzt.
2. In § 8 Abs. 2 wird die Zahl „25“ gestrichen und durch die Zahl „26“ ersetzt.
3. Diese Änderung tritt zum 01.09.2005 in Kraft und mit Ablauf des 31.08.2006 wieder außer Kraft.

Sonderregelung für Angestellte als Hausmeister SR 2 r Teil A, 2.

**hier: Änderung der regelmäßigen Arbeitszeit
des Hausmeisters**

1. In Nr. 3 Abs. 1 der SR 2 r wird die Zahl „50 1/2“ gestrichen und durch die Zahl „48“ ersetzt.
2. Diese Änderung tritt zum 01.06.2005 in Kraft.

Mediengruppe Universal, Kirschstraße 16, 80999 München
Auflage 14 300

Änderungen und Ergänzungen zum Arbeitsvertragsrecht der bayerischen (Erz-)Diözesen – ABD –

Beschlüsse der Bayerischen Regional-KODA vom 08.12.2004
und vom 03./04.05.2005

- Regelung über eine ergänzende Leistung für Mitarbeiter
(sog. Ballungsraumzulage) rückwirkend zum 01.01.2005
- Regelung über ein Urlaubsgeld für Mitarbeiter
hier: Änderung der Ziffer 1 der Anmerkung zu § 2 zum 01.07.2005
- Regelung über eine Zuwendung für Mitarbeiter
hier: Änderung der Nr. 1 der Anmerkungen zu § 2 zum 01.07.2005
- Regelung über eine Zuwendung für Auszubildende
hier: Änderung der Nr. 1 der Anmerkungen zu § 2 zum 01.07.2005
- Regelung über eine Zuwendung für Praktikanten
hier: Änderung der Nr. 1 der Anmerkungen zu § 2 zum 01.07.2005
- Regelung über eine Einmalzahlung für Mitarbeiter zum 01.07.2005

Anlage zum

Amtsblatt für die Diözese Augsburg; Amtsblatt für die Erzdiözese Bamberg; Pastoralblatt des Bistums Eichstätt; Amtsblatt für das Erzbistum München und Freising; Amtsblatt für das Bistum Passau; Amtsblatt für die Diözese Regensburg; Würzburger Diözesanblatt

Regelung über eine ergänzende Leistung für Mitarbeiter (sog. Ballungsraumzulage)

§ 1

Geltungsbereich

(1) Diese Regelung gilt für Angestellte, Arbeiter und Auszubildende im Dienst der bayer. (Erz-)Diözesen mit Dienststelle bzw. Ausbildungsstelle und Hauptwohnung (Art. 16 Abs. 2 Meldegesetz) im Stadt- und Umlandbereich München.

(2) Stadt- und Umlandbereich München i. S. d. Absatzes 1 ist das in Anhang 2 der Anlage zur Verordnung über das Landesentwicklungsprogramm Bayern (LEP) in der jeweils geltenden Fassung entsprechend definierte Gebiet.

Anmerkung zu Abs. 1

Einrichtung im Sinne dieser Regelung ist die ständige Einrichtung (z. B. Ordinariat, Kirchenstiftung) des Mitarbeiters; hierbei ist bei Zweigstellen, Außenstellen, ausgelagerten Teilen von Einrichtungen und dergleichen, der Ort maßgebend, an dem der Mitarbeiter tatsächlich beschäftigt wird. Satz 1 gilt entsprechend für Auszubildende.

§ 2

Voraussetzungen und Höhe der ergänzenden Leistung

(1) Angestellte und Arbeiter erhalten eine ergänzende Leistung von 75 Euro monatlich.

Nichtvollbeschäftigte Mitarbeiter erhalten von der ergänzenden Leistung nach Satz 1 den Teil, der dem Maß der mit ihnen vereinbarten durchschnittlichen Arbeitszeit entspricht.

(2) Auszubildende erhalten eine ergänzende Leistung von 37,50 Euro monatlich.

(3) Die sich nach den Absätzen 1 und 2 ergebende ergänzende Leistung wird höchstens in der Höhe gewährt, in der

- a) bei Angestellten
die Grundvergütung (ohne vorweg gewährter Lebensaltersstufen/Stufen) einschließlich Vergütungsgruppenzulage, persönlicher Zulage nach

§ 24 ABD Teil A, 1., Ortszuschlag der Stufe 1 und allgemeiner Zulage nach § 2 der Regelung über Zulagen an Angestellte in der jeweils geltenden Fassung,

- b) bei Arbeitern
der Monatstabellenlohn (ohne vorweg gewährter Lohnstufen),
- c) bei Auszubildenden
die Ausbildungsvergütung

hinter dem Grenzbetrag für die ergänzende Leistung zurückbleibt. Dieser Grenzbetrag beträgt für

- a) Angestellte und Arbeiter 2.727,62 Euro,
- b) Auszubildende 930,59 Euro

monatlich. Der Grenzbetrag nach Satz 2 von nichtvollbeschäftigten Angestellten und Arbeitern vermindert sich entsprechend der Regelung in § 2 Abs. 1 Satz 2. Vorstehende Grenzbeträge nach Satz 2 Buchst. a und b nehmen in prozentualer Höhe und dem Zeitpunkt an den nach dem 31. Januar 2005 stattfindenden linearen Anpassungen der Bezüge der Arbeitnehmerinnen, Arbeitnehmer und Auszubildenden teil; hierbei ist für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer die lineare Anpassung der Grundvergütung eines Angestellten der Vergütungsgruppe IV b ABD Teil A und für Auszubildende die lineare Anpassung der Ausbildungsvergütung eines Auszubildenden für das zweite Ausbildungsjahr maßgebend.

Anmerkung zu Absatz 3 Satz 1

Die Vorschrift gilt nicht für Angestellte der Vergütungsgruppe Vb ABD Teil A ab Lebensaltersstufe nach vollendetem 43. Lebensjahr, die keinen Anspruch auf eine Vergütungsgruppenzulage haben.

§ 3

Ergänzende Leistung für Kinder

(1) Angestellte und Arbeiter erhalten für jedes Kind, für das ihnen Kindergeld nach dem Einkommensteuergesetz oder dem Bundeskindergeldgesetz tatsächlich gezahlt wird, eine ergänzende Leistung für Kinder von 20 Euro monatlich.

Die ergänzende Leistung für Kinder wird insgesamt höchstens in der Höhe gewährt, in der die Bezüge nach § 2 Abs. 3 Satz 1 Buchst. a und b hinter dem Grenzbetrag für die ergänzende Leistung für Kinder (Kindergrenzbetrag) zurückbleiben. Dieser Kindergrenzbetrag beträgt 3.824,01 Euro monatlich. § 2 Abs. 3 Sätze 3 und 4 gelten für den Kindergrenzbetrag entsprechend.

(2) Auszubildende erhalten für jedes Kind, für das ihnen Kindergeld nach dem Einkommensteuergesetz oder dem Bundeskindergeldgesetz tatsächlich gezahlt wird, eine ergänzende Leistung für Kinder von 20 Euro monatlich. Die ergänzende Leistung für Kinder wird höchstens in der Höhe gewährt, in der die Ausbildungsvergütung einschließlich ergänzender Leistung nach § 2 Abs. 2 hinter dem jeweiligen Grenzbetrag für Auszubildende nach § 2 Abs. 3 Satz 2 Buchst. b in Verbindung mit Satz 4 zurückbleibt.

§ 4

Allgemeine Bestimmungen

(1) Eine ergänzende Leistung nach den §§ 2 und 3 steht nur zu, wenn sie insgesamt 10 Euro monatlich überschreitet; hierbei bleiben Berechnungen wegen Teilzeitbeschäftigung und für Teilmonate unberücksichtigt.

(2) Die ergänzende Leistung nach den §§ 2 und 3 wird nur für Zeiträume gezahlt, für die Bezüge (Lohn, Vergütung, Ausbildungsvergütung, Krankenbezüge, Urlaubslohn bzw. Urlaubsvergütung) zustehen. Die Bestimmungen des ABD über die Berechnung der Bezüge für Teilzeiträume gelten entsprechend.

(3) Die ergänzende Leistung nach den §§ 2 und 3 ist bei der Bemessung der Zuwendung nicht zu berücksichtigen.

Anmerkung zu Absatz 2

Für Zeiten, für die Krankengeldzuschuss zusteht, wird die ergänzende Leistung bei der Berechnung des Krankengeldzuschusses als Bestandteil des Urlaubslohnes bzw. der Urlaubsvergütung berücksichtigt.

§ 5

In-Kraft-Treten

(1) Diese Regelung tritt am 1. Januar 2005 in Kraft.

(2) Diese Regelung bleibt in Kraft, solange die ergänzende Leistung im Umfang und den Bedingungen nach für Angestellte, Arbeiter und Auszubildende beim Freistaat Bayern gilt und tritt spätestens mit Ablauf des 31. Dezember 2009 außer Kraft.

Regelung über ein Urlaubsgeld für Mitarbeiter

hier: Änderung der Ziffer 1 der Anmerkung zu § 2

1. Der Ziffer 1 der Anmerkung zu § 2 der Regelung über ein Urlaubsgeld für Mitarbeiter wird folgender Satz 3 angefügt:
„Satz 1 gilt auch für das Jahr 2005.“
2. Diese Änderung tritt zum 01.07.2005 in Kraft.

Regelung über eine Zuwendung für Mitarbeiter

hier: Änderung der Nr. 1 der Anmerkungen zu § 2

1. Der Nr. 1 der Anmerkungen zu § 2 der Regelung über eine Zuwendung für Mitarbeiter wird folgender Satz 3 angefügt:
„Unbeschadet des In-Kraft-Tretens einer für die bei dem Freistaat Bayern beschäftigten Arbeitnehmer geltenden tarifvertraglichen Regelung über eine Zuwendung gilt Satz 2 auch für den Zeitraum vom 1. Januar bis 31. Dezember 2005.“
2. Diese Änderung tritt zum 01.07.2005 in Kraft.

Regelung über eine Zuwendung für Auszubildende

hier: Änderung der Nr. 1 der Anmerkungen zu § 2

1. Der Nr. 1 der Anmerkungen zu § 2 der Regelung über eine Zuwendung für Auszubildende wird folgender Satz 3 angefügt:
„Unbeschadet des In-Kraft-Tretens einer für die bei dem Freistaat Bayern beschäftigten Auszubildenden geltenden tarifvertraglichen Regelung über eine Zuwendung gilt Satz 2 auch für den Zeitraum vom 1. Januar bis 31. Dezember 2005.“
2. Diese Änderung tritt zum 01.07.2005 in Kraft.

Regelung über eine Zuwendung für Praktikanten

hier: Änderung der Nr. 1 der Anmerkungen zu § 2

1. Der Nr. 1 der Anmerkungen zu § 2 der Regelung über eine Zuwendung für Praktikanten wird folgender Satz 3 angefügt:

„Unbeschadet des In-Kraft-Tretens einer für die bei dem Freistaat Bayern beschäftigten Praktikanten geltenden tarifvertraglichen Regelung über eine Zuwendung gilt Satz 2 auch für den Zeitraum vom 1. Januar bis 31. Dezember 2005.“

2. Diese Änderung tritt zum 01.07.2005 in Kraft.

Regelung über eine Einmalzahlung für Mitarbeiter

1. Eine Einmalzahlung von 300,00 € für das Jahr 2005 wird für die in den Kindertagesstätten tätigen pädagogischen Fach- und Zweitkräfte in folgenden Teilbeträgen ausbezahlt:

mit den Bezügen des Monats Juli	200,00 €,
mit den Bezügen des Monats Oktober	100,00 €.

Satz 1 gilt auch für die übrigen Angestellten und Arbeiter im Geltungsbereich des ABD vorbehaltlich des Absatzes 5.

Voraussetzung ist, dass der Beschäftigte an mindestens einem Tag der Monate Juli und Oktober 2005 Anspruch auf Bezüge (Vergütung/Lohn/Entgelt, Urlaubsvergütung/-lohn/-entgelt oder Krankenbezüge) hat; dies gilt auch für Kalendermonate, in denen nur wegen der Höhe der Barleistungen des Sozialversicherungsträgers Krankengeldzuschuss nicht gewährt wird. Die jeweiligen Teilbeträge werden auch gezahlt, wenn eine Beschäftigte wegen des Beschäftigungsverbots nach § 3 Abs. 2 und § 6 Abs. 1 des Mutterschutzgesetzes in den Monaten Juli und Oktober 2005 keine Bezüge erhalten hat.

Sind die Voraussetzungen des Unterabsatzes 3 im Monat Juli 2005 nicht erfüllt, entfällt der Anspruch auf den Teilbetrag von 200,00 €.

Der Anspruch auf den im Oktober 2005 fälligen Teilbetrag von 100,00 € entfällt, wenn in diesem Monat die Voraussetzungen des Unterabsatzes 3 nicht erfüllt sind.

2. Nichtvollbeschäftigte erhalten den Teilbetrag der Einmalzahlung, der dem Verhältnis der mit ihnen vereinbarten durchschnittlichen Arbeitszeit zu der regelmäßigen Arbeitszeit eines entsprechenden Vollbeschäftigten entspricht.
3. Die Einmalzahlung ist bei der Bemessung sonstiger Leistungen nicht zu berücksichtigen.
4. Für Auszubildende (Teil D, 1.1. ABD) und Praktikanten (Teil D, 2.1. ABD) gelten die Abs. 1. – 3. mit der Maßgabe, dass sie eine Einmalzahlung in Höhe von 100,00 € erhalten, die mit den Bezügen des Monats Juli ausbezahlt wird.
5. Wird für das Jahr 2005 zwischen den Tarifvertragsparteien des öffentlichen Dienstes ein für den Freistaat Bayern anzuwendender Tarifvertrag, in dem eine Einmalzahlung vorgesehen ist, abgeschlossen und werden die Regelungen dieses Tarifvertrages auch Inhalt des ABD für die in Absatz 1 genannten „übrigen Angestellten und Arbeiter“, gilt für die Einmalzahlung Folgendes:
 - a) Die in diesem Tarifvertrag genannte Gesamtsumme der Einmalzahlung ersetzt den Betrag von 300,00 € in Abs. 1.
 - b) Sollte durch die Auszahlung der Teilbeträge nach Abs. 1 im Monat Juli oder Oktober der ausbezahlte Gesamtbetrag höher sein als der nach a) festgesetzte Betrag, so hat der betroffene Mitarbeiter die über den nach a) festgesetzten Betrag hinausgehende Summe zurück zu zahlen.
 - c) Der Arbeitgeber ist berechtigt, den nach b) ermittelten überzahlten Differenzbetrag entweder mit dem Teilbetrag der Einmalzahlung des Monats Oktober oder mit der Zuwendung (Weihnachtsgeld) zu verrechnen.
 - d) Eine Verrechnung erfolgt auch, wenn keine tarifvertragliche Regelung für den Freistaat Bayern über eine Einmalzahlung 2005 vereinbart ist.
6. Diese Regelung tritt zum 01.07.2005 in Kraft.

Mediengruppe Universal, Kirschstraße 16, 80999 München
Auflage 13 900

Änderungen und Ergänzungen zum Arbeitsvertragsrecht der bayerischen (Erz-)Diözesen – ABD –

Beschluss der Bayerischen Regional-KODA vom 12./13.07.2005

- **Sonderregelung für Religionslehrer, die nicht unter die Dienstordnung für Religionslehrer im Kirchendienst fallen, vom 01.09.1998**

hier: Änderung der Unterrichtspflichtzeit an Waldorfschulen und an ihnen gleichgestellten Schulen

zum 01.09.2005

Anlage zum

Amtsblatt für die Diözese Augsburg; Amtsblatt für die Erzdiözese Bamberg; Pastoralblatt des Bistums Eichstätt; Amtsblatt für das Erzbistum München und Freising; Amtsblatt für das Bistum Passau; Amtsblatt für die Diözese Regensburg; Würzburger Diözesanblatt

Sonderregelung für Religionslehrer, die nicht unter die Dienstordnung für Religionslehrer im Kirchendienst fallen, vom 01.09.1998

**hier: Änderung der Unterrichtspflichtzeit an Waldorfschulen
und an ihnen gleichgestellten Schulen**

1. Die Hochziffer des § 2 Abs. 1 (betr.: Vollbeschäftigung) der „Sonderregelung für Religionslehrer, die nicht unter die Dienstordnung für Religionslehrer im Kirchendienst fallen, vom 01.09.1998“ wird wie folgt geändert:
 - a) In Variante 1 Ziffer 5 a wird die Zahl „25“ durch die Zahl „26“ ersetzt.
 - b) In Variante 2 Ziffer 5 a wird die Zahl „25“ durch die Zahl „26“ ersetzt.
2. Diese Änderung tritt zum 01.09.2005 in Kraft und mit Ablauf des 31.08.2006 wieder außer Kraft.

Änderungen und Ergänzungen zum Arbeitsvertragsrecht der bayerischen (Erz-)Diözesen – ABD –

Beschlüsse der Bayerischen Regional-KODA vom 26.09.2005

- **Ergänzung des Übernahmebeschlusses vom 04./05.05.2004**
zum 01.10.2005

- **Übernahme der Regelung der Tarifverträge
zur Überleitung der Beschäftigten vom 13. September 2005**
zum 01.10.2005

Anlage zum

Amtsblatt für die Diözese Augsburg; Amtsblatt für die Erzdiözese Bamberg; Pastoralblatt des Bistums Eichstätt; Amtsblatt für das Erzbistum München und Freising; Amtsblatt für das Bistum Passau; Amtsblatt für die Diözese Regensburg; Würzburger Diözesanblatt

Ergänzung des Übernahmebeschlusses vom 04./05.05.2004

Ergänzend zu dem in Kraft gesetzten „Beschluss der Bayerischen Regional-KODA zur Übernahme von Regelungen des neugestalteten Tarifrechts des öffentlichen Dienstes“: Übernahmebeschluss vom 04./05.05.2004 gilt Folgendes:

Zu 5 a. des Übernahmebeschlusses vom 04./05.05.2004

(1) Die auf der Grundlage der Einigung der Tarifvertragsparteien des TVöD über eine umfassende Neugestaltung des Tarifrechts für den öffentlichen Dienst vom 9. Februar 2005 mit Wirkung zum 01.10.2005 in Kraft tretenden Regelungen des TVöD (einschließlich der Regelungen des TVÜ-Bund und aller ihn ergänzenden oder begleitenden Tarifverträge)¹⁾ werden zum 01.10.2005 in der für die Tarifbeschäftigten des Bundes geltenden Fassung Bestandteil des ABD, soweit die Bayerische Regional-KODA keine abweichenden Beschlüsse fasst.

Für das pädagogische Personal in Kindertageseinrichtungen (pädagogische Fach- und Ergänzungskräfte) werden zum 01.10.2005 die Regelungen des TVöD (einschließlich der Regelungen des TVÜ-VKA und aller ihn ergänzenden oder begleitenden Tarifverträge)¹⁾ in der für die Tarifbeschäftigten eines Arbeitgebers, der Mitglied des Kommunalen Arbeitgeberverbandes in Bayern (KAV-Bayern) ist, geltenden Fassung Bestandteil des ABD, soweit die Bayerische Regional-KODA keine abweichenden Beschlüsse fasst.

(2) Soweit die Regelungen des TVöD (einschließlich der Regelungen des TVÜ-Bund) in der für die Tarifbeschäftigten des Bundes geltenden Fassung bis zum 31.12.2007 auf der Grundlage der Regelungen des TV-Meistbegünstigung vom 9. Februar 2005 geändert werden, werden diese zum jeweiligen Zeitpunkt Bestandteil des ABD, soweit die Bayerische Regional-KODA keine abweichenden Beschlüsse fasst.

Gleiches gilt für das pädagogische Personal in Kindertageseinrichtungen (pädagogische Fach- und Ergänzungskräfte), wenn die Vereinigung der Kommunalen Arbeitgeberverbände für den Geltungsbereich des TVöD-VKA von der Meistbegünstigungsklausel Gebrauch macht.

(3) Sofern für die Tarifbeschäftigten des Freistaats Bayern bis zum 31.12.2007 ein Tarifvertrag abgeschlossen wird, der von den Regelungen des TVöD oder der ihn ergänzenden Tarifverträge in den Bereichen Arbeitszeit und Sonderzahlung (Zuwendung, Urlaubsgeld u. ä.) abweichende Inhalte hat oder beim Entgelt (insbesondere Einmalzahlung) für den Arbeitgeber und/oder die Beschäftigten günstigere Regelungen enthält, werden diese zum jeweiligen Zeitpunkt Bestandteil des ABD, soweit die Bayerische Regional-KODA keine abweichenden Beschlüsse fasst; die übrigen Regelungen werden Bestandteil des ABD, wenn die Bayerische Regional-KODA ihre Übernahme beschließt.

¹⁾ Hinweis: Nach der Einarbeitung dieser Tarifverträge in das ABD erfolgt eine gesonderte Veröffentlichung.

Sofern für die Tarifbeschäftigten der Arbeitgeber, die Mitglieder des Kommunalen Arbeitgeberverbandes in Bayern (KAV-Bayern) sind, bis zum 31.12.2007 ein Tarifvertrag abgeschlossen wird, der von den Regelungen des TVöD oder der ihn ergänzenden Tarifverträge in den Bereichen Arbeitszeit und Sonderzahlung (Zuwendung, Urlaubsgeld u. ä.) abweichende Inhalte hat oder beim Entgelt (insbesondere Einmalzahlung) für den Arbeitgeber und/oder die Beschäftigten günstigere Regelungen enthält, werden diese zum jeweiligen Zeitpunkt Bestandteil des ABD in der Fassung für die pädagogischen Mitarbeiter in den Kindertageseinrichtungen, soweit die Bayerische Regional-KODA keine abweichenden Beschlüsse fasst; die übrigen Regelungen werden Bestandteil des ABD, wenn die Bayerische Regional-KODA ihre Übernahme beschließt.

Zu 3. des Übernahmebeschlusses vom 04./05.05.2004

Das Datum „31.12.2005“ im letzten Satz wird abgeändert auf „31.07.2006“. Das Wort „möglichst“ wird gestrichen.

Zu 4 a. des Übernahmebeschlusses vom 04./05.05.2004

(1) In Satz 2 sind die Worte „im Bayerischen Staatsanzeiger“ zu ersetzen durch „in den dafür zuständigen Organen“.

(2) Nach Satz 2 werden folgende Sätze 3 und 4 angefügt:

Die sich aus dem TVÜ-Bund/TVÜ-VKA ergebenden Überführungsarbeiten aus den bis zum 30.09.2005 geltenden Vergütungs-/Lohnregelungen und den dazugehörigen Vergütungs-/Lohntabellen in die ab 01.10.2005 geltenden Vergütungsregelungen mit der dazu gehörigen Entgelttabelle sind bis spätestens 31.03.2006 abzuwickeln.

Differenzbeträge in der Vergütung für den Zeitraum vom 01.10.2005 bis 31.03.2006, die sich durch die Regelungen des TVÜ-Bund/TVÜ-VKA ergeben, werden zum Vergütungszahltag des Monats April 2006 fällig.

Diese Regelungen treten zum 01.10.2005 in Kraft.

Übernahme der Regelung der Tarifverträge zur Überleitung der Beschäftigten vom 13. September 2005

1. Die Bayerische Regional-KODA beschließt die Übernahme des „Tarifvertrag zur Überleitung der Beschäftigten des Bundes in den TVöD und zur Regelung des Übergangsrechts (TVÜ-Bund) vom 13. September 2005“ mit Ausnahme des § 5 Abs. 2 sowie die Übernahme des „Tarifvertrag zur Überleitung der Beschäftigten der kommunalen Arbeitgeber in den TVöD und zur Regelung des Übergangsrechts (TVÜ-VKA) vom 13. September 2005“ mit Ausnahme des § 5 Abs. 2.

2. § 5 Abs. 2 erhält jeweils folgende Fassung:

Bei den Beschäftigten aus dem Geltungsbereich des ABD Teil A setzt sich das Vergleichsentgelt aus

- Grundvergütung
- allgemeiner Zulage
- Ortszuschlag der Stufe 1 oder 2

zusammen.

Ortszuschlag der Stufe 2 ist in das Vergleichsentgelt einzubeziehen, wenn der Ehegatte des Beschäftigten

- nicht ortszuschlags- oder familienzuschlagsberechtigt ist oder
- nach § 29 Abs. 5 d ABD Teil A, 1. in der Fassung vom 30.09.2005 nur den Ortszuschlag der Stufe 1 in Anspruch nimmt.

Ortszuschlag der Stufe 1 zuzüglich der Hälfte des Unterschiedsbetrages zwischen der Stufe 1 und der Stufe 2 ist in das Vergleichsentgelt einzubeziehen, wenn die Ehegatten nach § 29 Abs. 5 d ABD Teil A, 1. in der Fassung vom 30.09.2005 den Unterschiedsbetrag zwischen der Stufe 1 und der Stufe 2 je zur Hälfte aufgeteilt haben.

In das Vergleichsentgelt einzubeziehen ist der Ortszuschlag der Stufe 1 zuzüglich des nach § 29 Abs. 5 c ABD Teil A, 1. in der Fassung vom 30.09.2005 zu errechnenden Anteils des Ortszuschlags der Stufe 2.

Ferner fließen im September 2005 nach den Regelungen des ABD zustehende Funktionszulagen insoweit in das Vergleichsentgelt ein als sie nach dem ABD in der Fassung vom 01.10.2005 nicht mehr vorgesehen sind.

Erhalten Beschäftigte eine Gesamtvergütung (§ 30 ABD Teil A, 1. in der Fassung vom 30.09.2005), bildet diese das Vergleichsentgelt.

Protokollerklärung zu § 5 Abs. 2 Satz 3:

Vorhandene Beschäftigte erhalten bis zum In-Kraft-Treten der neuen Entgeltordnung, längstens bis zum 31. Dezember 2007, ihre Techniker-, Meister- und Programmierzulage unter den bisherigen Voraussetzungen als persönliche Besitzstandszulage.

3. Unbeschadet der Ziffer 1 bleibt es bei den Beschlüssen der Bayerischen Regional-KODA zur Regelung über eine Zuwendung vom 03./04.05.2005.

4. Diese Regelungen treten zum 01.10.2005 in Kraft.

Änderungen und Ergänzungen zum Arbeitsvertragsrecht der bayerischen (Erz-)Diözesen – ABD –

**Beschluss der Lehrerkommission in der Bayerischen Regional-
KODA vom 21.09.2005**

- **Regelung zur Mehrarbeit**
hier: Änderung der Protokollnotiz zu Nr. 3 Abs. 3 SR 2 I Teile A bis C
Schuljahr 2005/2006

Regelung zur Mehrarbeit

hier: Änderung der Protokollnotiz
zu Nr. 3 Abs. 3 SR 2 I Teile A bis C

Die Protokollnotiz zu Abs. 3 wird wie folgt neu gefasst:

1. Vollbeschäftigte Lehrkräfte erhalten bei für das ganze Schuljahr angeordneter regelmäßiger Mehrarbeit eine im entsprechenden Umfang erhöhte Vergütung.
2. Diese Regelung gilt ab dem Schuljahr 2005/2006.

Änderungen und Ergänzungen zum Arbeitsvertragsrecht der bayerischen (Erz-)Diözesen – ABD –

Beschlüsse der Lehrerkommission in der Bayerischen Regional-KODA vom 20.10.2005

- **SR 2 I¹⁾ Teile A bis C**
hier: Änderung der Nr. 3 Abs. 2 zum Schuljahr 2005/2006

- **Auszahlung der Vergütung**
hier: Ergänzung der Nr. 3 der SR 2 I¹⁾ Teile A bis C zum 01.01.2006

¹⁾ Hinweis: SR 2 I in der Fassung vom 30.09.2005

SR 2 I¹⁾ Teile A bis C

hier: Änderung der Nr. 3 Abs. 2

1. Nr. 3 Abs. 2 wird wie folgt neu gefasst:

Für Lehrkräfte gelten die Arbeitszeitregelungen wie für entsprechende Lehrkräfte des Freistaates Bayern.

Bei der Einrichtung eines freiwilligen Arbeitszeitkontos findet § 6a ABD Teil C Nr. 11²⁾ entsprechende Anwendung.

Die Einrichtung eines verpflichtenden Arbeitszeitkontos richtet sich nach den Vorschriften für die entsprechenden Lehrkräfte des Freistaates Bayern.

Protokollnotiz zu Abs. 2 Satz 3:

1. Auf Antrag der Lehrkraft kann der Schulträger angesparte Zeiten finanziell abgelten.
2. Der Schulträger hat das Recht den Gesamtumfang des Arbeitszeitkontos bis höchstens zu der für die Lehrkräfte des Freistaates Bayern geltenden Dauer festzulegen.

2. Diese Regelung tritt zum Schuljahr 2005/2006 in Kraft.

¹⁾ Hinweis: SR 2 I in der Fassung vom 30.09.2005

²⁾ § 6a ABD Teil C Nr. 11 in der Fassung vom 30.09.2005

Auszahlung der Vergütung

hier: Ergänzung der SR 2 ¹⁾ ABD Teile A bis C

1. Die SR 2 ¹⁾ ABD Teile A bis C wird um folgende Nr. 6 a ergänzt:
Die Lehrkraft hat Anspruch auf Anweisung der Vergütung am ersten Banktag des laufenden Monats.
2. Diese Regelung tritt zum 01.01.2006 in Kraft.

¹⁾ Hinweis: SR 2 I in der Fassung vom 30.09.2005

Mediengruppe Universal, Kirschstraße 16, 80999 München
Auflage 13 900

Änderungen und Ergänzungen zum Arbeitsvertragsrecht der bayerischen (Erz-)Diözesen – ABD –

**Beschluss der Lehrerkommission in der Bayerischen Regional-
KODA vom 09.01.2006**

– Zahlung von Krankenbezügen

zum 01.03.2006

Zahlung von Krankenbezügen

1. In die „Sonderregelungen für Angestellte als Lehrkräfte an Schulen in kirchlicher Trägerschaft“ (SR 21¹) Teile A, B und C wird jeweils folgende Nr. 11 a eingefügt:

Nr. 11 a
Zu § 22²)
Zahlung von Krankenbezügen

Um die besonderen Arbeitsbedingungen angestellter Lehrkräfte an Schulen in kirchlicher Trägerschaft im Verhältnis zu Lehrkräften des Freistaates Bayern weiter zu gewährleisten, gilt folgende Übergangsregelung:

Lehrkräften, die am 30. Juni 1994 in einem Arbeitsverhältnis gestanden haben, das am 01. Juli 1994 zu demselben Arbeitgeber fortbestanden hat und fortbesteht und für deren Arbeitsverhältnis das Arbeitsvertragsrecht der Bayerischen (Erz-)Diözesen (ABD) vereinbart wurde oder bis zum 30. Juni 2006 vereinbart wird, können, wenn sie in der gesetzlichen Krankenversicherung versicherungsfrei oder von der Versicherungspflicht in der gesetzlichen Krankenversicherung befreit sind und einen Anspruch auf Beihilfen nach beamtenrechtlichen Grundsätzen haben, Krankenbezüge in entsprechender Anwendung von § 71 ABD Abs. 1 bis 5 Teil A, 1. in der am 30. September 2005 geltenden Fassung zugesagt werden. Ein Krankengeldzuschuss wird in diesen Fällen nicht gewährt.

2. Diese Regelung tritt zum 01.03.2006 in Kraft.

¹) Hinweis: SR 2 I in der Fassung vom 30.09.2005

²) Hinweis: ABD Teil A, 1. in der Fassung vom 01.10.2005

Änderungen und Ergänzungen zum Arbeitsvertragsrecht der bayerischen (Erz-)Diözesen – ABD –

Beschluss der Bayerischen Regional-KODA vom 25./26.04.2006

- **Dienstordnung für Religionslehrer im Kirchendienst (RL i. K.) an Volksschulen und Förderschulen in den bayerischen (Erz-)Diözesen vom 01.09.1996
hier: § 8 Umfang der Tätigkeit – Aufhebung der befristeten Erhöhung
zum 01.09.2006**

**Dienstordnung für Religionslehrer
im Kirchendienst (RL i. K.)
an Volksschulen und Förderschulen
in den bayerischen (Erz-)Diözesen
vom 01.09.1996**

**hier: § 8 Umfang der Tätigkeit –
Aufhebung der befristeten Erhöhung**

1. § 8 der Dienstordnung für Religionslehrer i.K. wird wie folgt geändert:
 - (1) Vollbeschäftigt sind Religionslehrer, die derzeit regelmäßig 26 Wochenstunden erteilen.
 - (2) Teilzeitbeschäftigt sind Religionslehrer, die derzeit regelmäßig weniger als 26 Wochenstunden erteilen.

2. Diese Änderung tritt zum 01.09.2006 in Kraft.